

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Dirk Gerdes  
Frankreich — „Vielvölkerstaat“  
vor dem Zerfall?

Rainer-Olaf Schultze  
Neo-Nationalismus  
in Großbritannien

Erklärungsansätze  
und Ursachenanalyse

Dieter Nohlen  
Regionalismen in Spanien

ISSN 0479 - 611 X

B 12/80

22. März 1980

Dirk Gerdes, Dr. rer. soc., geb. 1945 in Köslin; Studium der Politikwissenschaft, Germanistik und Geschichte in Heidelberg und Tübingen; seit 1975 Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg.

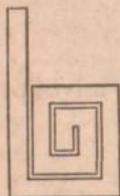
Veröffentlichungen u. a.: Abschreckung und Entspannung — Legitimatorische Folgeprobleme bundesrepublikanischer Entspannungspolitik, Meisenheim a. Glan 1976; Legitimationsprobleme und Außenpolitik — Ein Unterrichtsmodell für die Sekundarstufe, Stuttgart 1978; (Hrsg.) Aufstand der Provinz — Regionalismus in Westeuropa, Frankfurt/New York 1980 (i. E.).

Rainer-Olaf Schultze, Dr. phil., geb. 1945 in Göttingen; Wiss. Assistent an der Ruhr-Universität Bochum; Studium der Politischen Wissenschaft, Geschichte und Romanistik an den Universitäten Heidelberg und Harvard/USA; Mitarbeiter der Forschungsgruppe „Wahlen und politischer Wandel“ am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg.

Veröffentlichungen u. a.: Wahlen in Deutschland (zus. mit B. Vogel und D. Nohlen), 1971; Die amerikanische Präsidentenwahl 1972, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/73; Die Bundestagswahl 1976. Prämissen und Perspektiven, in: ZParl 4/1975; Politik und Gesellschaft in Kanada, 1977; Wahlanalyse im historisch-politischen Kontext, in: Wählerbewegungen in der europäischen Geschichte, Historische Kommission Berlin, 1980 (im Druck).

Dieter Nohlen, Dr. phil., geb. 1939; Professor an der Universität Heidelberg; Studium der Politischen Wissenschaft, Geschichte und Romanistik an den Universitäten Köln und Montpellier; Forschungsaufenthalte in Lateinamerika; Lehraufträge in Santiago de Chile; Leiter des Forschungsprojektes „Wahl der Parlamente“ am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg.

Veröffentlichungen u. a.: Spanischer Parlamentarismus im 19. Jahrhundert, Meisenheim/Glan 1970; Wahlen in Deutschland (zus. mit Bernhard Vogel und Rainer-Olaf Schultze), Berlin und New York 1971; Chile — das sozialistische Experiment, Hamburg 1973; Feuer unter der Asche. Chiles gescheiterte Revolution, Baden Baden 1974; Handbuch der Dritten Welt, 4 Bände, hrsg. zusammen mit Franz Nuscheler, Hamburg 1974—1978; Wahlsysteme der Welt. Ein Handbuch (unter Mitarbeit von Rainer-Olaf Schultze), München 1978.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul  
Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleisch-  
str. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/461 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Frankreich — „Vielvölkerstaat“ vor dem Zerfall?

## Einleitung

Die Überschrift dieses Beitrags ist zugegebenermaßen etwas reißerisch — auch Anführungs- und Fragezeichen können hier nur bezeugt Distanz andeuten! Was also motiviert den Verfasser zu dieser, emotionale Reaktionen einkalkulierenden, Titelwahl?

Zwei vorweg zu betonende Befunde können einen solchen „Einstieg“ vielleicht plausibel machen:

1. In nur wenigen westeuropäischen Ländern (am ehesten noch in Spanien) stehen sich Regionalismus und Zentralismus in einer solch abgrundtiefen Unvereinbarkeit gegenüber, wie sie sich in der Distanz zwischen dem offiziellen Selbstverständnis Frankreichs als „République une et indivisible“ einerseits und den Forderungen nach kultureller, politischer und wirtschaftlicher „Autonomie“ andererseits zeigt.

2. Selbst dort, wo die ideologischen und politischen Fronten in vergleichbarer Heftigkeit aufeinanderstoßen, sind Verfassungskompromisse wie in Spanien (oder Belgien) oder institutionelle Zugeständnisse wie in Großbritannien (aber auch in Italien) als Konfliktregelungsversuche anerkannt. Orientiert man sich dagegen in Frankreich an den Äußerungen der verfeindeten Wortführer des zentralistischen Nationalstaats (z. B. des Gaullisten Valéry Giscard d'Estaing, Jacques Chirac) und des „ethnonationalistischen“ Regionalismus (z. B. François Fontans), dann scheinen Brückenschläge hier undenkbar.

Politjournalistische Kassandrarufer wie der Jean-Pierre Richardots beschwören denn auch bereits das Resultat einer scheinbar unvermeidlichen Konflikteskalation: den staatlichen Zerfall der „unteilbaren Nation“, ein in sechs bis acht Teilstaaten „zerstückeltes Frankreich“<sup>1)</sup>. Bis zum Ende dieses Jahrhunderts wird, so Richardot, Frankreich in seiner heutigen Gestalt von der Landkarte ver-

Jean-Pierre Richardot, *La France en miettes*, Paris 1976.

schwunden sein — es sei denn, die verantwortlichen Politiker „wachen unverzüglich auf“!

Giscard d'Estaing, sicherlich für absehbare Zeit einer der wichtigsten Adressaten solcher Weckrufe, scheinen „Schreckensvisionen“ dieser Art gleichwohl nicht zu beunruhigen. In seinem Buch „*Démocratie française*“<sup>2)</sup> läßt sich aus keiner Zeile herauslesen, daß regionalistische Themen zur Ursache politischer Schlafstörungen der Repräsentanten dieses Systems reifen könnten. Diese Sprachlosigkeit stimmt dennoch mißtrauisch: werden die (Bomben-)Anschläge bretonischer und korsischer Separatisten auf die „Integrität der französischen Nation“ nicht vor demselben Hochverrats-Sondergerichtshof (Cour de sûreté de l'Etat) verhandelt, vor dem zu Beginn der V. Republik auch die OAS-Verschwörer abgeurteilt wurden? — Die politische Dimension der staatsgefährdenden Bedeutung wird den „Separatisten“ also quasi unauffällig durch Zuständigkeitserklärung einer Instanz bescheinigt, die weit oberhalb (und außerhalb) der Alltagsjustiz angesiedelt ist. Der Vorwurf der Verschlafenheit an die Adresse der verantwortlichen Politiker könnte demnach insofern an dem Problem vorbeiziehen, als er in Wirklichkeit auf eine fehlinterpretierte „taktische Verschwiegenheit“ hinweist, hinter der sich vielleicht ein durchaus sensibilisiertes Problembewußtsein verbirgt. Die beschwörenden, fast identischen Erklärungen Giscard's und seines Ministerpräsidenten Barre z. B. anläßlich ihrer kurz aufeinanderfolgenden (!) goodwill-Reisen nach Korsika, es gebe kein nationales „korsisches Problem“, sondern nur „Probleme in Korsika“<sup>3)</sup>, wirkten dort eher wie eine

<sup>2)</sup> Giscard d'Estaing, *Démocratie française*, Paris 1976.

<sup>3)</sup> Giscard: „Contrairement à ce que l'on dit et écrit souvent... il n'y a pas de problème de la Corse, il y a des problèmes en Corse“, in: *Le Monde*, 11./12. Juni 1978; Barre: „Il n'y a pas de problème corse. Il y a des problèmes du développement économique et social de la Corse“, in: *Le Monde*, 14. 12. 1978.

didaktische Repetition des „offiziellen“ französischen Staatsverständnisses, als daß sie politische Selbstverständlichkeiten reflektierten.

Das für alle Vertreter, Liebhaber oder Bewunderer des französischen Zentralismus („La France — c'est Paris“) schockierend einprägsame Richardot'sche Tableau eines separatistisch zerstückelten Frankreichs ist zweifellos ein hochgradig spekulatives Gedankenexperiment: Der technokratischen Kälte eines überzentralisierten Staatsgebildes wird die vermeintliche Intimität und Individualität einer nach „ethnisch“-kulturellen Kriterien konstruierten französischen Kleinstaaterei gegenübergestellt — eine gegenwärtig beständig an Attraktivität gewinnende Vorstellung also, die eher geschichtsphilosophische Konzepte und Schlüsselbegriffe des 19. und frühen 20. Jahrhunderts reaktiviert, als daß sie die im heutigen französischen Regionalismus angelegten Realitätsbilder und Konfliktursachen überzeugend erklärt. Immerhin: die Ängste oder Hoffnungen des überwiegenden Teils französischer Zentralisten bzw. Regionalisten kreisen um „utopische“ Projektionen dieses Zuschnitts. Und wenn man sich dann noch deutschsprachige Publikationen zu diesem Problemkreis ansieht, gewinnt man vollends den Eindruck, daß es sich in Frankreich eher um zielbewußte „Freiheitskämpfe“<sup>4)</sup> kulturell unterdrückter (und wirtschaftlich ausgebeuteter) „nationaler Minderheiten“/„Volksgruppen“/„Ethnien“ als um bis heute höchst vielfältige Interpretationen von und Reaktionen auf strukturelle(n) Probleme(n) handelt, die keineswegs nur die „ethnischen“ Randregionen betreffen. Die ideologische Reduktion der regionalistischen Bewegungen auf eine „Minoritätenbewegung“, die im oft unreflektierten Gebrauch der eben erwähnten Begriffstrios trotz vielerlei antikolonialistischen und ökologischen Beiwerks immer wieder durchbricht, stellt gerade auch die bundesrepublikanische Rezeption des französischen Regionalismus<sup>5)</sup> in eine problematische, deutsch-osteuropäische Tradition der „Volksromantik“, die mit naiven Unbefangen-

heitserklärungen à la „Jean“<sup>6)</sup> allein noch keineswegs „bewältigt“ ist. Beides, das „ethnonationalistische“ *Selbstbild* vieler französischer Regionalisten und eine überwiegend in Minoritätenkategorien argumentierende deutsche *Rezeption*, gibt Anlaß genug, dem damit verbundenen Traditionsballast und seiner „modernen“ kapitalismus- und systemkritischen Uminterpretation nachzuspüren.

Unter Verzicht auf die Darstellung der frühen Entwicklungsgeschichte des französischen Regionalismus<sup>7)</sup> wird es im folgenden also zunächst um die Klärung des ideologischen und historischen Kontextes der Begriffe „nationale Minderheit“ und „Volksgruppe“ gehen. Im Unterschied zu Spanien und Großbritannien ist der Regionalismus in Frankreich ungleich stärker mit einem Traditionsstrang verkoppelt, der in Mittel- und Osteuropa mit der „großdeutschen“ Volkstumspolitik assoziiert wird und in Frankreich selbst die Kollaborationspraxis vor allem bretonischer, flämischer und elsässischer Regionalisten mit dem deutschen Nationalsozialismus begründete. Über die angedeutete grundsätzliche ideologische Opposition zwischen republikanischem Zentralismus und regionalistischem Partikularismus hinaus ist es also die historische Diskreditierung durch diese „Bündnisstrategie“, die bis heute einen Dialog zwischen Regionalisten und Zentralisten erschwert.

Diese Belastung sollte man sich bewußt machen, bevor man scheinbar „unbefangen“ seine Sympathien für die vermeintlichen „nationalen Befreiungskämpfe“ in Frankreich ausbreitet und damit der Sache wahrscheinlich eher Schaden als Nutzen zufügt.

In den folgenden Kapiteln wird es also weniger um eine deskriptive Bestandsaufnahme, noch weniger um eine theoretische „Erklärung“ des französischen Regionalismus gehen. Überprüft werden sollen in ideologiekritischer Absicht die intellektuellen Deutungs-

<sup>4)</sup> Vgl. „Jean“ (= Thomas Lehner), Elsaß: Kolonie in Europa, Mit einem Vorwort über Occitanien, Korsika, Wales und Jura, Berlin 1976, S. 8.

<sup>7)</sup> Vgl. hierzu den Beitrag in: Dirk Gerdes/Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze, Die regionalistische Herausforderung. Großbritannien — Frankreich — Spanien, Königstein/Ts. 1980 (erscheint demnächst); eine umfassende Bestandsaufnahme bieten die Beiträge in: Dirk Gerdes (Hrsg.), Aufstand der Provinz — Regionalismus in Westeuropa, Frankfurt/New York 1980 (erscheint demnächst).

<sup>4)</sup> „Jean“ (= Thomas Lehner), Vom Freiheitskampf der Korsen, Mit einem Vorwort über Breizh-Bretagne, München 1978.

<sup>5)</sup> Dazu: Dirk Gerdes, La réception du régionalisme français en Allemagne, Vortrag an der Univ. Straßburg v. 1. 3. 1979 (Manuskript).

muster des französischen Regionalismus, die in ständiger Wechselwirkung auch die Realitätsinterpretationen und Handlungsorientierungen eines großen Teils der organisierten Bewegungen geprägt haben.

Dem Verfasser ist bewußt, daß ein solcher Ansatz zunächst an der subjektiven Betroffenheit der Individuen und Gruppen, die ihren Wider-

stand regionalistisch artikulieren, vorbeigeht. Zu fragen ist jedoch, ob nicht auch die bisher bereitgestellten Deutungen diesen „subjektiven Faktor“ systematisch ignorieren. Deren ideologiekritische Befragung könnte dann theoretische, vielleicht auch praktische Konsequenzen aufzeigen, die dieser Betroffenheit eher gerecht werden.

## I. Regionalistische Bewegungen in Frankreich: Überlebenskampf bedrohter „Volksgruppen“?

### Zum historischen Kontext der Begriffe „nationale Minderheit“ und „Volksgruppe“

Die in der Folge des Versailler Vertrags von 1919 erwirkten Gebietsverschiebungen und staatlichen Neuordnungen in Ost- und Südosteuropa hatten dem Völkerrecht einen neuen wichtigen Problemkreis beschert: das Problem der „nationalen Minderheiten“. Die deutsche Bevölkerung in Westpreußen, in der Provinz Posen, in Oberschlesien und in Teilen Ostpreußens, die Südtiroler, Sudeten- und Ungarndeutschen, die Ukrainer in Polen, die Ungarn in Rumänien und der Tschechoslowakei — diese und viele weitere sich nicht mit dem jeweiligen „Staatsvolk“ identifizierenden Bevölkerungsteile waren durch die mehr oder weniger willkürlichen Grenzziehungen zu „Ereignisminderheiten“ (Kloss) geworden, die sich dem Druck eines territorial festgeschriebenen *Kulturnationalismus* der neuen bzw. umgestalteten Staaten ausgesetzt sahen. Zum Problem wurde diese neue Ordnung, weil mit ihr der Anspruch verknüpft war, die als konfliktträchtig erkannte Koexistenz von „Nationalität“ und Staat im *Nationalstaat* zur Deckung zu bringen. Im Unterschied zu Frankreich, wo die „kulturelle“ Substanz der nationalen Selbstinterpretation nahezu bruchlos mit dem in der französischen Revolution definierten republikanischen Staatszweck verschmolz, wo „civilisation“ und demokratische „citoyenneté“ als Einheit gedacht wurden<sup>8)</sup>, blieb in den ost-

und südosteuropäischen Staaten das *individualisierende* Prinzip demokratischer Volkssouveränität dem „organisch“ definierten, sprachlich-kulturellen Nationalitätsprinzip untergeordnet. Gesellschaftliche und politische Konflikte, die die Minderheiten tangierten, wurden somit von Anfang an als nationalitätenpolitische Konflikte ausgetragen. Das umfassende System von Minderheiten-Schutzverträgen zwischen den Gründerstaaten des Völkerbundes und den neuen bzw. umgestalteten Staaten<sup>9)</sup> konnte dieser Tendenz nicht entgegensteuern — dies nicht nur aufgrund der Ineffizienz des Beschwerdeverfahrens vor dem Völkerbund<sup>10)</sup>: Die dem Minderheitenschutzsystem zugrunde liegende Vorstellung einer sich jenseits „traditionaler“ Bindungen entwickelnden, gesamtstaatlich-demokratischen „politischen Kultur“ ignorierte das Selbstverständnis der betroffenen Staaten und wirkte so auf deren rigorose Diskriminierungs- und Assimilierungspolitik eher noch verschärfend.

Die faktische *Vermischung kulturnationalistischer und sozioökonomischer Konfliktbereiche*, deren Brisanz der Austromarxist Renner durch seine Unterscheidung zwischen Staat als „Wirtschafts-Gemeinschaft“ und Nationalität als „Kulturgemeinschaft“ für das österreichisch-ungarische Völkergemisch noch zu entschärfen versucht hatte, begründete jetzt auch das Scheitern aller Forderungen, die auf

<sup>8)</sup> Bei Rousseau ist diese etatistische Sichtweise noch verschärft: „Ce sont les institutions nationales qui forment le génie, le caractère, les goûts et les mœurs d'un peuple ... qui lui inspirent cet ardent amour de la patrie“, in: *Considérations sur le gouvernement de Pologne*, zitiert bei A. D. Smith, *Theories of Nationalism*, London 1971, S. 48.

<sup>9)</sup> Vgl. dazu: Heinz Kloss, *Grundfragen der Ethnopolitik im 20. Jahrhundert*, Wien/Stuttgart/Bad Godesberg 1969, S. 329 ff., und Theodor Veiter, *Nationalitätenkonflikt und Volksgruppenrecht im 20. Jahrhundert*, München 1977, S. 22 ff.

<sup>10)</sup> Dazu: Heinz Kloss, a. a. O., S. 334 f., und Theodor Veiter, a. a. O., S. 24.

eine *korporationsrechtliche Anerkennung und Autonomie unterschiedlicher Nationalitäten in einem gemeinsamen Staatsverband drängten*<sup>11)</sup>. Renners Vorstellungen zielten auf eine *Entpolitisierung nationaler Loyalitäten*; das kulturel-nationalistische Selbstverständnis der neuen bzw. umgestalteten ost- und südosteuropäischen Staaten hatte dagegen gerade die totale Politisierung nationaler Loyalitäten zur Basis: Wenn man sich dort schon mit der menschenrechtlich begründeten Einmischung des Völkerbundes in „innere Angelegenheiten“ nur unter Protest abfinden konnte, so tangierte jede darüber hinausgehende korporationsrechtliche Autonomieforderung die tragenden Grundprinzipien dieser Staatsgebilde. Die Affinität minoritären Sonderbewußtseins zur grundsätzlichen „Systemopposition“ barg zudem immer auch die *politische Option einer nationalistisch-irredentistischen Bedrohung des neu geschaffenen Staatensystems* in sich.

Hatten sich die Minderheiten-Organisationen bis in die 30er Jahre in internationaler Kooperation (Europäische Nationalitätenkongresse) um eine demonstrative Betonung ihres defensiven Charakters und um die internationale Anerkennung eines *staatsunabhängigen* Existenzrechts aller „eigenständigen Völker“ (Boehm), nationalen Minderheiten und Volksgruppen bemüht, so hatte vor allem die deutsche Volksgruppenbewegung spätestens seit Ende der 20er Jahre gegen den sich zunehmend verdichtenden Verdacht zu kämpfen, „*Fünfte Kolonne*“ ihres „*Muttervolkes*“ (Boehm) zu sein. Begründet war dies einmal in der ungeklärten Ambivalenz zwischen der Betonung der Staatsunabhängigkeit der Volksgruppen und der gleichzeitigen Anlehnung an das staatlich organisierte „Muttervolk“ der „Reichsdeutschen“, und zum anderen in der grundsätzlichen ideologischen Verwandtschaft der Volksgruppenideologie mit der irrationalistischen „Blut-und-Boden“-Mythologie des Nationalsozialismus. *Diese Verwandtschaft sorgte schließlich dafür, daß sich die „neutrale“ Haltung der deutschen Volksgrup-*

*penbewegung schließlich unter dem Einfluß der nationalsozialistischen „Volkstumspolitik“ zugunsten „großdeutscher“ und damit irredentistischer Tendenzen auflöste* — eine Hypothek, die heute gern verschwiegen wird und die selbst einen menschenrechtlich motivierten Minderheitenschutz belastet.

### Die problematische Erbschaft der Volksgruppenbewegung

Vorab: Es ist richtig, daß sich die Volksgruppenbewegung ebenso wie ihre heutigen Nachfolger gegen eine „rassistisch reduzierte Begründung“ ihres Eintretens für kollektive Volksgruppenrechte gewehrt haben. Der Hinweis auf diese Distanz erfaßt jedoch nur einen kleinen Ausschnitt ihrer Beziehungen zu den Nationalsozialisten. *Kloss* weist zu Recht darauf hin, daß auch innerhalb der NSDAP zumindest in den ersten Jahren nach 1933 eine nicht-rassistische Strömung dominierte, die ihre Argumente für das „Lebensrecht“ der Volksgruppen gleichwohl aus der *nicht minder fragwürdigen Überzeugung* ableitete, „daß Menschen, die ihr Volkstum wechseln, häufig moralisch geringwertig und außerstande zu schöpferischer Mitarbeit seien.“<sup>12)</sup>

Nicht nur die nationalistische Überheblichkeit gegenüber den „ressentimentgeladenen Unterschichtsvölkern“<sup>13)</sup> prägte das Verhalten der deutschen Volksgruppenbewegung, sondern auch und gerade deren durch den Nationalsozialismus bestärkte *Empfindlichkeit und erbitterte Gegnerschaft gegenüber jeder Form von Assimilantentum bzw. „Volksverrat“*. Die in ihren Auswirkungen totalitäre Denkfigur des volksverräterischen „Renegaten“ und „Assimilanten“ spukt folgerichtig — trotz verbaler Distanzierung vom Nationalsozialismus — auch heute noch durch die Literatur zum

<sup>12)</sup> Heinz Kloss, a. a. O., S. 342.

<sup>13)</sup> So Max Hildebert Boehm, *Volkszerreißung und Minderheitennot*, in: K. C. von Loesch/M. H. Boehm (Hrsg.), *Zehn Jahre Versailles*, Bd. III, Die grenz- und volkspolitischen Folgen des Friedensschlusses, Berlin 1930, S. 433; Boehm erhielt seinen ersten Lehrstuhl („Volkstheorie und Volkstumssociologie“) erst nach der NS-Machtergreifung. In seiner 1937 erschienenen „*Volkskunde*“ ist von einer Distanz zur NS-Ideologie nur noch wenig zu spüren. Theodor Veiter bezeichnet Boehm 1973 als „im Grunde noch heute unerreichte(n) Volkswissenschaftler(. . .)“, in: Th. Veiter, Deutschland, deutsche Nation und deutsches Volk, *Volkstheorie und Rechtsbegriffe*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11/73, S. 7.

<sup>11)</sup> Vgl. Hans Mommsen, *Nationalismus und Nationalitätenfrage im Verständnis des Marxismus*, Abschnitt B des Lex.-Artikels „Nationalismus, Nationalitätenfrage“, in: *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft*, Sp. 663; auch: Heinz Kloss, a. a. O., S. 150 ff.

Volksgruppenrecht<sup>14)</sup>. Wenn Veiter 1977 (!) den „Assimilanten“ jegliche Legitimation auf Vertretung ihrer Volksgruppe abspricht und „Volk und Volkstum“ als „bei den diesseitigen Werten an erster Stelle“<sup>15)</sup> stehend propagiert, so hat er mit dieser weder ideologiekritisch — wie z. B. bei Eugen Lemberg — noch historisch-genetisch und/oder funktional hinterfragten Volkstumsmythologie die ebenso irrationale wie undemokratische „Substanz“ des u. a. von Boehm repräsentierten Teils der (deutschen) Volksgruppenbewegung in die Gegenwart hinübergerettet. Die Gefahren dieser Haltung werden deutlich, wenn Veiter in diesem Kontext beispielsweise für das Elsaß und für Ost-Lothringen ein „Förderndes Nationalitätenrecht“ auch gegen den explizit artikulierten Willen der „eigensprachigen Kulturfranzosen“ (lies: „Renegaten“) fordert.

*Der organizistische Volksbegriff und die damit eng verbundene Forderung nach einem „Fördernden Nationalitätenrecht“ auch gegen den Willen der Betroffenen (!) machen den Staat zum Instrument eines absolut gesetzten Wertes, für den eine überindividuelle Verbindlichkeit beansprucht wird und der zugleich eine äußerst unbestimmte, leicht manipulierbare „Substanz“ hat.*

„Volklicher“ Wesenskult, nationalistische Gemeinschaftsmythologie und rassistischer Totalitarismus kennzeichnen in dieser Perspektive nur unterschiedliche Akzentuierungen eines ihnen gemeinsamen illiberalen, vordemokratischen und statischen Gesellschaftsbildes; sie negieren einen zentralen Wert menschenrechtlichen Denkens: das Recht auf Selbstbestimmung, das sich auch und gerade in der individuellen Wahlmöglichkeit für eine unter vielen denkbaren gesellschaftlichen Existenzformen und Identitäten ausdrückt; sie unterscheiden sich nur im Ausmaß des in ihnen angelegten Inhumanitätspotentials. Dem deutschen Nationalsozialismus blieb es vorbehalten, diese Traditionsstränge — darwinistisch verabsolutiert und von allen Restbeständen universalistischen Denkens („Gegenseitigkeitsnationalismus“) „gesäubert“ — zu einem totalitären Ideologiebrei furchtbarster Konsequenz zu verarbeiten.

<sup>14)</sup> So bei Th. Veiter, Nationalitätenkonflikt ... a. a. O., S. 186.

<sup>15)</sup> Ebd., S. 144/145.

## Organizistische Elemente im französischen Ethnonationalismus der Nachkriegszeit

Es hieße, die Intention der obigen Darstellung mißzuverstehen, würde man sie als denunziatorische „Erledigung“ der Volksgruppenbewegung der Zwischenkriegszeit abtun. Sie sollte für ideologische Versuchungen sensibilisieren, denen die Bewegung der Zwischenkriegszeit, und hier nicht nur ihre deutschen Vertreter, wie z. B. Boehm, sondern ebenso ost- wie westeuropäische „Volksgruppenführer“, erlegen sind. Man kann nicht einfach verdrängen, daß Boehm die „vier großen ‚S‘ (Stamm, Siedlung, Sitte und Sprache)“ des „volklichen Heimatkundlers“ Riehl schon 1937 bereitwillig mit folgendem Satz „völkisch“ anpaßte: „In der Sprache unserer Zeit würden wir dafür Blut, Boden, Volksordnung und Volkstum sagen, die ihre Krönung im leidenschaftlichen Willen zum nationalsozialistischen Reich finden.“<sup>16)</sup> Man darf ebensowenig vergessen, welchen Einfluß die Gesellschaftsvorstellungen und ideologischen Theoreme der Volksgruppenbewegung auf die oben angedeutete Kollaborationspraxis einiger im „Comité Français des Minorités nationales“ zusammengeschlossenen französischen Ethnonationalisten<sup>17)</sup> hatte. Und man sollte sich schließlich nicht wundern, wenn Analysen, die mit dem traditionellen Begriffsapparat auch den heutigen französischen Regionalismus zu erfassen suchen<sup>18)</sup>, mit Mißtrauen begegnet wird. Hinter der begrifflichen Kontinuität verbergen sich nämlich oft genug auch politische, ideologische, personelle und organisatorische Reminiszenzen an

<sup>16)</sup> Boehm, Volkskunde ...; a. a. O., S. VI.

<sup>17)</sup> Der Begriff „Ethnonationalismus“ wird im folgenden für die westeuropäische Variante kulturell-nationalistischer Gemeinschaftsvorstellungen (vgl. Anm. 18 und 19) verwendet. Er grenzt diese Vorstellungen vom republikanischen Konzept der „Staatsnation“ à la Rousseau (vgl. Anm. 8) ab.

<sup>18)</sup> Offen rassistisch argumentiert z. B. Michael Galloy in seinem Baskenartikel, der in dem von der heutigen Volksgruppenorganisation FUEV herausgegebenen Handbuch der europäischen Volksgruppen, Wien/Stuttgart 1970, erschien. Dies ist jedoch ein inzwischen selten gewordener „Ausrutscher“. Im allgemeinen hält man sich an die drei explizit genannten „objektiven Merkmale“ der FUEV-offiziellen Volksgruppen-Definition: „Eine Volksgruppe ... ist eine volkliche Gemeinschaft, die durch Merkmale wie eigene Sprache, Kultur oder Traditionen gekennzeichnet ist. Sie bildet in ihrer Heimat keinen Staat oder ist außerhalb des Staates ihrer Nationalität beheimatet (nationale Minderheit).“ in: Handbuch ... S. 34.

die Zeit vor 1945 — dies nicht nur bei der deutschsprachigen Volksgruppenbewegung, sondern auch bei den französischen Ethnonationalisten. Einige Beispiele sollen hierzu genügen:

Die Affinität der Volksgruppenbewegung zur nationalsozialistischen Gemeinschaftsideologie und die sezessionistischen bzw. irredentistischen Ambitionen der regionalen Anhänger dieser Ideologie hatten in weiten Kreisen Westeuropas, vor allem aber in Frankreich, jede Darstellung regionalkultureller Besonderheiten als die „nationaler Minderheiten“ oder „Volksgruppen“ (*communauté ethnique*<sup>19)</sup> suspekt werden lassen. Bei der 1949 eingeleiteten Gründung einer neuen Volksgruppenorganisation waren daher gerade auch französische Kreise sehr interessiert an einer neutralen Bezeichnung, die zudem der spezifisch regionalistischen Tradition Frankreichs Rechnung trug. Als Kompromiß setzte sich schließlich die Organisationsbezeichnung „*Union der Regionen und nationalen Minderheiten*“ durch. Geleitet wurde sie von zwei Westeuropäern: dem Wallonen *Charles Plisnier* und dem Bretonen *Joseph Martray* — letzterer ein zum gemäßigten Regionalisten und Föderalisten gewandelter ehemaliger Chefredakteur der bretonischen Zeitung „*La Dépêche*“, die vor Kriegsende von *Yann Fouéré*<sup>20)</sup> herausgegeben worden war. Das regionalistische, lediglich antizentralistische Element blieb in dieser Organisation jedoch nur ein Übergangsphänomen: schon 1953 wurde eine Umbenennung in „*Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen*“ (FUEV; franz.: „*Union Fédéraliste des Communautés Ethniques Européennes*“) vorgenommen, was mit der Streichung der alten ambivalenten Formulierung zugleich auch den Ausschluß aller Regionalisten bedeutete, die den Schritt in den Ethnonationalismus ablehnten. Obwohl

sich die 1967 von der FUEV verabschiedeten „Hauptgrundsätze eines Volksgruppenrechts“<sup>21)</sup> durch eine vergleichsweise ausgewogene Mischung von individual- bzw. menschenrechtlichen Schutzforderungen und Forderungen nach einem kollektiven Existenz- und Entfaltungsrecht der Volksgruppen auszeichnen, werden beide nach wie vor aus einem organozitistischen Gemeinschaftsverständnis abgeleitet, das sich heute in erster Linie auf die vorgeblich gemeinschaftsprägende Kraft der Sprache beruft.

Charakteristisch für diese Verwendung des Spracharguments ist ein Aufsatz, den *Guy Héraud*, wie Theodor Weiter ständiger Mitarbeiter des FUEV-Periodikums „*Europa Ethnica*“, 1977 unter dem Titel „*Le clivage linguistique et le fait national*“ veröffentlichte<sup>22)</sup>. Héraud übernimmt von *François Fontan* (!) die Bewertung der Sprache als „*indice synthétique de la nation*“: Sprache ist zugleich äußerlicher Indikator für die Existenz einer nationalen Gruppierung und Inbegriff ihrer „Substanz“. Sie ist damit allen anderen Faktoren, die ein „*fait national*“ konstituieren, übergeordnet<sup>23)</sup>. Jedes Individuum ist ohne sein Zutun in die Tradition einer Sprachgemeinschaft eingebunden, die sein Denken, sein Handeln und damit seine Zugehörigkeit zu einem „*Ethnotyp*“ determiniert. Eine „Nation“ ist folglich nicht identisch mit einer staatlich organisierten Gemeinschaft (vgl. Boehms Betonung des „eigenständigen Volkes“), sie ist auch nicht lediglich eine Zielsetzungsgemeinschaft im Sinne Renans, eine „Nation“ existiert — ob sich ihre Angehörigen nun bewußt dazu bekennen oder nicht — als „*Gemeinschaft eigenständiger Sprache, Mentalität und Normativität*“.

War es für die „alten“ Volksgruppentheoretiker charakteristisch, daß sie die hinter dem Minderheitenbewußtsein verborgenen Ängste vor sozialer Deklassierung unthematisiert ließen, so ist es heute für Héraud und andere „linguistische“ Ethnonationalisten bezeichnend, daß sie *soziokulturelle Realanalysen* der

<sup>19)</sup> Diese Übersetzung des Wortes „Volksgruppe“ geht zurück auf das Buch von G. Montadon, *L'ethnie française*, Paris 1935, und sollte die im westeuropäischen Raum vorher sprachlich nicht präzisierbare Unterscheidung von Volk und (Staats-)Nation ausdrücken; vgl. J. W. Mannhardt, *Die Volksgruppe in Volk und Staat*, in: *Handbuch...*, a. a. O., S. 7.

<sup>20)</sup> Er war Mitbegründer des bretonischen Separatistenparlaments von 1940; nach dem Krieg wurde er als Kollaborateur verfolgt; seit dem Ende der 50er Jahre erneut regionalistisch aktiv, lebt er heute — in Abwesenheit wegen terroristischer Aktivitäten verurteilt — wieder im irischen Exil.

<sup>21)</sup> Abgedruckt u. a. in: *Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung, Nationale Minderheiten in Westeuropa. Streben nach Mitsprache und Selbstbestimmung*, Bonn 1975, S. 43 ff.

<sup>22)</sup> In: *Christian Gras/Georges Livet* (Hrsg.), *Régions et régionalisme en France*, Paris 1977, S. 461 ff.

<sup>23)</sup> A. a. O., S. 467 ff.

gegenwärtigen Sprachlandschaft gar nicht erst anbieten.

Analysen zum Stellenwert sprachlicher Ausdifferenzierungen in Gesellschaften, in denen sich soziale, sektorale und regionale Vergesellschaftungsmuster sowohl ökonomischer als auch kultureller Art zu einem sehr komplexen Interaktionssystem vermischen, würden jedoch zweifellos ergeben, daß man die sprachlich-kulturellen Minoritätsprobleme abgeschlossen und relativ statisch existierender Siedlungsminderheiten, wie sie vor dem Zweiten Weltkrieg oft erörtert wurden, ebensowenig mit den Problemen der Randregionen Frankreichs vergleichen kann wie die kulturellen Existenzformen archaischer, nicht-europäischer Stammesgesellschaften, die Gegenstand der von Héraud ausgiebig zitierten kultur-anthropologischen oder ethnologischen Forschungen sind.

Volksgruppentheoretiker wie Veiter und Héraud mystifizieren die Konstruktionsmerkmale eines „vormodernen“ Gesellschaftstypus als „Substanz“ von Gemeinschaftsbildung schlechthin; sie isolieren den Faktor Sprache aus dem Faktorengewebe heutiger staatlicher und gesellschaftlicher Gemeinschaftsbildung heraus und stilisieren ihn mit pseudowissenschaftlicher Attitüde zum Inbegriff „volklicher“ bzw. „ethnischer“ Kollektividentität.

#### Zur „Substanz“ des französischen Ethnonationalismus

Die sprachkulturelle Begründung des französischen Ethnonationalismus hat jedoch noch eine weitere Schwachstelle: sie tritt hervor, wenn man den sprachnationalistischen Anspruch mit dem in diesen Regionen überhaupt noch vorhandenen eigensprachlichen Potential konfrontiert. Untersuchungen der realen Sprachgeographie Frankreichs leiden nun allerdings unter dem Mangel, daß die offizielle demographische Statistik hierzu, abgesehen von veralteten Angaben zum Elsaß, kein Zahlenmaterial bereitstellt — sicherlich ein Indikator für die negative Attitüde der französischen Bürokratie gegenüber jeder Äußerung regional-kultureller Ausdifferenzierung. Die vorliegenden Angaben zur Verbreitung der Regionalsprachen wurden fast ausschließlich von regionalistischen Organisationen und/

oder deren „Sympathisanten“ zusammengestellt. Dennoch belegen selbst diese Zahlen noch eine teilweise erstaunliche Diskrepanz zwischen „Sprachwirklichkeit“ und sprachnationalistischem Anspruch französischer Ethnonationalisten. Deutlich wird diese Diskrepanz in der folgenden Tabelle. Sie konfrontiert die Einwohnerzahlen<sup>24)</sup> der Départements (für Okzitanien: Regionen), in denen nach ernst zu nehmenden Untersuchungen noch originäre regionalsprachliche Kenntnisse angetroffen werden, mit Schätzungen unterschiedlicher Verlässlichkeit zur Anzahl regionalsprachlicher Einwohner<sup>25)</sup>:

Für alle Regionalsprachen gilt, daß sie für die Bewohner der betreffenden Regionen nur in den seltensten Fällen alleiniges Kommunikationsmedium sind. Im Elsaß beispielsweise, für das die vergleichsweise noch zuverlässigsten Zahlenangaben vorliegen, gaben bei der Volkszählung von 1962 lediglich 19,3% der Einwohner an, das Französische nicht zu beherrschen — dies bei dem wohl für alle französischen Regionen höchsten Prozentsatz von 84,7% Dialektsprechern<sup>26)</sup>. Ein weiteres typisches Merkmal, das ebenfalls für alle Regionalsprachen gilt, läßt sich aus anderen im Elsaß erhobenen Angaben erschließen: Die Regionalsprachen sind nicht nur auf ein vorwiegend traditionales Milieu (Land) und auf bestimmte Sprechsituationen (vertraute Umgebung, informelles Gesprächsklima) beschränkte Kommunikationsmedien, sie sind darüber hinaus bei jüngeren Altersgruppen in rapidem Rückgang begriffen.

Die drei hier genannten Faktoren regional-sprachlicher Kommunikation: *situationsspezi-*

<sup>24)</sup> Entnommen aus: Statistiques et indicateurs des régions françaises. Annexe au projet de loi de finances pour 1978, Paris: INSEE, Januar 1978, S. 41 ff. und 391 f.

<sup>25)</sup> Diese Zahlen werden aus Riccardo Petrella, La renaissance des cultures régionales en Europe, Paris 1978, S. 212/213, entnommen, der für ihre Zusammenstellung nicht nur die gegenwärtig verfügbaren Handbücher ausgewertet, sondern auch bei regionalistischen Bewegungen nachgefragt hat. In neueren deutschsprachigen Veröffentlichungen geht man mit diesen Zahlen meistens noch großzügiger um. Besonders ausgeprägt ist diese Tendenz bei Lothar Wolf, Sprachlich-kulturelle Minderheiten in Frankreich. Das Beispiel Okzitanien, in: Polit. Studien, 1976.

<sup>26)</sup> Angaben aus INSEE, Direction régionale de Strasbourg, Recensement général de la population — 1962, Langues parlées et religions déclarées en Alsace, Vol I, S. 49.

*Tabelle 1:*  
Angaben zur regionalen Sprachgeographie Frankreichs

Sprachregion	Départements	Einwohner (in Tsd., 1975)	davon regionalsprachlich
Elsaß(-Lothringen)	Bas-Rhin	882,1	<i>Regionalsprachen:</i> Alemannisch, fränkisch und/oder hochdeutsch  <i>Schätzungen:</i> zwischen 1,2 und 1,5 Millionen; in der Volkszählung von 1962 gab es auf eine entsprechende Frage im Département Moselle 90 % der Einwohner französische, 43 % hochdeutsche und 38 % fränkische Sprachkenntnisse an.
	Haut-Rhin	635,1	
	Moselle	1 006,4	
	(Meuse) (Vosges)	<u>2 523,7</u>	
	(Meurthe et Moselle)		
Franz. Flandern	Nördl. Teil des Départements Nord („Westhoek“)	2 510,7 (Dépt. Nord insgesamt)	<i>Regionalsprache:</i> flämisch (niederländisch) <i>Schätzungen:</i> zwischen 100 000 und 200 000; Schwerpunkt im Raum Cassel
Bretagne	Finistère	804,1	<i>Regionalsprache:</i> bretonisch <i>Schätzungen:</i> zwischen 500 000 und 1,1 Millionen; Schwerpunkt im Dépt. Finistère
	Côtes du Nord	525,6	
	Morbihan	563,6	
	(Ille-et-Vilaine)	<u>1 893,3</u>	
Franz. Baskenland	Südwestlicher Teil des Dépt. Pyrénées-Atlantiques in der Region Aquitaine	534,7 (Dépt. Pyrénées-Atl. insgesamt)	<i>Regionalsprache:</i> baskisch <i>Schätzungen:</i> zwischen 85 000 und 130 000
Franz. Katalonien	Annähernd das gesamte Dépt. Pyrénées Orientales (Teil der Region Languedoc-Roussillon)	<u>299,5</u>	<i>Regionalsprache:</i> katalanisch <i>Schätzungen:</i> zwischen 200 000 und 260 000 (Wolf: 300 000!)
Korsika	Haute Corse Corse du Sud	<u>220,6</u>	<i>Regionalsprache:</i> korsisch <i>Schätzungen:</i> zwischen 175 000 und 200 000
Okzitanien	(Regionen, die von „Lutte Occitane“ als okzitanisch bezeichnet werden)		<i>Regionalsprache(n):</i> 1. Nordokzitanisch (Limousinisch, Auvergnatisch, Alpenprovenzalisch) 2. Mittelokzitanisch (Languedokisch, Provenzalisch) 3. Gascognisch <i>Schätzungen:</i> zwischen 10 und 12 Millionen (!)
	Aquitaine	2 015,6	
	Midi-Pyrénées	2 268,2	
	Limousin (außer H.-Vienne und Creuse)	240,4	
	Lang.-Roussillon	1 490,0	
	Auvergne (außer Alliers)	952,0	
	Prov.-Alpes-Côte d'Azur	3 675,8	
	Rhône-Alpes (nur Ardèche und Drôme)	618,9	
		<u>11 260,9</u>	

fische Anwendung, Assoziierung mit einem vorwiegend traditionellen Milieu und weitgehende Verdrängung in jugendlichen Altersgruppen, lassen die in der Tabelle anzutreffenden Hoch- und Höchstschätzungen in einem anderen Licht erscheinen. Bezieht man in das Schätzkalkül zudem noch die von Ethnonationalisten als „Unterwanderung“ bzw. „Überfremdung“ bezeichneten Migrationsbewegungen, die Abwanderung gerade jugendlicher Bevölkerungsgruppen aus den peripheren Regionen

und die ungebrochene Landflucht (vgl. Kap. II), ein, dann wird deutlich, daß einige Schätzungen jenseits aller Seriosität lediglich ethnonationalistisches Wunschdenken reflektieren. Selbst die in allen Regionen seit einiger Zeit zu beobachtende „Renaissance“ der Regionalsprachen, der durch gezielten Sprachunterricht nachgeholfen werden soll, bedeutet für das soziale Prestige dieser Sprachen bisher lediglich eine durchaus begrüßenswerte „Tendenzwende“, kennzeichnet für deren Verbrei-

tung aber noch keine Trendumkehr. Fast schon peinlich wirken vor diesem Hintergrund Zahlenangaben wie die Lothar Wolfs, der ohne ein Wort der Begründung die gesamte Einwohnerschaft des Département Pyrénées Orientales zur katalanischen Sprachminderheit zählt<sup>27)</sup>. Aus der Luft gegriffen sind auch die Schätzungen zu Okzitanien. Gibt es hier schon unter den regionalistischen/ethnonationalistischen Gruppierungen keine Einigkeit über die Grenzen dieses Gebietes<sup>28)</sup>, so deuten erst recht die hohe Verstärkerquote (die Region Provence-Alpes-Côte d'Azur z. B. liegt hier nach der Ile-de-France an zweiter Stelle!) und der hohe Ausländer- und Zuwandereranteil auf die Unsicherheitsfaktoren hin, die sich einer realistischen Schätzung in den Weg stellen. Es wird daher hier auf Zahlenangaben verzichtet. In Abgrenzung von den vorliegenden Zahlen kann jedoch vermutet werden, daß selbst deren Halbierung noch eine Höchstschätzung bedeuten würde!

Unter Berücksichtigung der angedeuteten soziokulturellen und demographischen Befunde sollen in Tabelle 2 korrigierte Schätzzahlen zusammengefaßt werden:

*Tabelle 2:*  
Korrigierte Schätzungen zur Verbreitung regional-sprachlicher Kenntnisse

Sprachregion	Einwohner der entspr. Dept.	Wahrscheinlichkeit regional-sprachlicher Kenntnisse
Elsaß-(Lothringen)	2,5 Mill.	ca. 1,2 Mill. ( $\approx$ 48 %)
Franz. Flandern	2,5 Mill.	maximal 100 000 ( $\approx$ 4 %)
Bretagne	1,9 Mill.	unter 900 000 ( $\approx$ 47 %)
Franz. Baskenland	0,5 Mill.	maximal 85 000 ( $\approx$ 17 %)
Franz. Katalonien	0,3 Mill.	unter 150 000 ( $\approx$ 50 %)
Korsika	0,2 Mill.	maximal 100 000 ( $\approx$ 50 %)
Okzitanien	11,3 Mill.	— (vgl. Text)

<sup>27)</sup> Lothar Wolf, Sprachlich-kulturelle Minderheiten . . . , a. a. O., S. 582.

<sup>28)</sup> Die tabellarische Auflistung hält sich an die „Grenzziehung“, die von „Lutte Occitane“ vorgenommen wird; zuletzt in: Pais occitan/lutte occitane, Nr. 30, Prima '78, S. 6.

Auch diese tabellarische Zusammenfassung kann irreführend wirken. Zu betonen ist, daß es hier nur um „Kenntnisse“ in den Regionalsprachen geht. Wird nach der Verbreitung der Regionalsprachen als Verkehrssprachen gefragt, so ergibt sich ein vergleichsweise noch desolateres Bild.

Während sich so die sprachliche „Substanz“ des französischen Ethnonationalismus von Jahr zu Jahr verringert, scheint gleichzeitig auch der nur sprachlich-kulturell begründete Regionalismus spätestens seit Ende der 60er Jahre im Rückgang begriffen. Er hat — ohne daß die durch ihn begründete Definition der Randregionen als Minderheitenregionen aufgegeben worden wäre — einer erneut radikalisierten Regionalismus-Version Platz gemacht: dem *ethnonationalistischen Antikolonialismus*.

Die einprägsamen Schlagworte, die u. a. Yves Person 1973 an den Beginn einer von ihm herausgegebenen und ansonsten sehr nuancenreichen Sondernummer der Zeitschrift „Les Temps Modernes“ über „Nationale Minderheiten in Frankreich“ stellte<sup>29)</sup>, sind inzwischen zum programmatischen Antrieb „nationaler Befreiungsbewegungen“ geworden, die — am aktionistischen oder sogar terroristischen Rand der „legalen“ ethnonationalistischen Bewegungen angesiedelt — den „antiimperialistischen“ Kampf der ehemaligen Kolonialvölker in den „kolonisierten“ und vom „kulturellen Völkermord“ dezimierten Minderheitenregionen fortzusetzen glauben. Eine weniger radikale Praxis und eine in der Regel etwas differenziertere Realitätsinterpretation unter Zugrundelegung gleicher gesellschaftstheoretischer Prämissen kennzeichnen die regionalistischen Gruppierungen, die mit der These vom „internen Kolonialismus“ eine erheblich gesteigerte Mobilisierung und Breitenwirkung erreicht haben. Der Analyse des dahinter verborgenen Gesellschaftsbildes gelten die folgenden Ausführungen.

<sup>29)</sup> Les Temps Modernes, Août/Septembre 1973.

## II. „Interner Kolonialismus“: politische Karriere, Inhalt und Problematik eines regionalistischen Kampfbegriffs

Für *Robert Lafont* — „Chefideologe“ des heutigen französischen Regionalismus und seit Kriegsende bei allen bedeutenden regionalistischen Organisationen Okzitaniens (außer der PNO!) in führender Position tätig — bezeichnete der erstmals 1962 in ein regionalistisches Programm Frankreichs<sup>30)</sup> übernommene Kampfbegriff vom „internen Kolonialismus“ eine entscheidende Wendemarke: das Symbol eines unwiderruflichen Aufbruchs französischer Regionalisten in den antikapitalistischen, antizentralistischen, systemrevolutionären Kampf<sup>31)</sup> — ein Selbstverständnis, das sich in der ideologischen Radikalisierung der traditionellen Komponenten des französischen Regionalismus explizit auf das erfolgreiche Vorbild *Algeriens* bezog.

Der algerische Unabhängigkeitskrieg hatte sich 1962 aus drei Gründen als Modell angeboten: er war durch den Vertrag von Evian als legitim anerkannt worden, obwohl damit gleichzeitig die Illusion des „französischen“ Algeriens begraben werden mußte; er symbolisierte den Sieg des „nationalen Selbstbestimmungsrechts“ über das Prinzip der „einen und unteilbaren Republik“; schließlich: er war weltweit als progressiver Befreiungskampf gegen den kapitalistischen Kolonialismus verstanden worden, konnte also nicht als reaktionär diffamiert werden.

Die starke Betonung der ökonomischen Komponente des „internen Kolonialismus“ schloß jedoch keineswegs aus, daß die traditionellen Themen des ethnonationalistischen Regionalismus wie selbstverständlich in dieses neue Konzept eingearbeitet wurden. Dem Okzitanismus gelang in den folgenden Jahren mit dieser thematischen Kombination von „alt“ und „neu“ eine langsame Erweiterung seiner sozialen Basis im traditionell linken Milieu — eine Entwicklung, die jedoch erst in den 70er

Jahren zu spektakulären Aktionseinheiten führte. *Er wurde mit dieser neuen Strategie zum Vorbild fast aller bedeutenden regionalistischen Bewegungen in Frankreich.*

„Revolutionär“ ist — so muß Lafonts obige Aussage interpretiert werden — eine regionalistische Bewegung, wenn sie sowohl die beiden strukturellen Säulen des heutigen Frankreich, die politisch-administrative Zentralisation und die privatkapitalistische Marktwirtschaft, als auch deren politisch-ideologischen Legitimationssymbole, die „nationale Einheit“ und die individuelle „Freiheit“ der Wirtschaftssubjekte, in Frage stellt. Mißt man das „revolutionäre“ Potential der „legalen“ antikolonialistisch-ethnonationalistischen Bewegungen an diesem Maßstab, so läßt sich bei allen diesen Bewegungen ein jeweils unterschiedliches Mischungsverhältnis in ihrer „revolutionären“ Motivations- und Zielstruktur feststellen. *In keinem Fall erfüllt jedoch deren aktuelle Politik die Vorbedingungen einer im Lafontschen Sinne revolutionären Ausrichtung.*

Schon hinter dem Begriff des „internen Kolonialismus“ verbergen sich stark differenzierende Schwerpunktsetzungen. Dennoch läßt sich aus der Verwendung dieses Kampfbegriffs folgender „Ableitungszusammenhang“ als kleinster gemeinsamer Nenner ablesen:

1. Ein unterschiedlich strukturiertes Bündel demographischer, ökonomischer und infrastruktureller Indikatoren wird als Beleg für die relative Verarmung bzw. Unterentwicklung der betreffenden Region angeführt.
2. (Ausschließliches) Kriterium für die territoriale Ausgrenzung dieser Region sind jedoch nicht diese ökonomischen Kennziffern, sondern tradierte, sprachlich-kulturell legitimierte „ethnische“ Siedlungsräume.
3. Ökonomische Aktivitäten in einer Region sind nur dann nichtkolonialistisch, wenn sie a) von „autochthonen“ Bewohnern dieses Gebietes verantwortet werden (korsische Wandinschrift: „I Francesi Fora“ = Franzosen raus) und/oder b) primär dem regionalen Binnenmarkt „zugute“ kommen („Export“ z. B. nur nach Durchlaufen aller denkbaren Bearbeitungsstufen des Produktes *in* der Region).

<sup>30)</sup> Program des aus dem Institut d'études occitanes hervorgegangenen Comité occitan d'études et d'action (COEA). Diesem folgte 1971 die stärker linkssozialistisch festgelegte Lutte Occitane, aus der sich wiederum 1974 die heute stärkste okzitanische Gruppierung Volem Viure al País (VVAP) abspaltete.

<sup>31)</sup> Lafont, *Décoloniser en France. Les régions face à l'Europe*, Paris, 1971, S. 227.

4. Da ökonomische Aktivitäten in Frankreich wesentlich von einer staatlichen Planungs- und Bewilligungsbürokratie beeinflusst und die Entscheidungskriterien dieser Bürokratie zentral definiert werden, sind Aktivitäten nach Pkt. 3 a) und b) prinzipiell erschwert, wenn nicht unmöglich (Lafont: „Les hommes d'Etat français ont une conscience régionale Parisienne“).

5. Indizien für diese prinzipielle Unmöglichkeit ökonomischer Aktivitäten, die primär der Region zugute kommen, sind die grundsätzliche Nichtanerkennung der nach Punkt 2 definierten Region und die Unterdrückung ihrer kulturellen Eigenständigkeit durch „Paris“ sowie die in enger Zusammenarbeit mit dieser zentralistischen Bürokratie erzwungene Öffnung des regionalen Marktes für „externe“ Wirtschaftsinteressen.

6. Entkolonialisierung heißt demnach zunächst das Infragestellen der Legitimations-symbole, die a) das „Pariser Regionalbewußtsein“ der Bürokratie und der für sie verantwortlichen Politik begründen und b) einer Anerkennung der Region nach den in Punkt 2 genannten Kriterien im Wege stehen: der offiziellen Interpretation „nationaler Einheit“ wird eine „höherwertige“ (da historisch und kulturell scheinbar stärker verankerte) „ethnische Identität“ entgegengehalten, die durch kulturelle Entfremdung („Genocid“) und ökonomische Ausbeutung lediglich verschüttet, aber nicht ausgelöscht wurde.

7. Entkolonialisierung heißt schließlich die Freisetzung der mit einer erneuerten ethnischen Identität wiedergewonnenen Energien regionaler Selbstbestimmung a) auf politisch-administrativer Ebene und b) (als Folge von a) auch auf wirtschaftlicher Ebene.

Die traditionellen *ethnonationalistischen Elemente* sind in diesem Argumentationsmuster deutlich zu erkennen. Sie begründen zugleich auch in ihrem neuen antikolonialistischen Kontext eine ideologische und politische Hypothek: Die *territoriale Ausgrenzung der Regionen nach ethnonationalistischen Identitätskriterien setzt die Definition der betreffenden Regionen als „kolonialer Raum“ bereits voraus, bevor die diesem Raum zugeordneten „kolonialen“ Strukturdefizite durch Indikatoren konkretisiert werden, die einem vollkommen anderen Kategoriensystem entstammen.*

In dieser *vorschnellen Territorialisierung* ökonomischer Struktur- und Funktionsprobleme liegt eine doppelte Problematik: Zum einen lenkt diese Sichtweise von dem Anteil *regionsspezifischer* Verursachungsfaktoren und der ihnen zuzuordnenden sozialen Kräfte ab (die „Schuldzuschreibung“ bleibt auf „Paris“ fixiert), zum anderen versperrt sie den programmatisch wichtigen Zugriff auf eine räumlich differenzierende Feinanalyse ökonomischer Strukturprobleme, die die „ethnisch gesetzte“ *räumliche Homogenität* in Zweifel ziehen würde (dies gilt vor allem für Okzitanien). Ein weiteres charakteristisches Handikap liegt jedoch auch in einem *neu hinzugekommenen Programmelement*: Im Mittelpunkt aller antikolonialistisch-ethnonationalistischen Analysen und Mobilisierungsstrategien steht die Bewußtmachung eines ökonomischen *Entwicklungsdefizits* der jeweiligen peripheren Region im Vergleich zum Zentrum französischer Wirtschaftsdynamik, der Ile-de-France. In der Wahl dieses relativen Bezugssystems verbirgt sich ein grundsätzliches Problem: *Der Mangel an konsensfähigen Vorstellungen über eine autonome regionale Entwicklungsstrategie, die den Zielwerten des entwickelten Zentrums ein alternatives Entwicklungsmodell entgegensetzen würde, reduziert die regionalistische Bewegung inhaltlich auf eine Protestbewegung.* So sehr sich die Ideologen des Regionalismus seit über einem Jahrzehnt um die Ausarbeitung sozialistisch und ökologisch inspirierter Aktionsprogramme bemühen — eine eindeutig an alternativen Zielwerten orientierte Massenmobilisierung ist ihnen bisher nicht gelungen. Berücksichtigt man, daß sich hinter regionalistischen Parolen vor allem Kleinbauern, Kleinhändler, Gewerbetreibende und Intellektuelle versammeln, dann erscheint es durchaus einsichtig, daß sich diese Gruppen eher in der gemeinsamen Furcht vor sozialem Abstieg als auf der Basis strukturrevolutionärer Programme zusammenfinden. Das Oszillieren der regionalistischen Bewegungen zwischen einer kompromißbereiten, auf „Paris“ fixierten „antikolonialistischen“ Bündnisstrategie und ideologischer Fraktionierung (bzw. Isolierung) ihrer Kadergruppen ist typisches Resultat der bis heute nicht überwundenen Kluft zwischen intellektuellem Anspruch und sozialer Motivation der breiten Anhängerschaft des Regionalismus.

Grundlegend für den teilweise aufsehenerregenden Erfolg dieser Bündnisstrategie — vor allem im Languedoc erreicht sie unter dem Banner der VVAP-Bewegung<sup>32)</sup> selbst die etablierten linken Massenorganisationen — ist also weniger eine „revolutionäre“ Programmperspektive, als vielmehr die im Begriff des „internen Kolonialismus“ vorgegebene Ursachenanalyse regionaler Entwicklungsdefizite. Sie benennt drei unterscheidbare Verursachungskomplexe:

1. *Demographische Strukturungleichgewichte: „Koloniale Auszehrung“ und „Überfremdung“*

Den wichtigsten demographischen Beleg für die koloniale Unterdrückungssituation der peripheren (Ethno-)Regionen Frankreichs sehen die antikolonialistischen Regionalisten in der *kontinuierlichen Abwanderung* (vor allem der arbeitslosen bzw. unterbeschäftigten jungen Generation) in den Großraum Paris („Auszehrung“), was einerseits zur Überalterung der verbleibenden Bevölkerung, andererseits zu einem Absinken der Geburtenrate in den betreffenden Regionen geführt habe. Für die Bretagne und den okzitanischen Küstenbereich wird darüber hinaus — oft unter dem Stichwort „Überfremdung“ — Klage geführt über die Zuwanderung „unproduktiver“ Rentnergruppen. Im Languedoc-Roussillon und auf Korsika seien die demographischen Bilanzen zudem durch die Ansiedlung repatriierter Algerien-Franzosen verfälscht (die wiederum aufgrund großzügiger staatlicher Förderung — was zutreffend ist — die einheimische junge Generation in ihrem Expansionsdrang behindert habe) — auch dieser Vorgang wird unter „Überfremdung“ rubriziert.

<sup>32)</sup> Das „Volem Viure al País“ („Wir wollen in unserem Land leben“) ist spätestens seit dem „Winzerkrieg“ (1975/76) zur Parole einer breiten Aktionseinheit zwischen Okzitanisten, syndikalistischen Organisationen der Arbeiterschaft (v. a. CFDT), des Kleinhandels und des Weinbaus, Linksozialisten und neuerdings auch südfranzösischer Untergliederungen der KPF (vgl. das spektakuläre Manifest „Gegen ein Europa des Kapitals — für eine ‚pouvoir autonome‘ in Okzitanien“ in: *Le Monde* vom 17. 11. 1978/22. 11. 1978) geworden; vgl. hierzu: Karin Dietrich, *Okzitanien. Ansatz zu einer Analyse der sozio-ökonomischen und politischen Zusammenhänge als Beitrag zum Regionalismusproblem in Frankreich*, unveröffentl. Zulassungsarbeit, Heidelberg 1977.

Analysiert man die vorliegenden regionalstatistischen Migrationsdaten<sup>33)</sup>, so kann generell zunächst gesagt werden, daß *nicht die peripheren, sondern die beiden unmittelbar an den Großraum Paris angrenzenden Regionen Centre und Picardie unter den größten Abwanderungsverlusten zu leiden haben*. Bis auf die Bretagne scheinen alle peripheren Regionen Frankreichs vergleichsweise resistent gegenüber der Anziehungskraft des Zentrums Paris zu sein. Ein anderes Bild ergibt sich bei den Daten, die die von den Regionalisten beklagte „Überfremdung“ indizieren. So fragwürdig diese ethnonationalistische Kategorie ist: *die südfranzösischen Randregionen sind, bedingt durch den seit Ende der 50er Jahre einsetzenden Zustrom „repatriierter“ Franzosen aus Nordafrika, als „Einwanderungsregionen par excellence anzusehen*. Eine Synopse beider Datengruppen ergibt gleichwohl, daß *die um den Großraum Paris gelegenen Regionen die in der Sichtweise der Ethnonationalisten ungünstigste Kombination von „Auszehrung“ und „Überfremdung“ aufweisen*.

2. *Unterentwicklung und Abhängigkeit*

Das wichtigste Charakteristikum der regionalistischen Interpretation ökonomischer Aspekte des „internen Kolonialismus“ ist die Tendenz, Unterentwicklung als direkte Folge eines bewußten Dominanzverhaltens des Zentrums zu erklären<sup>34)</sup>. Unbestreitbar und auch in „offiziösen“ Studien neuerdings hervorgehoben<sup>35)</sup> ist die Tatsache, daß die „Modernisierung“ vergleichsweise rückständiger Wirtschaftsräume Frankreichs weitgehend über Impulse vermittelt wird, die aus dem „Zentrum Paris“, zunehmend aber auch aus regionalen „Unterzentren“ (z. B. Grenoble, Lyon, Toulouse), auf die „Provinz“ einwirken. Interpretiert wird diese Entwicklung als *Unterwerfung* pe-

<sup>33)</sup> Vgl. u. a. Regionalstatistik, a. a. O., S. 48 ff. Der für diesen Beitrag vorgesehene Umfang läßt eine ausführliche Datendiskussion leider nicht zu.

<sup>34)</sup> Vgl. u. a.: *Le Peuple Breton* (Monatsschrift der UDB), Nr. 169, Dez. 77, S. 26: „Unterentwicklung“ ... ist „Resultat des ... politischen Willens der Bourgeoisie in Frankreich ... unser Land zu beherrschen und ökonomisch auszubeuten“; ähnlich die Programmschrift der korsischen ARC „Autonomia“ (Juni 1974), S. 90 ff., und Lafont, a. a. O., S. 90.

<sup>35)</sup> Vgl. *La Documentation Française* (Hrsg.), *Activités et régions, Dynamiques d'une transformation; Travaux et recherches de prospective*, Heft 75, Paris 1978, S. 22 ff.

ripherer Regionen unter die ökonomischen Interessen der höher entwickelten Regionen (bzw. deren Wirtschaftsunternehmen). Als Nachweis dient dabei u. a. ein „Abhängigkeitskoeffizient“, der den prozentualen Anteil von Arbeitnehmern in Industriefirmen mit Geschäftssitz außerhalb der betreffenden Region an der Gesamtzahl aller industriellen Arbeitnehmer dieser Region angibt<sup>36)</sup>:

Tabelle 3:  
Industrielle Abhängigkeitskoeffizienten

Regionen	insgesamt	von Paris abhängig
Région Parisienne	2,9	—
Champagne	43,2	37,9
Picardie	64,5	60,5
Haute-Normandie	65,5	58,9
Centre	64,1	56,9
Basse-Normandie	71,5	67,2
Bourgogne	58,4	52,3
Nord	37,9	36,5
Lorraine	40,8	38,0
Alsace	23,1	20,5
Franche-Comté	48,9	46,4
Pays de la Loire	47,1	43,7
Bretagne	46,9	41,8
Poitou-Charentes	43,8	34,3
Aquitaine	28,9	22,3
Midi-Pyrénées	39,9	36,5
Limousin	29,5	25,2
Rhône-Alpes	29,7	28,5
Auvergne	35,7	32,3
Languedoc	34,5	27,2
Provence-Côte-d'Azur	43,7	39,6

Im interregionalen Vergleich zeigen jedoch auch diese Daten, daß nicht die peripheren Regionen, die die koloniale Dominanz durch „Paris“ lautstark beklagen, sondern die Regionen, die sich unmittelbar um den Großraum Paris gruppieren, die intensivste Außensteuerung aufweisen; die „koloniale Durchdringung“ der peripheren Regionen durch externe Wirtschaftsinteressen kann also nicht als primärer Verursachungsfaktor peripherer Unterentwicklung identifiziert werden, insofern diese Unterentwicklung — in Anlehnung an dependenztheoretische Analysen des Nord-Süd-Konflikts<sup>37)</sup> — als notwendige Folge der Aufrechterhaltung hochentwickelter Wirtschaftsstrukturen im Zentrum gesehen wird.

<sup>36)</sup> Tabellenauszug aus Documentation Française (Hrsg.), a. a. O., S. 59.

<sup>37)</sup> Ein sehr anregender Versuch in dieser Richtung wird in der soziologischen Diplomarbeit von Adelheid Hense unternommen: Regionale Unterentwicklung und regionalistische Bewegung am Beispiel Okzitaniens, Univ. Bielefeld, Januar 1979 (Manuskript).

### 3. Dezentralisierung und regionale Strukturpolitik

Im Mittelpunkt politisch-institutioneller Forderungen französischer Regionalisten steht das Verlangen nach Abschaffung oder zumindest Modifikation des politischen und administrativen Zentralismus. Als ersten Schritt in Richtung einer erweiterten Regionalautonomie sehen alle regionalistischen Programmschriften die Einrichtung demokratisch gewählter Regionalversammlungen und von ihnen abhängiger regionaler Exekutiven vor. Diese Forderungen nach einer durchgreifenden *Dezentralisierung* haben in den letzten Jahrzehnten in dem Maße an Gewicht gewonnen, in dem sich der Staat interventionistisch in die Gestaltung fast aller Gesellschaftsbereiche eingeschaltet hat: *kompensatorisch* zur Bewältigung infrastruktureller, sozialer und ökologischer Folgelasten und -probleme vor allem in den bereits durchindustrialisierten Regionen, als *aktiver Träger* einer Industrialisierungs- und Modernisierungsstrategie vor allem in den „unterentwickelten“ Regionen. Aus der Sicht der Zentrale ergibt sich daraus ein institutioneller Zwang zur „*Dekonzentration*“ der staatlichen Zentralverwaltung, die sich durch Auslagerung untergeordneter Entscheidungskompetenzen bei gleichzeitiger Bewahrung ihrer „Generalkompetenz“ zu entlasten sucht (sogenannte „overload“-Problematik). Eine gewisse Interessenkonvergenz zwischen den Vertretern einer regionalen Autonomisierung und den Verfechtern einer erweiterten Dekonzentrationspolitik ergibt sich dabei aus der Tatsache, daß die fortschreitende Staatsintervention zugleich auch zu einer verstärkten *Politisierung sozialer und sektoraler Konflikte* geführt hat, die im Rahmen des traditionellen Repräsentativ- und Klientelsystems nicht mehr vollständig kanalisiert werden kann.

*Infrastrukturelle Erschließungsmaßnahmen* (z. B. Bau von Straßen und Kanälen, Verbesserung der Schienenverbindungen und des Telefonnetzes, Ausbau spezialisierter berufsqualifizierender Schulen und Ausbildungsstätten) gehören zu den wichtigsten Instrumenten staatlicher Regionalpolitik. Lassen sich in diesem Politikbereich regionale Verzerrungen zu Lasten der peripheren Regionen nachweisen, die dem von Regionalisten wie Lafont unter-

stellten „Pariser Regionalbewußtsein“ der staatlichen Administration zurechenbar sind, dann wären die stark *politisch-institutionell* orientierten Autonomisierungsforderungen nicht nur der erwähnten Dezentralisierungsverfechter, sondern auch der weitaus „radikaleren“ ethnonationalistischen „Antikolonialisten“ einsichtig. Die folgende Tabelle gibt für jede Region zunächst das Pro-Kopf-Investitionsvolumen des Staates und in der zweiten Spalte das durch lokale Gebietskörperschaften getätigte Pro-Kopf-Investitionsvolumen an<sup>38)</sup>:

*Tabelle 4:*  
Investitionsvolumen Staat/  
lokale Gebietskörperschaften (FF)

Ile-de-France	1 809	2 248
Champagne-Ardenne	1 379	1 936
Picardie	1 080	1 824
Haute Normandie	1 734	2 179
Centre	1 103	2 225
Basse Normandie	1 313	2 147
Bourgogne	1 213	2 215
Nord-Pas-de-Calais	1 424	1 399
Lorraine	1 380	2 431
Alsace	1 042	1 939
Franche-Comté	1 193	2 105
Pays de la Loire	1 560	1 931
Bretagne	1 377	2 133
Poitou-Charentes	1 097	2 038
Aquitaine	1 511	1 997
Midi-Pyrénées	1 311	1 939
Limousin	1 850	2 589
Rhône-Alpes	1 382	2 461
Auvergne	1 443	2 317
Lang.-Roussillon	1 371	2 393
Prov.-Alpes-Côte d'Azur	1 727	2 440
Corse	2 790	1 924
Durchschnitt aller Regionen	1 476	2 141

Sechs Regionen mit staatlichen Pro-Kopf-Ausgaben unter 1213 FF bilden hier eine eindeutig

<sup>38)</sup> Zahlen aus Regionalstatistik a. a. O., S. 383/4, für die Zeit von Januar 1971 bis Dezember 1974 in FF.

<sup>39)</sup> Vgl. hierzu: Dieter Senghaas (Hrsg.), *Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung*, Frankfurt/M. 1974, und D. Nohlen/F. Nuscheler (Hrsg.), *Handbuch der Dritten Welt*, Bd. 1: *Theorien und Indikatoren von Unterentwicklung und Entwicklung*, Hamburg 1974.

gegenüber dem Rest abgesetzte Schlußgruppe. Darin sind mit den Regionen Picardie, Centre und Bourgogne wiederum drei Regionen des unmittelbaren Umfeldes der Ile-de-France und nur drei periphere Regionen vertreten. Von diesen peripheren Regionen (Alsace, Poitou-Charentes, Franche-Comté) zählt lediglich das Elsaß zu den Regionen, in denen (ethnonationalistisch-)antikolonialistisch argumentierende Regionalisten anzutreffen sind. Korsika als Region mit den militantesten und zugleich stärksten Regionalisten Frankreichs erfreut sich der weitaus höchsten staatlichen Investitionsausgaben, steht dagegen bei den aus den Ressourcen der Region getätigten Ausgaben an drittletzter Stelle.

Gemessen an den Zielsetzungen der französischen Regionalpolitik, die von einem vergleichsweise hohen Investitionsbedarf der unterentwickelten, peripheren Regionen des Westens, des Zentralmassivs und des Südwestens ausgehen, wirken diese Daten gleichwohl sehr ernüchternd. *Offenkundig erlaubt der kontinuierliche Investitionsbedarf der entwickelten Regionen keinen durchgreifenden Ressourcentransfer zur Finanzierung von Modernisierungsinvestitionen in den peripheren Gebieten.* Gleichzeitig hat es den Anschein, daß dieser politische Zielkonflikt überwiegend zu Lasten der um den Großraum Paris gruppierten Regionen gelöst wird. *Stärker und früher als andere Regionen* (Ausnahme: die alten Industrieviertel des Nordostens) *waren bzw. sind sie der Eigendynamik einer gleichsweise wenig gesteuerten Wirtschaftsentwicklung ausgesetzt.*

Dieser durch die obige Analyse bekräftigte Befund ist nun am ehesten geeignet, das in diesem Beitrag auf seine Plausibilität überprüfte Realitätsbild französischer Regionalisten — vor allem insoweit es auf intellektuelle Deutungsmuster zurückgeht — zu relativieren, gleichzeitig aber die darin enthaltene *Betonung politisch-institutioneller Faktoren* des „internen Kolonialismus“ verständlich zu machen.

Nimmt man die Schlüsselbegriffe regionalistischer Bewegungen ernst, indem man sie zur Erklärung regionaler Unterentwicklung und regionalistischen Protestes heranzieht, so wird man — wie dieser Beitrag — schnell deren geringen Erkenntniswert feststellen: Die oben referierten Ergebnisse stützen weder die These vom Überlebenskampf bedrohter „Volksgruppen“ noch die Vermutung einer gezielten „kolonialistischen Ausbeutung“ der Randregionen durch Paris, auf die regionalistischer Protest die notwendige Reaktion wäre. Wenn bestimmte französische Regionen nach heutigem regionalistischen Selbstverständnis Grund hätten, aufzubegehren, dann noch am ehesten die unmittelbar an den Großraum Paris angrenzenden; sie sind Betroffene einer zugleich disparitären und passiven, also „kolonialistischen“ Integration — und dies nicht erst seit wenigen Jahrzehnten. Was sich hier als Ergebnis eines langen Entwicklungsprozesses darstellt, zeichnet sich in den peripheren Randregionen bisher erst schemenhaft ab. Und dennoch sind es diese Randregionen, die heute gegen eine „kolonialistische“ räumliche Arbeitsteilung zwischen „Zentrum“ und „Peripherie“ mobilisieren und damit den beiden herkömmlichen gesellschaftlichen Konflikttypen, den *sozialen* bzw. Klassenkonflikten und den Konflikten zwischen verschiedenen *Sektoren* der Gesellschaft (z. B. Landwirtschaft contra Industrie), eine *territoriale* Dimension aufprägen. Zu fragen bleibt also, was diese Randregionen in der Weise unterscheidet, daß sie zum „Bannerträger antikolonialistischen Widerstands“ werden konnten.

Ein erster Hinweis ergibt sich aus der Beobachtung, daß alle Regionalisten wie gebannt auf die *politische* Schrittmacherfunktion des Staates fixiert sind: Gegen die Eigendynamik von seit Jahrzehnten wirkenden *Marktgesetzen* läßt sich nur schwer und kaum unter Bezug auf eine ethnonationalistische Symbolik mobilisieren; staatliche „Landesentwicklungspolitik“ dagegen, die als Ergebnis zentralisier-

ter politischer *Entscheidungen* eine ohnehin angelegte passive Marktintegration forciert und damit massiv in die Interessensphären regionaler Eliten eingreift, steht unter konkretem Rechtfertigungszwang. Die sozialen Deklassierungsängste der „Integrationsopfer“ können sich *politisch* artikulieren, weil ihre *Ursachen* identifizierbar erscheinen. Die Politisierung regionaler Wirtschaftsprobleme beflügelt geradezu eine *Territorialisierung sozialer und sektoraler Konflikte*.

Das zweite Faktum macht die *instrumentelle* Rolle deutlich, die der Ethnonationalismus hierbei spielt: Die bis heute vergleichsweise oberflächliche Integration der Randregionen hat ihnen Reste kultureller Sondertraditionen erhalten, die immer noch zum wirksamsten Mittel gehören, wenn *territoriale* Konflikte zu artikulieren sind. Ethnonationalistische Regionalisten versuchen, „den Staat“ an seiner verwundbarsten Stelle zu treffen; sie bemühen sich, die *integrative Symbolik der „nationalen Einheit“ „ethnisch“ zu überspielen*. Die „Antikolonialisten“ mobilisieren gegen einen weniger abstrakten, gleichwohl schwerer zu bewältigenden Gegner: Sie haben die „Allianz von Staat und Kapitalismus“ (Lafont) im Visier. Ihre gemeinsame Gefolgschaft kann sich bis jetzt nur auf die Forderung nach regionaler Autonomie einigen. Dieser vage Minimalkonsens macht zugleich die Stärke und Schwäche der regionalistischen Bewegungen aus. „Paris“ wird reagieren müssen, die Regionalisten werden jedoch kaum in der Lage sein, diese Reaktion zu steuern.

Eine funktionale „Dekonzentration“, verbunden mit einer eher symbolischen als faktischen „Dezentralisierung“, könnte für die nächsten Jahre den Rahmen einer zentralstaatlich betriebenen Konfliktregulierung abgeben — wenn sie gewollt und nicht wie bisher nur halbherzig betrieben wird. Die Frage, ob eine solche Konfliktregulierung wünschenswert ist, kann hier nur gestellt, nicht aber beantwortet werden.

# Neo-Nationalismus in Großbritannien

## Erklärungsansätze und Ursachenanalyse

### I. Einleitung

Großbritannien ist eine multinationale Gesellschaft<sup>1)</sup>. Diese Vorstellung ist uns nicht sonderlich vertraut. Im Gegenteil: Das Land galt in der Vergangenheit als eine der wenigen Gesellschaften ohne regionale Sonderentwicklungen, ohne ethnisch-kulturelle Fragmentierungen oder Konflikte<sup>2)</sup>. Man unterstellte nationale Homogenität, ging aus von der weitgehenden Gleichartigkeit und Gleichrangigkeit sozialer Probleme in den verschiedenen Landesteilen der Insel und ordnete bis in die jüngste Zeit hinein die Vielfalt der sozio-kulturellen Konflikte zumeist der vermeintlich eindeutigen Polarisierung der britischen Gesellschaft entlang dem „Klassen-Cleavage“-Gegensatz) zu bzw. unter.

Die Existenz englischer, schottischer, walisischer, irischer Identitäten ließ sich jedoch nicht länger leugnen, seit im Laufe der 60er Jahre einerseits die Integrationskraft der über das koloniale Weltreich vermittelten britischen Identität stark nachließ, andererseits die innerbritischen Unterschiede, die ungleichen Entwicklungsbedingungen in den drei Landesteilen, die asymmetrische Machtverteilung etc. zunehmend stärker ins Bewußtsein der Öffentlichkeit traten. Mit dem neuerlichen Aufkommen der Nationalismen in Großbritannien, mit dem Wiedereintritt dieser Nationalismen in die britische Politik (u. a. Bürgerkrieg in Nordirland, Wahlerfolge der schottischen und walisischen nationalisti-

schen Parteien) setzte zugleich in der Gesellschaftsbetrachtung eine Umorientierung ein, indem man sich mit der britischen Geschichte nicht mehr einseitig aus der Sicht des britisch-englischen Zentrums beschäftigte; statt dessen begann man, die sozio-historische Entwicklung Großbritanniens und seiner drei Landesteile aus dem Blickwinkel der Peripherie heraus zu untersuchen<sup>3)</sup>.

Im Mittelpunkt der Analysen stand dabei immer auch die Frage, warum der zuvor lange Zeit nur latent vorhandene schottische und walisische Nationalismus gerade in der zweiten Hälfte der 60er Jahre zu einem drängenden Problem der britischen Gesellschaft, ja zu einer ernst zu nehmenden politischen Kraft wurde.

In der Auseinandersetzung mit den vier wichtigsten Antwortversuchen, die je unterschiedliche Aspekte besonders betonen, von unterschiedlicher Erklärungskraft sind und die für sich allein genommen leicht in die Irre führen können, will der nachfolgende Beitrag die wesentlichsten strukturellen Gründe darlegen, die in den 60er Jahren die „Renaissance“ des politischen Nationalismus in Schottland und in Wales ermöglichten. Es geht folglich weniger um eine historisch-chronologische Deskription der nationalistischen Bewegungen in Großbritannien seit den 60er Jahren; das Ziel des Beitrages liegt vielmehr in der Darstellung langfristiger wirksamer Strukturen und zugleich in der Erörterung, welche der Ursachen spezifisch britischer Natur und welche das Ergebnis allgemeinerer Wandlungstendenzen in industriell-kapitalistischen Gesellschaften sind.

<sup>1)</sup> Wir haben uns in diesem Überblicksartikel aus Platzgründen in vielfältiger Weise beschränken müssen; dies führt notwendig zu hypothetischer Darstellung und holzschnittartiger Argumentation. Zur argumentativen Entfaltung s. demnächst Dirk Gerdes/Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze, Die regionalistische Herausforderung. Großbritannien — Frankreich — Spanien, Königstein/Ts. 1980.

<sup>2)</sup> Anders Richard Rose, The United Kingdom as a Multi-national State, in: Studies in British Politics. A Reader in Political Sociology, ed. by R. Rose, 3rd ed., London 1976, S. 115ff.

<sup>3)</sup> So u. a. Michael Hechter, Internal Colonialism. The Celtic Fringe in British National Development, 1536—1966, London 1975, aber auch eine ganze Reihe weiterer Untersuchungen, die hier nicht dokumentiert werden können.

## II. Erklärungsansätze des Regionalismus

### Regionalismus als Protestbewegung

Der konventionellste Versuch einer Antwort liegt in der Interpretation der nationalistischen Strömungen als Protestbewegungen, der Wahlerfolge der nationalistischen Parteien, der Scottish National Party (SNP) und von Plaid Cymru als Protestwahl<sup>4)</sup>. In dieser Einschätzung werden zwei Phänomene sicherlich zutreffend erfaßt: Zum ersten liegt in der Perspektive des Protestes der Vertrauensverlust, den Konservative und Labour seit 1964 haben hinnehmen müssen. Er geht einher mit einer beträchtlichen Wahlenthaltung und steigenden Stimmen- und Mandatszahlen der kleineren Parteien. Die Legitimationskraft des Zweiparteiensystems und des britischen Modells parlamentarisch-alternierender Regierungsweise schwindet selbst in Großbritannien zunehmend dahin. An diesem langfristigen Entwicklungstrend ändern auch das Scheitern der Devolution-Referenda, die Stimmenverluste der nationalistischen Parteien, der Regierungswechsel von der Labour Party zu den Tories nach der Unterhauswahl vom Mai 1979 nichts. In der nur vordergründigen Rückkehr zur Normalität der politischen Kultur im Jahre 1979 äußert sich vielmehr das Spezifikum der britischen Gegenwartspolitik, die geringe Problemlösungskapazität eines zur Selbstblockade tendierenden politischen Systems bei gleichzeitigem hohem Maß an Bestandsfähigkeit. Zum zweiten werden durch eine solche Interpretation die Leistungsdefizite von Regierungen und Parteien sichtbar. Der britische Wähler ist mit den angebotenen Problemlösungen von Labour- (1964—1970 und 1974—1979) und Tory-Regierungen (1970—1974 und seit Mai 1979) nicht mehr zufrieden.

Der Erklärungswert dieses Ansatzes ist dennoch nur gering. Die Kurzformel vom Protestverhalten verschleiern zudem mehr als sie erhellt<sup>5)</sup>. Sie stellt die Wahl von Alternativen

zum Status quo, die Entscheidung zugunsten von nicht-etablierten Parteien mit Forderungen nach unkonventionellen politischen Lösungen, nach grundlegenden Reformen im politisch-institutionellen Gefüge etc. von vornherein als negativ hin. Die jeweils bestehenden Strukturen: die Tradition der absoluten Parlamentsouveränität, der zentralistische Staatsaufbau, das Zweiparteiensystem werden zum Maßstab einer Pro oder Contra-Entscheidung gemacht. Des weiteren bleibt unklar, wogegen sich der Protest im einzelnen richtet. Die These vom Protest basiert schließlich auf der zunehmend strittigeren Annahme, daß in der Wählerschaft feste Loyalitäten zugunsten von Konservativen und Labour bestehen, die als langfristig stabil angesehen werden. Ein Votum für die SNP bedeutet in dieser Sicht folglich eine nur zeitweilige Abweichung des Wählers von seiner eigentlichen Parteiidentifikation. Die Prothesehypothese interpretiert damit eine solche Wahlentscheidung nicht nur negativ, sondern sie schließt zugleich die Möglichkeit aus, daß sich in dem abweichenden Verhalten langfristig wirksame, neue politische Einstellungsmuster und Parteipräferenzen zeigen könnten, die vom soziopolitischen Wandel oder neuen Wertvorstellungen in der Wählerschaft ausgelöst worden sind.

### Regionalismus als Folge relativer Ungleichheit

Die These von der „relativen Deprivation“ als auslösendem Element für regionalistische Bewegungen beruht auf zwei Ausgangsüberlegungen: Sie besagt zum einen, daß es nicht die unterprivilegierten Schichten einer Gesellschaft sind, von denen in aller Regel kämpferische Forderungen nach sozialer Veränderung erwartet werden können, sondern daß hierzu ein gewisses, wenn auch relativ ungleiches Maß an individuellem Wohlstand wie an politischem Bewußtsein vorhanden sein muß, kurz: daß also nicht die absolut ärmsten, sondern die relativ benachteiligten Menschen am ehesten politisch aufbegehren.

Die zweite Annahme ist, daß es weniger auf die objektiven Verhältnisse von Ausbeutung

<sup>4)</sup> Vgl. u. a. Jack Brand, *The National Movement in Scotland*, London 1978, S. 144 ff.; Chris Cook, *The Challengers to the Two-Party System*, in: Chris Cook/John Ramsden (Eds.), *Trends in British Politics Since 1945*, London 1978, S. 132 ff.

<sup>5)</sup> Ähnlich Keith Webb, *The Growth of Nationalism in Scotland*, Glasgow 1977, S. 75 ff.

Unterprivilegierung, sozio-ökonomischer Benachteiligung als vielmehr auf die individuelle Betroffenheit wie Überzeugung von der eigenen Benachteiligung ankommt. Zu den objektiven gesellschaftlichen Bedingungen der relativen Deprivation muß das subjektive Bewußtsein von der individuellen Benachteiligung hinzutreten. Die Art und Weise, wie die Benachteiligung empfunden wird, wie und in welchem Umfang die tatsächlichen Bedingungen von den individuellen Erwartungen abweichen, sind in diesem Erklärungsversuch die maßgeblichen Faktoren, die politische Aktion auslösen. Die subjektive Betroffenheit von der relativen Benachteiligung bleibt folglich diffus; sie kann ökonomisch, politisch, kulturell akzentuiert, aber auch individuell psychologisch begründet sein. Hierin liegt denn auch die besondere Schwäche dieses Ansatzes; er beschreibt verschiedene Ebenen und subjektive Ursachen von Unzufriedenheit, ohne die wechselseitigen Bezüge einwandfrei benennen zu können.

So gut wie alle ökonomischen Daten, die man heranziehen kann, zeigen für die 50er und frühen 60er Jahre für Wales wie für Schottland eine ausgeprägte relative Deprivation an: Während im Südosten Englands, im Einzugsgebiet von London, die Wirtschaft expandierte, entwickelten sich die Peripherien, neben Nordirland vor allem der Norden Englands sowie Wales und Schottland, zu den ökonomischen Krisenzentren. In Schottland stagnierte die Wirtschaft, fehlte es an Neuinvestitionen, vor allem in den Wachstumsbranchen, schrumpften die traditionellen Schwerindustrien, insbesondere der Schiffsbau. Die schottischen Löhne und individuellen Einkommen lagen rund 10 Prozent unter dem britischen Durchschnitt; die Arbeitslosigkeit hingegen war stets doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt, gar dreimal so hoch wie im Südosten. Zwischen 1960 und 1968 verließen z. B. im Durchschnitt jährlich fast 37 000 Einwohner Schottland.

Nicht zuletzt die Abwanderung macht deutlich, daß zusätzlich zu den objektiven Bedingungen von Stagnation und relativer Unterentwicklung der schottischen Wirtschaft auch die subjektive Komponente relativer Deprivation vorhanden war. Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche schottische regionalistische

Bewegung schienen damit gegeben. Zudem baute die SNP ihre politische Programmatik auf der These von der relativen Deprivation auf, indem Fragen kultureller Identität zunehmend in den Hintergrund traten oder aber mindestens in Verbindung mit der Forderung nach eigenständiger ökonomischer Entwicklung gebracht wurden<sup>6)</sup>. Das Hauptargument der SNP bildete fortan die ökonomische Krise, die in der Integration Schottlands in den britischen Staatsverband begründet sei; nur die Kontrolle über die politische wie ökonomische Entwicklung werde die Unterentwicklung Schottlands verändern können. Dennoch blieben größere Erfolge zunächst noch aus. Zwar erzielte die SNP bei den Unterhauswahlen von 1964 und 1966 mit 2,4 Prozent bzw. 5,0 Prozent der in Schottland abgegebenen Stimmen — verglichen mit früheren Wahlen — bereits erste Erfolge, doch blieb die Anziehungskraft des schottischen Nationalismus noch relativ gering<sup>7)</sup>. Auch erreichte die Labour Party, die vor allem 1964 in ihrem Programm die regionale Strukturpolitik zum Abbau der sozio-ökonomischen Ungleichheiten zu einem ihrer Kernpunkte erhoben hatte, die höchsten Stimmenanteile in Schottland nach dem Zweiten Weltkrieg. Bei den Wahlen von 1964 und 1966 orientierte sich die übergroße Mehrheit der Wähler noch an der traditionellen Konfliktlinie entlang des Klassen-Cleavage. Dies änderte sich erst, als einerseits nach den Tories nun die Labour Party an Vertrauen in der schottischen Wählerschaft einbüßte, da sich auch unter ihrer Regierungsführung die sozio-ökonomischen Bedingungen nicht entscheidend verbesserten, andererseits die Ausgangsposition der schottischen Wirtschaft sich durch die Entdeckung des Nordseeöls seit 1969/70 grundlegend wandelte und damit für die schottische Bevölkerung — wie James Kellas hervorgehoben hat — ... ‚relative deprivation‘ was matched by the prospect of ‚relative affluence‘ under a Scottish government<sup>8)</sup>.

<sup>6)</sup> Vgl. James G. Kellas, *The Scottish Political System*, 2nd ed., Cambridge Univ. Press 1975, passim, u. a. S. 132 ff.

<sup>7)</sup> Zu Wahlentwicklung und Wählerverhalten in Schottland vgl. James G. Kellas, a. a. O., passim; Jack Brand, a. a. O., S. 144 ff.; William L. Miller et al., *The Connection Between SNP Voting and the Demand for Scottish Self-Government*, in: *European Journal of Political Research*, vol. 5 (1977), S. 83 ff.

<sup>8)</sup> James G. Kellas, a. a. O., S. 132 f.

Das schottische Beispiel legt folglich den Schluß nahe, daß relative ökonomische Unterentwicklung allein keine tragfähige Basis für ernst zu nehmende regionalistische Bewegungen abgibt. Es zeigt im Gegenteil, daß unter ökonomischen Gesichtspunkten die independentistische, von Großbritannien unabhängige Alternative erst in der Perspektive relativer Überentwicklung an Attraktivität gewann.

### Regionalismus als politischer Ausdruck von internem Kolonialismus

Im Gegensatz zu den beiden vorstehend skizzierten Ansätzen, die letztlich nicht nach den Ursachen, die den relativen Ungleichheiten zugrunde liegen, fragen und sich damit begnügen, die aktuellen Konsequenzen im politischen Verhalten der betroffenen Bevölkerung zu analysieren, versucht der Interpretationsansatz des internen Kolonialismus die Gründe offenzulegen, die am Beginn der strukturellen Ungleichheit zwischen Zentrum und Peripherie standen. Er will auf die Faktoren aufmerksam machen, die bewirkten, daß sich die ungleichen Verhältnisse trotz tiefgreifender sozialer und politischer Veränderungen perpetuierten, daß keine grundlegende Angleichung in den Lebensbedingungen stattfand. Für Großbritannien hat Michael Hechter die These vom internen Kolonialismus in seiner zwar heftig kontroversen, aber außerordentlich anregenden Studie<sup>9)</sup> zu belegen versucht. Vor allem drei Prämissen liegen dem Ansatz zugrunde, die alle gegen die Modernisierungstheorie gerichtet sind und das dependenztheoretische Paradigma ergänzen:

1. In multinationalen Gesellschaften bewahrt sich die dominante Kultur die staatlichen Machtmonopole, die sie unter vorindustriellen Sozialverhältnissen durch Eroberung und feudalistische Abhängigkeiten gewonnen hatte, auch in der industriellen Gesellschaft. Sie kontrolliert das politisch-administrative System, bis zu einem gewissen Grade auch das kulturelle Leben in der Peripherie mittels spezifischer Rekrutierungs- und Herrschaftsmuster, die die Partizipation der einheimischen Bevölkerung entweder ganz verhindern sollen oder

aber zunächst die politische wie sozio-kulturelle Adaption an deren Interessen und Ziele voraussetzen.

2. Die Industrialisierung in der Peripherie ist weitgehend bestimmt von den Interessen der dominanten Kultur; die Wirtschaft produziert in Funktion des Zentrums und ist folglich komplementär und einseitig strukturiert, selbständig nicht lebensfähig und abhängig. Sie ist zudem für ökonomische Krisen besonders anfällig und von konjunktureller Depression in der Regel besonders hart betroffen.

3. Die ethnisch-kulturell bestimmte Arbeitsteilung besteht fort. Vor allem mit dieser dritten Hypothese wendet sich Hechter gegen den diffusionistischen Entwicklungsbegriff der Modernisierungstheorie, der (verkürzt dargestellt) davon ausgeht, daß durch Urbanisierung, Industrialisierung, Bildung/Ausbildung, Kommunikation, vergrößerte Mobilität etc. traditionale und im Sinne des homo oeconomicus nicht-rationale Gesellschaftsstrukturen aufgebrochen und deren soziale wie politische Trägerschichten abgelöst werden. In diesem Erklärungsmodell werden ethnische, sprachliche, religiöse Sektionalismen und daraus resultierende Regionalismen aufgehoben durch die Fragmentierung der Arbeitsteilung sowie vor allem durch den Antagonismus von Kapital und Arbeit. Gesellschaftliche Homogenität stellt sich dann her, wenn der Klassengegensatz nicht von anderen regionalen, ethnisch-kulturellen etc. Konflikten überlagert wird. Im politischen Prozeß führt eine solche Konfliktstruktur der Gesellschaft idealtypisch zum Zweiparteiensystem.

Dieser Modernisierungskonzeption, „(which regards peripheral sectionalism as a feature of preindustrial societies, while functional sectionalism is expected to increase following industrialization ...“, stellt Hechter als Alternative sein Modell gegenüber, „(which suggests that peripheral sectionalism arises reactively, despite the advent of industrialization, in situations where there is a cultural division of labor in peripheral regions ...“<sup>10)</sup>.

Hechters Ziel ist folglich die Erklärung des Fortbestandes ethnisch-kultureller Differenzierungen am Beispiel der (aufgrund feudaler/

<sup>9)</sup> Michael Hechter, a. a. O.

<sup>10)</sup> Ebenda, S. 210.

vorindustrieller Herrschafts- und Gesellschaftsstrukturen im Mittelalter und Spätmittelalter in die Randzonen Großbritanniens, nach Schottland, Irland und Wales, zurückgedrängten und von der dominanten englischen Kultur abhängig gewordenen) Kelten während und nach der Industrialisierung. Der Fortbestand ethnischer Loyalitäten und Besonderheiten in den Sozialverhältnissen stellt sich dabei dar als sich reproduzierender Prozeß von Penetration (sowohl durch Immigration als auch durch Kapital) und Abhängigkeit der Peripherie von den durch die dominante Kultur in die periphere Region gebrachten Industrien, die primär in Funktion und zum Nutzen der Interessen des Zentrums produzieren. Hechter gelingt es dabei, eine Reihe von dependenztheoretischen Annahmen anhand des *internen* Metropole-Hinterland-Verhältnisses für Großbritannien zu bestätigen, u. a. den Enklaven-Charakter der Wirtschaft, die „branch plant economies“, Exportorientierung, strukturelle Heterogenitäten, nicht-einheimische Brückenköpfe und Arbeiteraristokratien, kulturelle Deformationen etc.

Andererseits muß jedoch auch für diesen Erklärungsansatz einschränkend betont werden, daß er gleichfalls nur Teilaspekte des Regionalismus in Großbritannien erfaßt. Kritisch anzumerken ist u. a., daß das Hechtersche Theorem sich eigentlich nur zur Analyse der sozialstrukturellen Prozesse, zur Interpretation der ‚objektiven‘ Determinanten der sozialen Entwicklung gut eignet, die handlungstheoretische Komponente aber nur unzureichend in sein analytisches Modell eingebracht wird. Der Darstellung der verschiedenen Trägergruppen der nationalen Bewegungen in Großbritannien, ihrer programmatischen Ziele sowie ihrer je spezifischen politischen Handlungsweise wird in der Analyse zu geringer Raum gewidmet. Unklar bleibt, welche Rolle die politischen und kulturellen Organisationen der nationalen Bewegungen in diesem Prozeß gespielt haben. Dies ist im übrigen einer der Gründe dafür, daß das Modell des *internen* Kolonialismus nur eine unzureichende Antwort auf die Frage zu geben vermag, warum der zuvor lange Zeit nur latent vorhandene Regionalismus in Großbritannien gerade Ende der 60er Jahre politisch virulent geworden ist.

## Regionalismus als Folge ungleicher Entwicklung

Das Theorem ungleicher Entwicklung bringt den Regionalismus in Großbritannien in Zusammenhang mit den allgemeinen Strukturbedingungen kapitalistisch-industrieller Entwicklung. Es sieht die schottischen wie walisischen Nationalismen — ihre Latenz in der Vergangenheit, ihre Aktualisierung in der Gegenwart — in Abhängigkeit von der britischen Sonderrolle im weltweiten Industrialisierungsprozeß. Der Ansatz geht aus von politischen, kulturellen wie ökonomischen Ungleichzeitigkeiten im Innern wie nach außen; er berücksichtigt ferner das dialektische Verhältnis innerer wie äußerer Entwicklung, wodurch einerseits die Tendenz besteht, innergesellschaftliche Krisen nach außen zu verdrängen oder durch äußere Erfolge zu kompensieren, andererseits äußere Probleme tiefgehende Rückwirkungen im Innern haben können. Vor allem Eric Hobsbawm hat mit seiner Untersuchung „Industry and Empire“<sup>11)</sup> dieses dialektische Innen-Außen-Verhältnis in der britischen Wirtschaftsgeschichte auf eindrucksvolle Weise herausgearbeitet.

Eine Interpretation, die auf der Prämisse ungleicher Entwicklung aufbaut, erlaubt zudem eine differenzierte Betrachtung des Verhältnisses von Nationalismus und Industrialisierung bzw. Modernisierung, die nicht als solche miteinander verknüpft sind, sondern deren Verbindung sich dadurch herstellt, daß die Industrialisierungsprozesse weder gleichzeitig noch gleichförmig verlaufen sind. Folglich sind es Nationalismus und Ungleichzeitigkeit in den jeweiligen Bedingungen industriell-kapitalistischer Entwicklung, die sich wechselseitig bedingen<sup>12)</sup>.

Die nationale Frage erhält damit in Großbritannien ihren besonderen Charakter aus der Führungsrolle des Landes als erster bürgerlicher Demokratie, als Vorreiter in industrieller wie kolonialer Expansion, die nicht nur den Entwicklungsvorsprung der britischen Gesamtgesellschaft, sondern auch denjenigen ihrer regionalen, sozialen und individuellen

<sup>11)</sup> Engl. zuerst 1968; dt.: Industrie und Empire. Britische Wirtschaftsgeschichte seit 1750, 2 Bde., Frankfurt/M. 1969.

<sup>12)</sup> S. Ernst Gellner, Thought and Change, London 1964.

Glieder begründen. Vor allem drei von Ungleichzeitigkeit bestimmte Entwicklungsprozesse sind herauszuheben:

1. Durch den frühbürgerlichen Charakter der englischen Revolution fehlten dem britischen Staat stets eine Reihe wichtiger Strukturmerkmale entwickelter industrieller Demokratien. Damit stellte sich „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ (Bloch) her im Verhältnis von Staat und Gesellschaft.

2. Ökonomisch-industriell bestand Ungleichzeitigkeit zwischen Großbritannien (einschließlich der industriellen Enklaven in Schottland und Wales) und den kontinental-europäischen Gesellschaften aufgrund des britischen Entwicklungsvorsprungs. Infolge des komparativen Vorteiles erübrigte sich weitgehend die Schutzfunktion des Nationalstaates nach außen.

3. Wegen des Entwicklungsvorsprungs nach außen bedurfte es in Großbritannien nach innen keines in sich geschlossenen, kulturell ho-

mogenen Nationalstaates, so daß die politische Zentrale den nationalen Subsystemen innerhalb Großbritanniens eine Vielzahl von vornehmlich sozio-kulturellen Aufgaben überlassen konnte, die ansonsten in aller Regel in die Regie der Zentrale übergingen und zur nationalstaatlichen Homogenisierung entscheidend beitrugen. Dies gestattete Schottland relativ unproblematische Integration in den britischen Staatsverband und erlaubte zugleich das Nebeneinander von schottischer und britischer Identität.

Mit dem Verlust des metropolitan-kolonialen Verbundsystems, mit dem Rückzug Großbritanniens aus der Weltpolitik entfiel indes die entscheidende Klammer, die in der Vergangenheit den Dualismus zweier Identitäten ermöglicht hatte. Das Erwachen des Nationalismus in Großbritannien Ende der 60er Jahre stellt sich also in dieser Sicht dar als dialektischer Reflex des Verlustes der britischen Weltmachtposition. Hauptvertreter dieses Erklärungsansatzes ist Tom Nairn<sup>13)</sup>.

### III. Strukturen des internen Kolonialismus: Der Fall Wales

Michael Hechters Modell zielt auf die keltischen Randgebiete Großbritanniens und interpretiert deren Abhängigkeiten wie deformierten Entwicklungsmöglichkeiten. Es erfaßt vor allem Irland/Nordirland, Wales und das schottische Hochland, nicht aber Schottland in seiner Gesamtheit. Am ehesten zur Erklärung der Geschichte Irlands geeignet, erhellt das Hechtersche Paradigma mit seinen drei Ausgangshypothesen aber auch die walisische Entwicklung. Es erscheint besonders fruchtbar für folgende Problembereiche: die Strukturbedingungen der staatlichen Integration, die sozio-kulturellen Assimilierungszwänge sowie die ökonomische Abhängigkeit und die ethnisch-kulturelle Arbeitsteilung<sup>14)</sup>.

Eine unmittelbare Bestätigung findet das Modell in der Sprachentwicklung in Wales, die vor allem seit Beginn der Industrialisierung Mitte des 19. Jahrhunderts gekennzeichnet ist sowohl durch die Fortdauer der Existenz der walisischen Sprache als auch durch einen starken Druck zur sprachlichen Assimilierung an die vorherrschende englische Sprache. Die Statistik vermag dies eindrucksvoll zu belegen: Sprachen 1901 noch rund die Hälfte der Bevölkerung walisisch, von denen 35 % zweisprachig waren und von denen immerhin 15 % nur walisisch konnten, war der Prozentsatz schon 1931 auf 36,8 % abgesunken; er lag 1961 bei 26,0 % und erreichte bei der bisher letzten Volkszählung von 1971 nurmehr 20,8 % der Gesamtbevölkerung von Wales. Dabei beherrschen heute so gut wie alle Waliser zwei Sprachen, während die englisch sprechende Bevölkerung demgegenüber fast ausschließ-

<sup>13)</sup> S. Tom Nairn, *The Break-up of Britain. Crisis and Neo-Nationalism*, London 1977.

<sup>14)</sup> Vgl. Michael Hechter, *Internal Colonialism*, a. a. O., passim.

lich nur eine Sprache spricht; nur wenige von ihnen sprechen die keltische Ursprache des Landes.

Die landesweiten Daten vermitteln jedoch kein zureichendes Bild von der Sprachensituation in Wales, die von starken lokalen Differenzen gekennzeichnet ist. In einigen Grafschaften wird auch gegenwärtig von bis zu drei Vierteln der Bevölkerung walisisch gesprochen; mehrheitlich spricht die Bevölkerung noch immer in gut der Hälfte des Territoriums walisisch; dennoch sind dies insgesamt nur knapp über 20 Prozent der Einwohner des Landes. In den counties des Industriegürtels im Süden ist die Zahl der walisisch sprechenden Einwohner minimal. Ethnisch-kulturell wie sprachlich existiert damit ein ausgeprägter Gegensatz zwischen Stadt und Land — eine Entwicklung, die im Zusammenhang der Industrialisierung gesehen werden muß. Da, anders als in Schottland, die Sprache in Wales den entscheidenden nationalen Bezugspunkt darstellt, ist mit der existentiell bedrohten Lebensfähigkeit der Sprache die walisische Identität überhaupt stark gefährdet. Aus diesem Blickwinkel heraus wird verständlich, daß die Bewahrung der Sprache stets ein Hauptmotiv für die politischen und kulturellen Organisationen des walisischen Nationalismus gewesen ist<sup>15</sup>).

Mit Hilfe des Ansatzes von Hechter gelingt es auch, die ökonomische Abhängigkeit der walisisch/keltischen Peripherie, die monostrukturelle Ausrichtung der Industrie auf Kohle und Stahl, die Exportorientierung etc. in der Vergangenheit zu verdeutlichen und den langanhaltenden und tiefgreifenden wirtschaftlichen Niedergang von Wales seit den 20er Jahren, die fehlende Diversifikation der Industrieproduktion zu erklären. Eine Verbreiterung der bis zu diesem Zeitpunkt auf die Schwerindustrie konzentrierten Industriestruktur erfolgte erst nach dem Zweiten Weltkrieg, in größerem Ausmaß erst im Zuge der regionalen Wirtschaftsförderung seit den 60er Jahren,

von der Wales seither ähnlich profitiert wie die anderen wirtschaftsschwachen Regionen. Vergleicht man Wachstumsraten, Brutto-Inland-Produkt und das individuell verfügbare Einkommen, zeigt sich, daß Wales zusammen mit Nordirland und East Anglia weiterhin am unteren Ende der regionalen Wirtschaftsentwicklung in Großbritannien rangiert. In Wales lag zudem die Arbeitslosenrate in den letzten Jahren deutlich über dem britischen Niveau; sie war etwa ein Drittel höher als der britische Durchschnitt und fast doppelt so hoch wie in London und dem Südosten Englands.

Hinzu tritt die weitgehende Außensteuerung ökonomischer Entscheidungen im privaten wie staatlich kontrollierten Sektor, die durch die Diversifizierung und Neuansiedlung von Unternehmen seit den 60er Jahren eher gewachsen ist. Die Neuansiedlung von Industriebetrieben erfolgte überwiegend durch in London, aber auch in den englischen Midlands ansässige britische Unternehmen — in den letzten Jahren verstärkt durch multi-nationale Konzerne, die in Wales Filialbetriebe und Tochtergesellschaften einrichteten. Dies vergrößerte die Abhängigkeit von nicht-walisisch definierten ökonomischen Interessen, da sich dadurch der Trend zur „branch plant economy“ fortsetzte und die walisische Wirtschaft nicht mehr nur im Rohstoffsektor und in der Stahlindustrie, sondern zunehmend auch im Bereich der verarbeitenden Industrie als Zulieferer und in Abhängigkeit nicht-einheimischer Firmen und Märkte produziert. Gerade solche Unternehmen sind es, in denen überdurchschnittlich nicht-einheimische, meist aus England stammende Fachkräfte im Management der Firmen sowie in der Facharbeiterschaft tätig sind, wodurch soziale Unterprivilegierung und Adaptationsdruck der walisischen Bevölkerung andauern, die ethnisch-kulturelle Dimension der sozio-ökonomischen Disparitäten fortbesteht.

Zwar führten beide Bedingungen, ökonomische Abhängigkeit vom britischen Zentrum und ethnisch-kulturelle Hierarchisierung, in ihrem Zusammenwirken dazu, daß Wales seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zunehmend umfassender und fester in das britische Wirtschafts- und Sozialsystem integriert wurde. Dieser Prozeß wurde ergänzt durch die Urbanisierung und den spezifischen Ausbau von

<sup>15</sup>) Vgl. Alan Butt Philip, *The Welsh Question. Nationalism in Welsh Politics. 1945—1970*, Univ. of Wales Press, Cardiff 1975, passim; Alan Butt Philip, *Devolution and Regionalism*, in: Chris Cook/John Ramsden, a.a.O., S. 157ff.; Anthony H. Birch, *Political Integration and Disintegration in the British Isles*, London 1977; Vernon Bogdanor, *Devolution*, Oxford Univ. Press 1979, S. 188ff.

Verkehrsnetz und Infrastruktur, durch Kommunikation und massenmedienvermittelte Informationslandschaft, durch die zentralistische Struktur des politischen Systems und dessen Träger wie Parteien und Interessengruppen, durch das zentralistisch gelenkte Schul- und Bildungswesen etc. Entgegen weitverbreiteten Annahmen führte dies jedoch weder zum Abbau des Entwicklungsgefälles oder zur Nivellierung der sozio-ökonomischen Ungleichheiten noch stellte sich sozio-kulturelle Homogenität her. Die wachsende Integration beseitigte die sozialen wie kulturellen Verwerfungen keineswegs. Sie löste nicht nur Prozesse der Assimilierung in Kultur und Ökonomie aus; als Reaktion darauf erwuchs aus ihr auch das Bewußtsein von der Besonderheit der walisischen Identität und von der

sozialen Unterprivilegierung, so daß fortschreitende Integration und Assimilierung den walisischen Nationalismus zugleich wachhielten und langfristig gar die Grundlage für seine verbreiterte Basis in der walisischen Bevölkerung mitschufen.

Diesen inneren Widerspruch ungleicher Entwicklung anzuerkennen, kommen am Beispiel von Wales selbst Autoren nicht umhin, die im Grunde modernisierungstheoretischen Vorstellungen verhaftet sind<sup>16</sup>). Auch sie räumen zunehmend die wechselseitigen Wirkungen von ökonomischer Abhängigkeit und ethnisch-kultureller Heterogenität in der Peripherie Großbritanniens ein, zu deren Verständnis die Studie von Hechter wichtige Erkenntnisse beisteuert.

#### IV. Historisch-politische Faktoren der Integration Schottlands in den britischen Staatsverband

Hechters Erklärungsmodell von englischem Zentrum und keltischer Peripherie versagt im Falle Schottlands weitgehend, dessen im Vergleich zu Wales besondere sozio-historische Entwicklung innerhalb Großbritanniens es nicht einmal annäherungsweise berücksichtigt. Dies betrifft Form wie Zeitpunkt der Eingliederung von Schottland und Wales in den britischen Staatsverband, desgleichen die Unterschiede im Verlauf der kulturellen, insbesondere sprachlichen Anglisierung.

So wurde Wales, wo einerseits zwar die keltisch bestimmten sprachlich-kulturellen und gesellschaftlichen Strukturen intakt geblieben, wo andererseits aber eine dauerhafte staatliche Integration, die über die clanhafte Stammes- und Verwandtschaftsorganisation hinausgegangen wäre, nicht gelungen war, unter den Tudors zur Aufgabe ihrer eigenen Rechts- und Kulturtraditionen gezwungen. Mit dem Act of Union erfolgte unter Heinrich VIII. 1536 nicht nur die endgültige Eingliederung von Wales in den britischen Staatsverband, sondern dem Land wurde zugleich das englische Rechts- und Verwaltungssystem

übergestülpt und über verschiedene Schritte vollständig in das zentralistische britische Regierungssystem integriert.

Die Vereinigung von England und Schottland, das im ausgehenden Mittelalter seine politische Unabhängigkeit hatte behaupten können, kam demgegenüber unter den Stuarts zunächst in der Form der Personalunion zustande, als der schottische König Jakob VI. 1603 als Jakob I. den englischen Thron bestieg. Bis zur Union im Jahre 1707 existierten beide Monarchien noch während des 17. Jahrhunderts als eigenständige staatliche Einheiten nebeneinander<sup>17</sup>). Im Innern hatten sich das gleichfalls noch clanhaft organisierte, subsistenzwirtschaftlich sowie weitgehend monostrukturell

<sup>16</sup>) So etwa Ray Corrado, *The Welsh as a Nonstate Nation*, in: Judy S. Bertelsen (Ed.), *Nonstate Nations in International Politics. Comparative System Analysis*, New York 1977. S. 131 ff., insbesondere S. 141. S. 162 f.

<sup>17</sup>) Überblicke über die schottische Geschichte geben u. a. J. D. Mackie, *A History of Scotland*, Harmondsworth 1964; *The Edinburgh History of Scotland*, 4 vols., darunter als vol. 4: William Ferguson, *Scotland 1689 to the Present*, Edinburgh 1978.

auf die Viehwirtschaft ausgerichtete keltische Hochland einerseits und das auf Grundherrschaft aufbauende, im Laufe des Mittelalters vergleichsweise ausdifferenzierte Sozialsystem des schottischen Tieflandes andererseits, das zudem schon frühzeitig angliert war, zunehmend auseinanderentwickelt, so daß die schottische Gesellschaft bereits lange vor der Union mit England dualistisch strukturiert war: Das Stammsystem des Hochlandes, das den größten Teil der Fläche Schottlands umfaßt, in dem aber schon damals nur ein kleiner Teil der Bevölkerung lebte, war dem dynamischeren Feudalismus des Tieflandes unterlegen, das — verglichen mit dem spätmittelalterlichen England — zwar gleichfalls unterentwickelt war, den Entwicklungsrückstand aber seit dem Ende der Unabhängigkeitskriege (1314) ungewöhnlich erfolgreich aufzuholen begann. Dies vertiefte die Unterschiede in Sozialverhältnissen und Lebensformen beider Landesteile weiter, wodurch zugleich das innerschottische Konfliktpotential zwischen highlands and lowlands zunahm.

Die endgültige Niederlage des Hochlandes erfolgte in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts durch die Niederschlagung mehrerer Aufstände, zuletzt 1745 in der Schlacht von Culloden. Sie führten das Ende des Clansystems herbei und hatten den Abschluß der Ein- und Unterordnung des keltischen Hochlandes unter das anglo-schottische Tiefland zur Folge. Dies war indes keinesfalls allein das Werk der englischen Metropole, sondern beendete einen Prozeß, der von der schottischen Krone und dem Tiefland lange vorher selbst eingeleitet worden war, im Interesse der anglo-schottischen Subgesellschaft des Landes lag und die Dominanz der lowlands über die highlands vollendete<sup>18)</sup>. In der keltischen (Hochland-)Peripherie stellten sich zwar ähnliche Strukturen von Abhängigkeit her wie in Wales; Christopher Harvie weist in seiner brillanten Untersuchung des schottischen Nationalismus gegenüber Hechter jedoch trefend darauf hin, daß es nicht zuletzt Schotten waren, die dafür die Verantwortung trugen<sup>19)</sup>. Diese wichtige Differenzierung vermag der Erklärungsansatz des internen Kolonialismus

nicht zu erfassen. Indem Hechter die Betrachtung auf das keltische Hochland beschränkt, vernachlässigt er das besondere innerschottische Verhältnis zwischen highlands and lowlands; er kann damit das zweifache Verhältnis von Metropole und Hinterland — zum einen Abhängigkeit und Rückständigkeit der keltischen highlands von den anglo-schottischen lowlands, zum zweiten die Dependenzbeziehung zwischen dem englischen Zentrum und Schottland — in seiner Gesamtheit nicht erhellen.

Ähnlich verhält es sich mit der Einschätzung der Unionsbildung 1707, der weder das Modell des internen Kolonialismus noch nationalistisch oder independistisch gefärbte Erklärungen gerecht werden. Letztere sehen in der Union allein das Ende der schottischen Monarchie, überpointieren den Verlust der Selbstständigkeit und überschätzen damit den Stellenwert politischer/völkerrechtlicher Unabhängigkeit als Bedingung nationaler Identität. Die mehrheitliche Billigung des Unionsvertrages durch das noch mittelalterlich/feudalistisch organisierte schottische Parlament interpretieren die Nationalisten als das Ergebnis von englischen Handelspressionen, verbunden mit Korruption und Bestechung<sup>20)</sup>.

Eine solche Interpretation übersieht indessen die ambivalenten Ursachen und widersprüchlichen Folge-Wirkungen des Unionszusschlusses. So bot die Integration in den englischen Staatsverband den presbyterianischen lowlands Schutz gegen die Gefahr fortdauernder konfessioneller Konflikte mit dem in weiten Gebieten noch katholischen oder auch episkopalischen Hochland; sie bot Teilen des Adels Schutz gegen die dynastischen, teilweise von Frankreich militärisch unterstützten Ansprüche der Stuarts und deren Anhänger im Hochland etc. Der Kompromiß der Union bedeutete den Verlust der politischen Selbstständigkeit Schottlands, garantierte aber den Fortbestand wesentlicher Elemente der schottischen Identität. Das Ende des separaten schottischen Staates implizierte keineswegs automatisch den Untergang der schottischen Nation.

Wirtschaftlich hatte der Zusammenschluß zwar den Verlust der ökonomischen Unabhän-

<sup>18)</sup> Vgl. Keith Webb, a.a.O., S. 89f.

<sup>19)</sup> Vgl. Christopher Harvie, *Scotland and Nationalism. Scottish Society and Politics, 1707—1977*, London 1977, S. 72ff.

<sup>20)</sup> Vgl. William Ferguson, a.a.O., S. 36ff.; Keith Webb, a.a.O., S. 21ff.

gigkeit zur Folge. Die Union brachte aber für das rückständigere, zum Zeitpunkt der Integration zudem stark verschuldete Schottland beträchtliche Vorteile mit sich: Sie öffnete insbesondere den Städten, dem Handel und der beginnenden industriellen Produktion den aufnahmefähigen und kapitalkräftigen englischen Markt, beseitigte die Schranken gegen den Zufluß von Kapital und Know-how<sup>21)</sup>. Die wirtschaftliche Integration bot jedoch nicht nur die Chance, durch Adaptation vom englischen Entwicklungsvorsprung zu profitieren. Als Teil Großbritanniens kam auch Schottland seit der Union in den Genuß der wirtschaftlichen Profite, die die Metropole aus der Ausbeutung der Kolonien zog. Ein nicht geringes Interesse an der Union hatten der adlige Großgrundbesitz des Hochlandes und der in den Städten des lowlands residierende schottische oder auch der englische Viehhandel. Sie profitierten von verbesserten Absatzchancen und gestiegener Nachfrage nach schottischem Vieh, insbesondere nach Rindern, auf dem seither englischen Inlandmarkt. Allerdings führte dies zu einer nochmaligen Ausweitung der ohnehin schon monostrukturellen Viehwirtschaft, deren Abhängigkeit von den wechselnden englischen Marktbedingungen weiter wuchs. Nach dem Ende der napoleonischen Kriege sanken Nachfrage und Profite an der Hochland-Viehzucht stark ab; der Handel fand gewinnträchtigeren Ersatz im Nordwesten des schottischen Tieflandes. Die Viehwirtschaft des Hochlandes kam zum Erliegen, ohne daß dort ein Ersatz vorhanden gewesen wäre. Der Niedergang der Viehwirtschaft zeigt exemplarisch die Konsequenzen wirtschaftlicher Monostrukturen und außengesteuerter, regionaler Wirtschaftsentwicklung auf, von denen später auch andere Bereiche der schottischen Ökonomie ähnlich betroffen werden sollten. Dennoch überwogen — aus der Perspektive der Unionsbildung und lange darüber hinaus — die ökonomischen Vorteile, die sich aus dem britischen Vorsprung im Industrialisierungsprozeß und bei der Errichtung des Kolonialreiches auch für das innerbritisch indes abhängige Schottland ergaben.

<sup>21)</sup> Zur Wirtschaft s. u. a. S. G. E. Lythe/J. Butt, *An Economic History of Scotland. 1100—1939*, Glasgow 1975, passim; Bruce Lenman, *An Economic History of Scotland 1660—1976*, London 1977; zur Union dort S. 44ff.

Die Union bedeutete somit für Schottland in einigen wichtigen Bereichen den Verlust von Unabhängigkeit und die Integration als kleinerer sowie im sozio-ökonomischen Entwicklungsniveau rückständigerer Partner. Andererseits führte sie keineswegs die Absorption des einen durch den anderen herbei; hierin unterscheidet sich das schottisch-britische Verhältnis von vielen anderen Beispielen im Prozeß des ‚nation-building‘, wo sich das Zentrum aus Gründen nationaler wie staatlicher Homogenität rigoros gegen die Peripherie durchsetzte; selbst innerbritisch ist die Integration Schottlands deutlich unterschieden von der Penetration von Wales oder gar der Unterwerfung von Irland.

Die englisch-schottische Union von 1707 war vielmehr, wie Christopher Harvie es formuliert hat, „... an unique balance of assimilation and autonomy“<sup>22)</sup>. Der fortdauernde Dualismus zwischen schottischer und britischer Identität fand dabei seinen konkreten Ausdruck in einem vornehmlich britisch orientierten ökonomischen Subsystem, in britisch definierter Politik im Rahmen des britischen politischen Systems, in dem es aber zugleich besondere schottische Institutionen und gewisse schottische Sonderrechte gab, sowie in spezifisch schottisch bestimmten Subsystemen, die sich nicht nur in kulturellem Nationalismus oder in Folklore erschöpften, sich auch nicht allein auf die bürgerliche Privatsphäre beschränkten, sondern u. a. die von Religion, Recht, Bildung geprägten Lebensbereiche einschlossen<sup>23)</sup>. Das fortdauernde Nebeneinander von gesellschaftlichen Subsystemen mit unterschiedlich definierten Identitäten ist ein besonders typischer Reflex der verschiedenen, spezifisch britischen Ungleichzeitigkeiten und das Hauptmerkmal der britischen Multinationalität.

Anders als in Wales spielte das keltische Erbe des Hochlandes für die nationale Identität Schottlands nur eine untergeordnete Rolle. Mit Blick auf die Sprache bedeutete die unterschiedliche Form der Integration in den britischen Staatsverband, daß die Anglisierung in Wales von außen bzw. nach der Eingliederung durch den fremden englischen Staat durchge-

<sup>22)</sup> Christopher Harvie, a. a. O., S. 16.

<sup>23)</sup> Vgl. ebd., passim; John Mercer, *Scotland. The Devolution of Power*, London 1978, S. 41 ff.

setzt wurde. In Schottland erfolgte sie demgegenüber von innen heraus und war getragen von der Krone und dem englisch-orientierten Adel, so daß die schottische Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit bereits zum Zeitpunkt der Union und damit zugleich auch vor der industriellen Revolution das englische lowland Scots sprach; allein in den highlands sprach die Bevölkerung noch gälisch. 1891 waren es nurmehr knapp 7 Prozent der schottischen Bevölkerung. Heute wird gälisch in Schottland nur in einigen abgelegenen Enklaven der highlands gesprochen, insbesondere in den westlichen Küstenregionen der Grafschaften Sutherland, Ross & Cromarty, Inverness und Argyllshire sowie auf den Hebriden (Western Isles). Auf den Inseln ist gälisch auch heute noch Umgangssprache, die dort von der Mehrheit der Bewohner gesprochen wird. Ihre Zahl erreichte 1971 jedoch insgesamt nur 88892 oder 1,8 Prozent der schottischen Bevölkerung, von denen fast alle auch englisch sprachen und nur einige hundert angaben, allein gälisch zu sprechen.

Die gälische Sprache ist heute in Schottland weder Kommunikationsmittel im Alltag noch Kulturträger. Ihr Stellenwert ist auf ein „folkloristisches Maß“ reduziert und ihre Rolle der anderer schottischer Symbole vergleichbar, von denen viele keltischen Ursprungs sind: Kilt und Tartan, Dudelsack und Schwerttanz, Whisky, die sprichwörtliche Sparsamkeit und ähnliche oft zum „Volks-“ oder „Nationalcharakter“ stilisierten Klischees, von Tom Nairn treffend als „Kitsch Scotland“ apostrophiert. Sie alle entstammen zwar den alten Traditionen des Hochlandes, spielten aber in der Vergangenheit nur eine untergeordnete Rolle für die Entwicklung der von den anglierten lowlands bestimmten schottischen Kultur<sup>24</sup>). Nach der endgültigen Niederlage des Hochlandes im 18. Jahrhundert zeitweilig verboten, wurden die keltischen Traditionen erst von

dem im übrigen nicht aus dem Hochland stammenden, sondern von Hause aus gleichfalls anglo-schottischen nationalen Romantizismus des 19. Jahrhunderts wiederentdeckt und der von Protestantismus und Aufklärung geprägten schottischen Kultur ohne viel inneren Zusammenhang als folkloristisches Beiwerk hinzugefügt.

Für das populäre schottische Selbstverständnis war dies insofern von Bedeutung, als das von Walter Scott und anderen entworfene romantisch verklärte Bild der schottischen Vergangenheit dem dominanten anglierten Süden die Umdeutung der Geschichte gestattete: Es diente zur Verschleierung der Unterwerfung der Hochlandkultur und der Verdrängung der gälischen Sprache — Prozesse, die primär durch die Gesellschaft des angloschottischen Südens zu verantworten waren. Die Übernahme der keltischen Symbole untermauerte diese falsche Vorstellung von der historischen und kulturellen Einheit Schottlands, ließ die fortbestehenden sozialen Gegensätze zwischen highlands and lowlands vergessen, akzentuierte Abgrenzung und gemeinsame Frontstellung gegenüber England und überdeckte die engen sozio-kulturellen Affinitäten wie ökonomischen Bindungen der lowlands an das englische Zentrum. Die folkloristisch-keltischen Symbole bildeten somit zu keiner Zeit ein tragfähiges Fundament für die schottische Identität. Aus den andersartigen Grundlagen von walisischer und schottischer Identität resultierten in der Vergangenheit häufig nicht nur abweichende Forderungen an den britischen Zentralstaat, die ein gemeinsames Vorgehen außerordentlich erschwerten. Wechselseitiges Unverständnis der zwei nationalen Bewegungen kam hinzu; nur wenige Schotten begreifen die zentrale Bedeutung der Sprache für die walisische Identität, während Waliser Nationalisten oft kein Verständnis für die nicht durch die Sprache definierte schottische Identität aufbringen.

<sup>24</sup>) Vgl. Tom Nairn, a.a.O., S. 126 ff.; auch Christopher Harvie, a.a.O., S. 118 ff.

## V. Neo-Nationalismus und ungleiche Entwicklung: Der Fall Schottland

Schottland besaß in diesen Elementen nationaler Identität durchaus die Basis für eine eigenständige gesellschaftliche Entwicklung. Daß es anders als auf dem europäischen Kontinent in Schottland weder im ausgehenden 18., im 19. noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu nationalen Erhebungen oder auch nur zur Formierung eines starken politischen Nationalismus kam, lag zum einen an der schon skizzierten Struktur des Unionskompromisses, der den Fortbestand der schottischen Identität auch im britischen Rahmen ermöglichte. Zum anderen ist die relativ unproblematische Integration der schottischen Nation zurückzuführen auf die britische Pilotfunktion im Prozeß industriell-kapitalistischer Entwicklung:

1. Diese Besonderheit des britischen Staates ist zunächst das Ergebnis des in dieser Form wohl einzigartigen Arrangements zwischen grundbesitzendem Adel und gentry mit dem auf Handel, Gewerbe und in Ansätzen schon auf Industrieproduktion zielenden städtischen Bürgertum im 16./17. Jahrhundert, die sich wechselseitig aneinander anpaßten und in diesem Prozeß ihre soziale wie politische Gestalt veränderten. Indem Adel und gentry zur kommerziell betriebenen Landwirtschaft übergingen und sich ökonomisch den Bedingungen von Handel und Gewerbe unterordneten, gelang es ihnen, sich ihre soziale Führungsposition in der britischen Gesellschaft zu bewahren, zumal sich andererseits die Bourgeoisie politisch wie soziokulturell an die vom Adel bestimmten Institutionen und Normen anpaßte.

Barrington Moore fand in seiner Formulierung von der „Herrschaft der Aristokratie und (dem) Triumph des Kapitalismus“<sup>25)</sup> wohl die treffendste Formel für die besondere soziale Osmose zwischen Bürgertum und grundbesitzendem Adel in Großbritannien. Die Verflechtung brachte beiden die Unabhängigkeit von der Krone, deren absolutistische Ansprüche

gemeinsam in die Schranken gewiesen wurden. Der Interessenausgleich auf der Basis bürgerlicher Werte und unter Wahrung des sozialen Vorranges der Aristokratie bewährte sich nicht zuletzt aufgrund des äußeren Erfolges des britischen Staates und der von beiden Kräften gemeinsam verfolgten kommerziell-kolonialen Strategie.

Der historische Erfolg des frühbürgerlichen britischen Staates (die rasche Ablösung feudalistischer Relikte in den Herrschafts- und Rechtsverhältnissen auf dem Lande, enclosure und Pachtsystem, die Aufhebung von Handels- und Gewerbeschränken, die frühe Anerkennung bürgerlicher Rechte und Freiheiten, einschließlich des bürgerlichen Vertrags- und Eigentumsverständnisses, rule of law, Parliamentsherrschaft) bewirkte aber auch, daß sich seine „patrizisch-repräsentativen“<sup>26)</sup> Strukturen perpetuierten. Ähnlich wie der industrielle Entwicklungsvorsprung Großbritanniens von einem bestimmten Zeitpunkt an daran hinderte, sich zu einer durch und durch modernen Industriegesellschaft zu entwickeln, erwiesen sich auch im politischen System die archaischen Institutionen und Strukturen zunehmend als Hemmschuh des politischen Wandels; so fehlte es an den notwendigen Impulsen zur strukturellen Modernisierung und zur funktionalen Ausdifferenzierung des minimalistisch-frühbürgerlichen britischen Staates, wie sie anderswo von den Revolutionen des 19. Jahrhunderts ausgelöst wurden. Dies führte in Großbritannien in Relation zum Niveau der sozio-ökonomischen Entwicklung, zum jeweils erreichten Ausmaß an Industrialisierung zum häufig verspäteten politischen Wandel.

Die Integration der schottischen und walisischen Nation in den überkommenen Zentralismus des frühbürgerlichen politischen Systems gelang dabei solange relativ problemlos, so lange sich der britische Staat in seiner Tätigkeit insgesamt beschränkte und damit auch den jeweiligen Trägern der schottischen

<sup>25)</sup> Barrington Moore, Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie. Die Rolle der Grundbesitzer und Bauern bei der Entstehung der modernen Welt, Frankfurt/M. 1969, passim, u. a. S. 49ff.

<sup>26)</sup> Tom Nairn, a.a.O., S. 19.

und walisischen Identität ihre Freiräume beließ. In dem Maße, in dem die britische Politik ihre Staatstätigkeit im Zuge der keynesianischen Reformen funktional erweiterte, traten ihre stark begrenzten Kapazitäten allerdings zunehmend deutlicher zutage. Die tradierten politischen Systemstrukturen wurden zum Hindernis für politische Innovation und institutionelle Reform und erwiesen sich insbesondere als unfähig, die regionalen Bedürfnisse und Interessen der britischen Peripherie zu berücksichtigen. Die Unzufriedenheit von Schotten und Walisern mit dem britischen Zentralismus, von dem sie sich keine angemessene Vertretung mehr versprachen, wuchs vor allem seit den 60er Jahren<sup>27)</sup>. Am Verlauf der letztlich gescheiterten Dezentralisierungsbestrebungen läßt sich dies exemplarisch erörtern.

Die Devolution-Gesetzgebung von 1978, die für Schottland und Wales zudem deutliche Unterschiede aufwies, sah einerseits die Dezentralisierung und Überweisung von wichtigen Kompetenzen an die einzurichtenden regionalen Institutionen (im Falle Schottlands an des Regionalparlament, die Assembly, und an die Regionalverwaltung) vor: u. a.: im Gesundheits- und Sozialwesen, in den Bereichen Bildung, Wohnungsbau, Transport, Kommunikation und Umweltschutz. Regionale Autonomie oder föderative Machtverteilung hatte das Dezentralisierungsgesetz aber andererseits gerade nicht zum Inhalt. So wurden den regionalen Institutionen mit der Steuerhoheit bzw. Zustimmungspflichtigkeit in der Steuergesetzgebung echte, den Föderalismus überhaupt erst konstituierende Kompetenzen vorbehalten. Auch hätte das Westminster-Parlament nach erfolgter Dezentralisierung gegenüber dem Regionalparlament ein absolutes Vetorecht besessen. Vor allem indem man im Devolutions-Gesetz am tradierten Grundsatz der Parlamentssouveränität des *britischen* Parlamentes festhielt, beharrte man auf Verfassungsprinzipien, die im politischen Alltag heute keine große Rolle mehr spielen, da sich mit dem Funktionswandel des Parlamentarismus auch in Großbritannien die wirklichen

<sup>27)</sup> Die zunehmende Entfremdung bestätigten zahlreiche Meinungsumfragen; vgl. für viele die Daten bei Jack Brand, a.a.O., S. 144ff.; zur Devolution — Gesetzgebung vgl. Vernon Bogdanor, a.a.O., passim.

Entscheidungszentren politischer Macht vom Parlament weg und hin zur Exekutive, zu Kabinett und Premierminister verlagert haben.

Die Devolution-Gesetzgebung ist insofern ein wichtiges Beispiel, an dem man aufzeigen kann, wie traditionsgebunden das britische Politikverständnis ist, das belegt, wie sehr die britische Politik heute von Verfassungsprinzipien belastet wird. Einerseits weisen sie nurmehr dogmatische, aber keinerlei faktisch-funktionale Bedeutung auf, andererseits werden aber durch sie die „output-Leistungen“ der Politik stark begrenzt und stehen sie damit einer angemessenen Weiterentwicklung des institutionellen Gefüges im Wege.

An den Dezentralisierungsbemühungen läßt sich folglich diejenige Interpretation der britischen Krise verdeutlichen, die die unzureichenden Lösungskapazitäten in der Gegenwart in der besonderen Leistungsfähigkeit des britischen Staates in der Vergangenheit begründet sieht. Insofern kann man hieran Tom Nairns These von der Reformunfähigkeit des infolge Ungleichzeitigkeit unvollkommenen britischen Zentralstaates belegen. Andererseits unterschätzt Nairn aber auch die Stabilität des bestehenden politischen Systems<sup>28)</sup>.

2. Die spezifisch britische Ungleichzeitigkeit gestattete die Fortdauer der schottischen Identität nach der Integration in den britischen Staatsverband. Indem der britische Staat eine Vielzahl von meist sozio-kulturellen Aufgaben nicht wahrnahm und diese entweder der privaten Initiative oder den Trägern der schottischen (bzw. walisischen) Identität überließ, verzichtete er nicht nur auf die Herausbildung nationaler Homogenität im Innern. Die Beschränkung der Staatstätigkeit im Innern hatte zum einen zur Folge, daß sich die britische Identität im wesentlichen über das koloniale Empire definierte. Sie führte zum anderen dazu, daß die traditionellen Institutionen der nationalen schottischen Identität (die presbyterianische schottische „Kirk“, das Rechts- und Bildungssystem) auch nach der Integration in den britischen Staatsverband in wichtigen Bereichen der Gesellschaftspolitik den Hauptbezugspunkt bildeten. Dies betraf insbesondere das Schul- und Bildungswesen, aber auch die Armenhilfe, die lange Zeit in der

<sup>28)</sup> S. Tom Nairn, a.a.O., S. 60ff.

nichtstaatlichen Obhut der Kirchen blieben: in Wales konkurrierend bei anglikanischer Staatskirche und nonkonformistischen Methodisten, in Schottland bei der presbyterianischen Staatskirche. In Wales wie in Schottland konnten die nationalistischen Bewegungen der Gegenwart — in Wales die Sprachenorganisationen und Plaid Cymru, in Schottland vor allem die SNP — folglich anknüpfen an eine Vielzahl von ideologisch-kulturellen, aber auch gesellschaftspolitischen Elementen und Institutionen nationaler Identität, die sich vor allem dadurch erhalten können, daß der frühbürgerliche britische Staat im soziokulturellen Bereich den traditionellen Institutionen wesentliche Aufgaben und Freiräume überlassen hatte. Anders als in Wales verblieb in Schottland neben dem Staatskirchentum und dem Rechtssystem das Bildungssystem zudem auch dann noch in schottischer Regie, als es in den anderen Landesteilen verstaatlicht worden war. Politisch-administrative Sonderregelungen für Schottland traten seit dem Ende des 19. Jahrhunderts hinzu, so daß sich — worauf hier nur hingewiesen werden kann — in Schottland zwischen der Zentralgewalt in London und den Gemeinden eine dritte, regionale politische Systemebene herausbildete; sie blieb zwar auf den Bereich der Administration beschränkt und ist zudem dem Veto des britischen Parlamentes unterworfen, entwickelte aber durchaus eigene politische Machtvollkommenheiten, die gerade unter dem systemtheoretischen Aspekt der autoritativen Entscheidung über die Allokation von Werten und Gütern zutage treten<sup>29)</sup>.

3. Die britische Sonderrolle ergab sich schließlich aus dem ökonomischen Entwicklungsvorsprung gegenüber den kontinental-europäischen Gesellschaften. Aufgrund seiner Führungsrolle brauchte Großbritannien im 18. und 19. Jahrhundert anders als die sich später industrialisierenden Gesellschaften keinen Schutz gegen einen in der Entwicklung kapitalistisch-industrieller Produktion vorangeschritteneren Konkurrenten. Während in jenen Gesellschaften der Staat eine zentrale Funktion im Schutz vor der Kapital- und Warenpenetration von außen und damit einhergehend in der Garantie autonomer Entwick-

lung des einheimischen Kapitals sah, wozu der Nationalstaat in mehrfacher Dimension — territorial, rechtlich, ideologisch — den Rahmen lieferte, bestand hierzu in Großbritannien keine vergleichbare Notwendigkeit. Zum einen profitierte die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit und in den verschiedenen Landesteilen, in Schottland und Wales, wenn auch in gleichem Umfang, vom komparativen Vorsprung. Zum zweiten existierte für diejenigen, die vom sozialen Wandel negativ betroffen waren — vor allem für Iren und Schotten —, die Möglichkeit der Emigration in die Kolonien und damit die durchaus reale Hoffnung auf sozialen Aufstieg.

Während auf dem europäischen Kontinent der Nationalstaat die eigenständige industrielle Entwicklung garantierte, bedurfte es in der multinationalen britischen Gesellschaft der Schutzfunktion des Nationalstaates nicht, solange 1. der Entwicklungsvorsprung gegenüber möglichen Konkurrenten bestand, 2. das Empire den Rückzug auf die Kolonien gestattete und die Möglichkeit bot, sich dem ökonomischen Wettbewerb mit den inzwischen konkurrenzfähigen Industriegesellschaften ohne kurzfristige Nachteile zu entziehen; solange Großbritannien sein koloniales Empire besaß, blieb 3. ein Nebeneinander der Identitäten möglich. Mit dem Zerfall des britischen Weltreiches entfiel nicht nur der Hauptbezugspunkt der britischen Identität, erwachten demgegenüber im Innern die nationalen Identitäten von Schotten und Walisern neu, sondern fehlten vor allem die ökonomischen Voraussetzungen, auf denen der langanhaltende Erfolg der britischen Wirtschaft geruht hatte. Auf das heimische Wirtschaftspotential zurückgeworfen, verschärften sich im Innern Großbritanniens die Verteilungskämpfe fast zwangsläufig, verschoben sich infolge der gewandelten äußeren Bedingungen notwendigerweise auch innergesellschaftlich die Kräfteverhältnisse.

Eine solche Sicht deckt sich weitgehend mit der Interpretation von Eric Hobsbawm, die dieser in der These zusammengefaßt hat, „daß der relative Niedergang Großbritanniens auf seinen frühen und lang andauernden Vorsprung als Industriemacht zurückzuführen ist“<sup>30)</sup>. In Schottland wie in Großbritannien, de-

<sup>29)</sup> Vgl. insbesondere James Kellas, a.a.O., passim; Vernon Bogdanor, a.a.O., S. 74ff.

<sup>30)</sup> Eric Hobsbawm, a.a.O., Bd. 1, S. 12.

ren sozio-ökonomische Entwicklungen auf. Ganze gesehen durchaus parallel verliefen, liegen die strukturellen Fehlentwicklungen in der Gegenwart primär im Erfolg der britischen Wirtschaft im 18. und 19. Jahrhundert begründet:

Bis zum Ersten Weltkrieg profitierte die schottische Wirtschaft, insbesondere die auf industrielle Expansion zielenden Kräfte in den lowlands, vom ökonomischen Verbundsystem des britischen Empire. Die wirtschaftlichen Vorteile waren allerdings von Beginn des Unionszusammenschlusses an durch Bedingungen belastet, die in der Struktur abhängiger Entwicklung begründet liegen. Schottland „taumelte“<sup>31)</sup> dabei von Krise zu Krise und von einem Industriezweig zum nächsten. Im Gegensatz zum Hochland fand sich im Tiefland nach jedem Zusammenbruch über kurz oder lang eine Ersatzindustrie (Leinenindustrie, Tabakhandel, Baumwollindustrie, Schwerindustrie: Eisen, Kohle und Stahl, Schiffsbau), so daß unter gesamtwirtschaftlich-schottischem Blickwinkel, vor allem aber aus der Sicht des jeweils die neuen Möglichkeiten ergreifenden Kapitals, die verschiedenen Krisen immer wieder relativ leicht überwunden werden konnten, ohne daß die Notwendigkeit bestand, die Wirtschaft in Schottland selbst auf eine breitere Basis zu stellen. Jedoch war die ökonomische Entwicklung bereits in dieser Periode von beträchtlichen Widersprüchen geprägt: von Wirtschaftswachstum bei gleichzeitigen relativen Bevölkerungsverlusten; von vergleichsweise geringer Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig unter dem britischen Durchschnitt liegenden Lohnniveau; von relativ hohen Profitmargen in der Schwerindustrie bei dennoch vergleichsweise geringer einheimischer Investitionstätigkeit.

Die „strukturelle Antiquiertheit“ (Hobsbawm) der schottischen Wirtschaft, die sich seit dem Ende des Ersten Weltkrieges zunehmend negativ auf Industrieproduktion, Arbeitsplatzangebot und Einkommen der Bevölkerung auswirkte, vermochten nach dem Zweiten Weltkrieg auch verschiedene Versuche neo-liberaler Wirtschaftsförderung und regionaler

Strukturpolitik nicht entscheidend zu beseitigen. Zwar erwies sich die von der Labour Party nach 1964 eingeleitete Regionalpolitik noch als der Teilbereich des keynesianisch-staatsinterventionistischen „sozialdemokratischen Konsensus“, der die relativ besten Ergebnisse erbrachte. In Wales wie in Schottland fand seither eine gewisse Verbreiterung der industriellen Basis in den rückständigen Gebieten, eine begrenzte Nivellierung der sozio-ökonomischen Unterschiede statt; es gelang über die Bindung staatlicher Investitionshilfen an die Höhe der Arbeitslosigkeit sowie an die Einrichtung neuer Arbeitsplätze, eine weitere Verschärfung des regional-ökonomischen Entwicklungsgefälles auf der Insel zu verhindern. Doch bewirkte die Kombination von regionaler Wirtschaftsförderung und zentralstaatlicher Globalsteuerung auch eine verstärkte Zentralisierung und Bürokratisierung. Unterminiert wurden zugleich regionale Eigenständigkeit von Schotten und Walisern sowie lokale Eigenverantwortung im Bereich der Gemeinde. Die regionale Wirtschaftspolitik bedrohte damit die schottische und walisische Identität, ließ indessen die strukturellen Ursachen der regionalen Disparitäten unangestastet. Dies äußerte sich u. a. auch darin, daß in Schottland — trotz der staatlichen Hilfen — in den Jahren 1967—1971 nochmals 27000 Arbeitsplätze im Primärsektor und gar 79000 Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie verloren gingen.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß das Nordseeöl allen Seiten als Ausweg aus der britischen Krise erschien. Den Schotten eröffnete es die Option politischer Unabhängigkeit: das Öl bot aus der Sicht der schottischen Nationalisten die Gewähr, auch unabhängig von den Umverteilungsmechanismen des britischen Zentralstaates, in dem man über kurz oder lang vom Empfänger zum Financier werden würde, über langfristig beste Entwicklungsvoraussetzungen zu verfügen; „rich Scots or poor Britons“ lautete seither der Slogan der SNP.

In der Auseinandersetzung um das Nordseeöl geht es dabei nicht zuletzt um Umverteilungsfragen sowie um die Bestimmung der Produktionsmenge. Wirkliche Impulse für die Modernisierung der schottischen Wirtschaft sind nur von der angemessenen Verwendung der indi-

<sup>31)</sup> So Christopher Harvie, a. a. O., S. 74; zum folgenden s. ebd.

rekten Gewinne aus der Erdölproduktion zu erwarten, d. h. von den Staatseinkommen aus Lizenzen und Ertragsanteilen aus Steuern und Gewinnbeteiligungen an den meist als joint-ventures gegründeten Gesellschaften<sup>32</sup>). Für eine schottische Position ergibt sich hieraus, eine Beschränkung der Produktion anzustreben, die sich an schottischer Selbstversorgung orientiert; die Exportüberschüsse sollen mengenmäßig so gestaltet werden, daß die aus verschiedenen Quellen erwirtschafteten Staatseinnahmen noch sinnvoll investiv eingesetzt werden können. Sowohl der Erschließung der noch überwiegend agrarisch strukturierten und in der Vergangenheit entvölkerten highlands als auch der Umstrukturierung und Modernisierung der Industrie in den lowlands sind indes Grenzen gesetzt. Auch diese Bedingungen legen unter einem primär schottischen Blickwinkel die behutsame Ausbeutungsstrategie der Vorkommen nahe.

Anders die zentralstaatliche britische Politik: Sie betrachtete das Nordseeöl von Beginn an sowohl als Mittel zur gesamtbritischen (Energie-)Selbstversorgung als auch darüber hinaus als Weg zur Sanierung der chronischen Handelsbilanzdefizite, zur Ablösung der IWF-Kredite, zur Modernisierungsfinanzierung der britischen Industrie bei gleichzeitigem Ausbau der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen. Die britischen Regierungen beschränkten sich indes nicht allein auf die Verwendung bereits realisierter Gewinne, sondern verfügten im Wechsel auf die Zukunft in erheblichem Umfang bereits über die zu erwartenden Erlöse, ohne daß sie zugleich eine gezielte Industriepolitik für Großbritannien oder gar für Schottland eingeleitet hätten. Die britische Politik der 70er Jahre verfolgte damit eine außerordentlich kurzsichtige, zwar keynesianisch orientierte, wiewohl den Keynes'schen Intentionen so sicherlich nicht gerecht werdende Strategie des „in the long run we are all dead“. Allerdings stünde auch eine nationalistische Regierung in einem selbständigen Schottland vor dem gleichen Dilemma; auch sie wäre konfrontiert

mit dem Problem, wohlfahrtsstaatlich-konsumorientierte Erwartungen und Umverteilungsforderungen der Wählerschaft mit einer investitions- und kapitalverwertungsorientierten Politik industrieller Entwicklung, die notwendig Konsumverzicht und Beschränkungen der Erdölförderung bedeuten würde, vermitteln zu müssen<sup>33</sup>).

An der Frage einer angemessenen Verwendung des Nordseeöls, an der man die ungleichen Entwicklungsbedingungen wie die asymmetrischen Machtkonstellationen in Großbritannien gegenwärtig wohl mit am besten aufzeigen kann, erweist sich zudem, daß der Schlüssel zum Verständnis der neo-nationalistischen Renaissance in Großbritannien, insbesondere im Fall Schottlands, weniger im keltischen Erbe begründet liegt. Das Aufkommen des Neo-Nationalismus stellt sich vielmehr dar als der innergesellschaftliche Reflex der verlorenen Weltmachtposition des Landes. In einer solchen Interpretation (wie sie am exponiertesten von Tom Nairn vertreten wird) zielen die neo-nationalistischen Bewegungen darauf ab, für Schottland wie für Wales mittels der klassischen, nationalstaatlichen Lösung politischer/völkerrechtlicher Unabhängigkeit Schutz zu bieten vor der jetzt als folgenschwer empfundenen Penetration durch englisches und/oder multinationales Kapital, Schutz auch vor der Ausbeutung der eigenen Ressourcen, vor negativer Umverteilung zuungunsten der eigenen Bevölkerung im Rahmen des britischen Gesamtstaates. In Großbritannien vollziehe sich damit gegenwärtig ein Prozeß, der in Kontinentaleuropa in der Frühphase der Industrialisierung stattgefunden hat. Vor allem diese Ungleichzeitigkeit sei es, die die Brisanz des Neo-Nationalismus für den britischen Staat begründe, dessen Zerfall von der Peripherie her, von den innerhalb wie außerhalb der bestehenden Institutionen agierenden nationalistischen Bewegungen, von den die Desintegration letztlich nur beschleunigenden Versuchen institutioneller Reform und Dezentralisierung etc. maßgeblich vorangebracht werden wird<sup>34</sup>).

<sup>32</sup>) Zur Frage des Nordseeöls vgl. aus schottischer Sicht insbesondere die Arbeiten von D. I. MacKay & G. A. MacKay, u. a.: *The Political Economy of North Sea Oil*, London 1975; einen anderen Standpunkt vertreten: Colin Robinson/Jon Morgan, *North Sea Oil in the Future. Economic Analysis and Government Policy*, London 1978.

<sup>33</sup>) Ähnlich Christopher Harvie, a. a. O., *passim*, u. a. S. 43, S. 273 ff.; zum programmatischen Anspruch der SNP vgl. u. a.: *The Radical Approach. Papers on an Independent Scotland*, ed. by Gavin Kennedy, Edinburgh 1976; zur Interpretation vgl. Jack Brand, a. a. O., *passim*; Keith Webb, a. a. O., S. 105 ff.

<sup>34</sup>) S. Tom Nairn, a. a. O., *passim*, u. a. S. 90 ff.

Mit dieser Analyse der britischen Gegenwartspolitik erfaßt Nairn zweifellos wesentliche Aspekte der Strukturkrise, in der sich der britische Zentralstaat seit geraumer Zeit befindet. In seiner Prognose überschätzt Nairn jedoch die politische Sprengkraft der neo-nationalistischen Bewegungen, unterschätzt er die Bestandsfähigkeit der britischen Politik. Die Argumentation ist zudem ahistorisch<sup>35</sup>). Die Kritik an seiner Position hat folglich vor allem darauf aufmerksam zu machen, daß er mit Blick auf seine Prognose vom bevorstehenden, wesentlich neo-nationalistisch verursachten Zerfall Großbritanniens vom historisch zugrunde gelegten analytisch-dialektischen Konzept ungleicher Entwicklungen abweicht. Während er die Geschichte Großbritanniens nach innen wie nach außen unter der Prämisse ungleichzeitig nebeneinander verlaufener und dialektisch vermittelter Prozesse von Entwicklung analysiert, dominiert in seiner Prognose eine grundsätzlich andere analytische Perspektive, die sich orientiert an einem vorgegebenen Zielpunkt gesellschaftlicher Entwicklung, den es zu erreichen gilt. Der Entwicklungsprozeß ist in der Sicht Nairns folglich sowohl zielgerichtet als auch endlich, so daß die Ungleichzeitigkeiten letztlich aufgehoben werden. Orientiert an den dogmati-

schen Positionen der marxistischen Entwicklungstheorie, verläßt Nairn in seiner Zukunftsperspektive die historisch begründete dialektische Analyse der Ungleichzeitigkeit und setzt an die Stelle ungleicher Entwicklung ein evolutionistisches „catching up“, dessen Weg infolge der bestehenden Ungleichzeitigkeiten zwar Zwischenschritte erfordert, dessen Richtung jedoch von vorab definierten Entwicklungsprämissen bezeichnet ist.

Indem Nairn in prognostischer Perspektive von der historisch zugrunde gelegten Annahme ungleicher Entwicklung abweicht, schätzt er nicht nur die politischen Machtkonstellationen falsch ein, er verstellt sich zudem den Blick für die spezifischen Entwicklungsmöglichkeiten, die unter der Prämisse eines prinzipiell offenen dialektischen Fortganges der Geschichte aus den britischen Ungleichzeitigkeiten erwachsen könnten; denn daraus, daß in der Vergangenheit bestimmte Entwicklungsprozesse entweder ganz entfielen oder sich zumindest unterschiedlich entfalteten, resultieren ja nicht allein Tiefe und Brisanz der „englischen Krankheit“, sondern in der historischen Besonderheit liegt zugleich die dialektische Chance der britischen Politik auf einen besonderen Lösungsweg aus der Krise.

## VI. Resümee: Struktur determinanten des Neo-Nationalismus in Großbritannien

Die Renaissance des Nationalismus in Großbritannien Ende der 60er Jahre ist das Resultat einer Reihe miteinander verknüpfter Strukturveränderungen in der britischen Gesellschaft, die wir resümierend nochmals kurz benennen wollen. Besonderer Rang kommt dabei zweifellos der gewandelten Bedeutung der britischen Sonderrolle mit den aus ihr folgenden dreifachen, zudem wechselseitig aufeinander bezogenen Ungleichzeitigkeiten zu:

1. Die „strukturelle Antiquiertheit“ der britischen Wirtschaft als dialektischer Reflex ihrer

Vorrangstellung im metropolitan-kolonialen ökonomischen Verbundsystem des britischen Weltreichs in der Vergangenheit.

2. Die archaische Struktur des britischen Zentralstaates als Folge des geschichtlichen Erfolges des britischen Politik- und Verfassungsmodells in der Vergangenheit.

3. Das Nebeneinander von britischer und schottischer bzw. walisischer Identität als Folge der frühbürgerlich-minimalistischen Beschränkung des britischen Zentralstaates nach innen und der Konzentration seiner expansiven Kräfte nach außen.

In diesen drei Struktur determinanten liegen Schärfe und Besonderheiten der gegenwärtigen

<sup>35</sup>) Ähnlich in der Einschätzung Eric Hobsbawm in seiner Auseinandersetzung mit Nairn, s. Eric Hobsbawm, *Some Reflections on The Break-up of Britain*, in: *New Left Review* 105, Sept.-Oct. 1977, S. 3ff.

gen innergesellschaftlichen Krise Großbritanniens ebenso begründet wie das neuerliche Aufkommen der Nationalismen. Eine Reihe weiterer Ursachen treten jedoch hinzu:

4. Der Bürgerkrieg in Nordirland.
5. Der Rückzug aus der Weltpolitik.
6. Die Integration in die Europäische Gemeinschaft.
7. Die Fragmentierung der Klassenstruktur.
8. Das schwindende Vertrauen in den sozialdemokratischen Konsens.

All diese Strukturprobleme der britischen Gesellschaft führten in ihrem Zusammenwirken — versucht man die zweifellos komplexen Begründungs- und Wirkungszusammenhänge auf einen Nenner zu bringen — zu einer beträchtlichen Auflockerung der bestehenden sozialen und politischen Bindungen. Sie erschütterten die britische Identität wie die tradierten Wertstrukturen und schufen damit Raum für veränderte oder neue Zuordnungen in den gesellschaftlichen und politischen Loyalitäten.

Dies betrifft das Trauma, daß sich die nordirische Tragödie von Bürgerkrieg in Großbritannien wiederholen könne, so daß die britische Politik seit geraumer Zeit auf regionalistische Herausforderungen außerordentlich sensibel reagiert.

Es betrifft den Rückzug aus der Weltpolitik, durch den das britische Selbstverständnis von der Führungsrolle Großbritanniens auf das einer europäischen Macht mittlerer Größe reduziert wurde. Zudem begann man, ausgelöst durch die eigenen Erfahrungen mit der Dekolonisierung, auch in Schottland und Wales die Frage nach den politischen, ökonomischen und kulturellen Zentren im eigenen Lande, nach Abhängigkeit oder Eigenständigkeit zu stellen.

Dies gilt für den EG-Beitritt, durch den sich nicht nur die internationale Position Großbritanniens, sondern wegen des dialektischen Innen-Außen-Verhältnisses auch die Rolle des britischen Zentralstaates im Innern veränderte und sich die Gewichte zwischen Zentrum und Peripherie verschoben. Aus der Hinwendung Großbritanniens nach Europa erwachsen als Pendant im Innern fast wie selbstverständlich die Forderungen nach funktionaler wie territorialer Dezentralisierung des po-

litischen Systems, nach autonomer, nicht durch den britischen Zentralismus vermittelter Beteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen auf europäischer Ebene.

Es gilt besonders für die sich seit geraumer Zeit vollziehende vielfältige Fragmentierung der Klassenstruktur, die sich ergibt aus den zahlreichen sozialen Disparitäten, aus dem industriell-technologischen Wandel mit seinen drastischen Auswirkungen auf Berufs- und Sozialgefüge, aus der Ausprägung regional-ökonomischer Konfliktlinien, der Herausbildung neuer, als postmaterieell zu bezeichnender Wertsysteme und Konfliktmuster etc. Im politischen System äußert sich dies nicht zuletzt im Rückgang fester, in der Vergangenheit im Zeichen der Klassenencleavage stehender Parteipräferenzen von Arbeiter- und Mittelklassenwählerschaft, im Erstarken der Drittparteien sowie in der Erosion des von Tories und Labour bestimmten Zweiparteiensystems. Die schwindende Legitimationskraft resultiert aber vor allem aus der Strukturkrise des Wohlfahrtsstaates und dem Vertrauensverlust des sozialdemokratischen Konsensus, die zunehmend weniger in der Lage sind, ihren Zielvorstellungen in der sozialen Wirklichkeit auch nur annäherungsweise zu entsprechen. Individuell mit Blick auf die sozialen Ungleichheiten und die wohlfahrtsstaatliche Absicherung, wie territorial mit Blick auf die regionalen Disparitäten erwiesen gerade die gescheiterten Programme der Labour-Regierungen die strukturelle Erfolglosigkeit des sozialdemokratischen Konsensus. Im Zeichen sich verknappender Ressourcen und restriktiver Wachstumsbedingungen verschärften sich die Verteilungskämpfe vielmehr, zugleich individuell wie unter regionalen und nationalen Gesichtspunkten. Infolge der wachsenden Krisenanfälligkeit bei gleichzeitig abnehmenden Lösungsmöglichkeiten erschöpft sich das wohlfahrtsstaatliche System in der subjektiven Sicht vieler mittlerweile in Verrechtlichung, Bürokratisierung und Zentralisierung, in der Einrichtung stets neuer Funktionseliten, was die Forderungen nach Dezentralisierung geradezu herausfordert. Durch beide Aspekte erfuhr der Nationalismus beträchtlichen Auftrieb.

Unter derartigen gesellschaftsstrukturellen Bedingungen verwundert es nicht, daß der la-

tent stets vorhandene Nationalismus in Großbritannien Ende der 60er Jahre aktualisiert werden konnte und zu einer ernst zu nehmenden Kraft aufstieg. Seine politische Bedeutung hängt allerdings nicht allein von strukturellen Determinanten ab; sie resultiert selbstverständlich auch aus den je besonderen politisch-aktuellen wie wirtschaftskonjunkturellen Konstellationen, aus den konkreten politischen Handlungen der verschiedenen politischen Organisationen und Gruppen der nationalen Bewegung etc. Wie wichtig kurzfristige politische Bedingungen, konjunkturell veränderte Ausgangslagen sein können, zeigen nicht zuletzt das Scheitern der Devolution-Referenda, die Stimmenverluste von SNP und Plaid Cymru und die scheinbare Rückkehr zur Normalität des Zweiparteiensystems bei den Unterhauswahlen vom Mai 1979.

Wenn wir die strukturellen Aspekte des britischen Neo-Nationalismus in den Vordergrund der Analyse gestellt haben, dann geschah dies nicht in Verkennung der handlungstheoretischen Dimension, sondern allein in der Absicht, mögliche langfristige Trendveränderungen und Entwicklungslinien in der britischen Gesellschaft aufzuzeigen. Der Befund ist infolge der archaischen Struktur des britischen Zentralstaates außerordentlich widersprüchlich:

Einerseits beschränken die überkommenen Strukturen die Innovationsfähigkeit der briti-

schen Politik; dabei erweist sich die Politik weitgehend als reformunfähig, stellt sich Stabilität her durch ein sich häufig selbstblockierendes politisches System.

Andererseits haben die Ungleichzeitigkeiten zwischen der tradierten politischen Kultur und den sozialtechnologischen Steuerungsanforderungen im Wohlfahrtsstaat in Großbritannien einer Reihe von modernistischen Tendenzen entgegengewirkt, die in Richtung auf die Ausblendung politischer Konflikte, die weitreichende gesellschaftspolitische Akkommodation der pluralistischen Kräfte, die „neokorporative“ Formierung und Steuerung gesellschaftlicher Entwicklung tendieren und die dort, wo sie eingetreten sind, zunehmend als Fehlentwicklungen erkannt werden.

Die außerordentliche Konflikthaftigkeit der britischen politischen Kultur, kombiniert mit der allgemeinen Unzufriedenheit über die nunmehr eng begrenzten Lösungsmöglichkeiten des politischen Systems, fordert zudem die Suche nach neuen Wegen und Inhalten britischer Politik geradezu heraus. Das Auftreten des Neo-Nationalismus, der Versuch institutioneller Reform durch Dezentralisierung, sind hierfür typische Beispiele. Insofern kann man gerade aus der besonders gearteten Antiquiertheit der britischen Politik und ihrer zur Selbstblockade neigenden Struktur auch die spezifisch britische Chance auf grundlegende Veränderungen ableiten.

## Regionalismen in Spanien

Unsere Kenntnisse über die spanischen Regionalismen sind in der Regel beschränkt auf Katalonien und das Baskenland (Euskadi<sup>1</sup>). Entsprechend sind wir geneigt, die Regionalismen dieser beiden Regionen stellvertretend für das Regionalismusproblem Spaniens zu begreifen und auf diese Fälle gegründet nach Erklärungen für den spanischen Regionalismus zu suchen. Das Problem ist jedoch vielfältiger und komplexer<sup>1</sup>).

Uns geht es im folgenden im wesentlichen um eine deskriptive, historisch-empirische Bestandsaufnahme der Regionalismen hinsichtlich ihrer historischen, ökonomischen, sozia-

len, kulturellen und politischen Besonderheiten. Gefragt wird nach den objektiven Tatbeständen regionaler Differenzierung (wirtschaftliche Entwicklung, sprachlich-kulturelle Identität, historisch-politische Entwicklung) und nach dem subjektiven Faktor, dem regionalistischen Bewußtsein, das nicht losgelöst von den objektiven Differenzierungen gesehen werden darf. Denn sie bilden die Voraussetzung für das Entstehen eines regionalen Bewußtseins. Daran anschließend thematisieren wir den Regionalismus bzw. Nationalismus<sup>2</sup>) im Demokratisierungsprozeß der Nach-Franco-Ära.

### I. Objektive regionale Differenzen

#### 1. Wirtschaftliche und soziale Entwicklungsunterschiede als Grundlage regionaler Identität

Die verwaltungsmäßige Untergliederung Spaniens in 50 Provinzen stammt (mit geringfügigen seitherigen Veränderungen) aus dem beginnenden 19. Jahrhundert. Die historischen Regionen Spaniens, deren Grenzen teilweise auf das Mittelalter und die *Reconquista* zurückgehen, umschließen in aller Regel mehrere Provinzen, ohne jedoch stets mit den Provinzgrenzen zusammenzufallen. Da die historischen Regionen in der Größenordnung stark variieren — das Baskenland ohne Navarra macht nur 1,48 Prozent der Gesamtfläche Spaniens aus, während Neukastilien (Castilla-La Mancha) 20,70 Prozent einnimmt —, wurde im Zuge der Regionalplanung 1973 eine Untergliederung des Staatsgebietes vorgenommen,

die 14 geographisch ausgewogenere Einheiten schuf. Davon ist heute nicht viel mehr geblieben als die statistische Schwierigkeit für die historischen Regionen erhobene bzw. ausgeworfene offizielle Daten aufzufinden.

In den nachfolgenden Tabellen haben wir einige soziale und wirtschaftliche Daten zusammengestellt, welche die erheblichen Entwicklungsunterschiede zwischen den 14 Regionen aufzeigen. Die Daten lassen erkennen, daß regionale Autonomieforderungen in Spanien unter sehr unterschiedlichen Entwicklungsniveaus und damit auch unterschiedlichen sozioökonomischen Strukturen erhoben wurden.

<sup>2</sup>) Aus guten Gründen verzichten wir hier auf eine Erörterung der in der Debatte um die regionale Autonomie verwandten Begriffe „Regionalismus“ und „Nationalismus“. Eine wissenschaftlichen Kategorien entsprechende Terminologie ist mit der politischen Sprache, die sich historisch in Spanien herausgebildet hat und gegenwärtig angewandt wird, nicht vereinbar. Die Übertragung einer Begrifflichkeit, die sich im historisch-politischen Kontext anderer Gesellschaften gebildet hat, auf die spanischen Verhältnisse müßte ständig mit zuzuordnenden Adjektiven wie „genuin“, „eigentlich“, „bloß“ etc. arbeiten und vielfach die Erscheinungen in Spanien nach Maßstäben etikettieren, die nicht aus der spezifischen Geschichte der Regionalismen in Spanien entwickelt wurden.

<sup>1</sup>) Der Verfasser dankt Edgar Geiselhardt, Doktorand in Heidelberg und Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung, für verschiedene Informationen und Anregungen. Die Langfassung des Manuskripts wurde April 1979 abgeschlossen.

<sup>1</sup>) Beispielhaft für viele: Lothar Maier, *Spaniens Weg zur Demokratie*, Meisenheim 1977, S. 135; Gerhard Brunn, *Regionalismus und sozialer Wandel*. Das Beispiel Katalonien, in: Otto Dann (Hrsg.), *Nationalismus und sozialer Wandel*, Hamburg 1978, S. 157—186.

Tabelle 1: Regionale sozio-ökonomische Indikatoren

Regionen	Fläche qkm	Bevölkerung insgesamt	E./qkm	1973 BIP pro Kopf in Peseten	Einw. pro Arzt	Pkw/ 1 000 E.	Telefon/ 1 000 E.	Energie- verbrauch kw/E.
Andalusien	87 268	6 176 060	70	72 189	818	65	111	1 010
Aragon	47 669	1 182 381	24	98 205	520	86	179	2 474
Asturien	10 565	1 089 311	193	94 399	772	100	135	4 428
Balearen	5 014	557 434	111	120 009	748	226	366	1 526
Baskenland	7 250	1 965 266	271	135 181	739	118	224	4 263
Extremadura	41 602	1 170 737	28	60 082	962	48	73	399
Galizien	29 434	2 756 505	93	73 770	975	65	87	1 239
Kanarische Inseln	7 273	1 211 980	166	83 192	919	114	176	636
Katalonien	31 930	5 403 748	169	127 702	597	163	259	2 108
Kastilien-León	87 222	5 729 109	65	97 187 <sup>1)</sup>	530	142	267	1 529
Kastilien-Mancha	104 470	3 413 690	32	123 584 <sup>2)</sup>	709	78	122	1 755
Land Valencia	23 251	3 219 706	138	99 931	618	109	172	1 470
Murcia	11 317	875 114	77	75 335	892	68	109	1 394
Navarra	10 421	479 893	46	109 910	636	111	176	2 223
Spanien insgesamt	504 685	35 355 039	70	99 271	693	108	177	1 730

<sup>1)</sup> ohne León, León allein 74 410 Peseten; es liegt damit zwischen Galizien und Andalusien;

<sup>2)</sup> ohne Madrid; Madrid allein 138 601 Peseten; damit nimmt Madrid im Vergleich zu den Regionen den ersten Rang ein.

Quellen: Ramón Tamames (Anm 13), S. XVIII ff.; Salustino del Campo u. a. (Anm. 21), passim.

Tabelle 2: Regionale sozio-ökonomische Indikatoren II

Regionen	Erwerbstätige Bevölkerung					Autochthone <sup>1)</sup>	Migration <sup>2)</sup>	Arbeitslosenquote 1975	Analphabetenrate 1975
	Landwirtschaft	Industrie	Bauwirtschaft	Dienstleistungen					
Andalusien	29,63	18,30	10,63	41,17	85,2	22,2	14,2	15,2	
Aragon	25,67	28,55	7,68	35,92	85,5	23,7	2,6	6,3	
Asturien	33,99	25,87	8,89	31,15	84,6	11,4	3,1	3,6	
Balearen	17,83	21,01	13,46	47,70	79,2	5,2	2,7	9,8	
Baskenland	9,66	46,60	7,99	35,41	65,3	9,0	3,2 <sup>3)</sup>	2,7	
Extremadura	48,35	12,89	6,65	31,93	94,8	35,6	6,6	14,4	
Galizien	52,09	14,77	7,42	22,57	96,4	11,0	1,0	9,5	
Kanarische Inseln	22,75	11,82	16,83	48,37	93,8	1,9	9,2	12,7	
Katalonien	9,12	42,04	9,66	37,29	91,1	31,2	2,4 <sup>4)</sup>	3,5 <sup>5)</sup>	
Kastilien-León	12,26	24,31	10,97	52,29	71,1 <sup>6)</sup>	12,7 <sup>7)</sup>	10,0 <sup>8)</sup>	7,3	
Kastilien-Mancha	39,06	20,37	7,81	32,53	62,0	4,0	3,3	6,4	
Land Valencia	18,83	33,30	9,24	38,38	77,0	8,2	3,4	9,7	
Murcia	22,75	26,50	10,84	39,86	92,5	28,5	6,4	14,1	
Navarra	25,91	33,92	8,19	31,93	81,6	19,9	—	3,2	
Spanien insgesamt	24,41	27,03	9,64	38,72		—	5,4	8,8	

<sup>1)</sup> Prozentanteil der in der Region Geborenen an den in der Region Wohnhaften, 1970;

<sup>2)</sup> Prozentanteil der Emigrierten einer Region an den in einer Region Geborenen, 1970;

<sup>3)</sup> mit Navarra;

<sup>4)</sup> nur Altkastilien; Leon: 2,1;

<sup>5)</sup> nur Altkastilien; Leon: 4,3;

<sup>6)</sup> Neukastilien ohne Madrid; Madrid: 50,7;

<sup>7)</sup> Neukastilien ohne Madrid; Madrid: 10,2;

<sup>8)</sup> Neukastilien ohne Madrid; Madrid: 8,2.

Quellen: Ramon Tamames (Anm. 13), S. XVIII ff.; Salustino del Campo (Anm. ), passim.

Bekanntlich ist Katalonien weiter entwickelt als das Zentrum Spaniens. Aber auch jene Region, in der heute der heftigste Regionalismus anzutreffen ist, das Baskenland, hat ökonomisch einen weit höheren Entwicklungsstand als das Zentrum. Das Baskenland weist das höchste Pro-Kopf-Einkommen, den höchsten Anteil der in der Industrie beschäftigten Erwerbstätigen, die niedrigste Analphabetenrate und eine weit unter dem nationalen Durchschnitt liegende Arbeitslosenquote auf. Schlüsseln wir alle Daten für das Pro-Kopf-Einkommen auf die Provinzebene auf, so liegen die baskischen Provinzen für 1975 an 1., 3. und 4. Stelle (Vizcaya, Guipúzcoa und Alava in dieser Reihenfolge<sup>3)</sup>) — dies auch ein Hinweis auf den recht ausgeglichenen internen Entwicklungsstand des Baskenlandes. Mit dem geringsten Anteil autochthoner Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung des Baskenlandes deutet sich jedoch bereits eine komplizierte soziologische Konfliktstruktur in der politischen Auseinandersetzung um die Autonomie an.

Im Gegensatz zu Katalonien und dem Baskenland, die im spanischen Vergleich überentwickelt sind, ist Galizien, wo zumindest seit Beginn unseres Jahrhunderts Autonomieforderungen erhoben wurden (siehe dazu weiter unten), strukturell unterentwickelt. Die erwerbstätige Bevölkerung ist noch zu 52 Prozent in der Landwirtschaft beschäftigt, das Pro-Kopf-Einkommen ist eines der niedrigsten Spaniens. Galizien hat die schlechteste gesundheitliche Versorgung (gemessen an der Zahl der Einwohner je Arzt), die zweitschlechteste Infrastruktur (gemessen an Telefonen und Personenkraftwagen je tausend Einwohner) und den viertniedrigsten Verbrauch an elektrischer Energie. Galizien ist so unterentwickelt wie Extremadura und Andalusien, und doch hat sich nur hier eine starke historische regionalistische Bewegung gebildet.

Für die Aktivierung autonomistischer Bestrebungen in den spanischen Regionen, die hinsichtlich des Entwicklungsstandes dem Modell der durch das Zentrum ausgebeuteten Peripherie zumindest vordergründig entsprechen, hat es somit offensichtlich anderer als ökonomischer Faktoren bedurft.

<sup>3)</sup> Ramón Tamames, *Estructura económica de España*, 2 Bde., Madrid 1978, 2. Bd., S. 893 f.

## 2. Sprachliche Besonderheit als Grundlage regionaler Identität

Spanisch ist nicht die Sprache der Spanier, sondern nur die ihrer Mehrheit. Eine der heutigen Weltsprachen ist von ihrem Ursprung her die Sprache Kastiliens, weshalb Spanisch eigentlich Kastilisch heißen müßte und in Lateinamerika, wo weit mehr Menschen Spanisch sprechen als in Spanien, auch folgerichtig in der Regel als „castellano“ bezeichnet wird. In Spanien werden zumindest vier Sprachen gesprochen: Kastilisch, Katalanisch, Galizisch und Baskisch. Kleinere Sprachengruppen können wir hier ebenso vernachlässigen<sup>4)</sup> wie Versuche, die katalanischen Dialekte, die in País Valenciano und auf den Balearen verbreitet sind, als eigene Sprachen zu pflegen. Während Kastilisch, Katalanisch und Galizisch Sprachen romanischen Ursprungs sind, blieben die Wurzeln des Baskischen bislang unentdeckt. Uns interessieren hier jedoch weniger linguistische Fragen<sup>5)</sup> als solche nach der Bedeutung der sprachlichen Fragmentierung Spaniens für Identität und Aktivierung der Regionalismen.

Es liegen erst wenige empirische Forschungsergebnisse über den Zusammenhang von sprachlicher Differenzierung, regionalem politischem Bewußtsein und politischen Regionalismen in Spanien vor, doch wird man wohl von der Hypothese ausgehen dürfen, daß die sprachliche Differenzierung zwischen den Regionen Baskenland, Galizien, Katalonien, Balearen und Land Valencia (Levante) einerseits und dem kastilisch sprechenden Zentrum andererseits ein wesentliches Element des regionalen „*becho diferencial*“ ist. Die Sprachenpolitik des Zentrums und die sprachpolitischen kulturellen Forderungen der genannten Regionen bilden einen Kernbereich der traditionellen Auseinandersetzungen, die als Regionalismusproblem gekennzeichnet werden.

Die auf Identifizierung der spanischen Bevölkerung mit dem Kastilischen hinzielende Politik des Zentrums hat bereits in der Vernachlässigung statistischer Erhebungen über die

<sup>4)</sup> Siehe dazu Kurt Baldinger, *Die Herausbildung der Sprachräume auf der Pyrenäenhalbinsel*, Berlin 1958.

<sup>5)</sup> Siehe dazu neben Kurt Baldinger 1958 auch Harald Haarmann, *Soziologie und Politik der Sprachen Europas*, München 1975.

sprachliche Struktur Spaniens Akzente in dieser Auseinandersetzung gesetzt, ganz zu schweigen von der faktischen Unterdrückung der Minderheitssprachen (Bestimmung des Kastilischen als alleiniger Amtssprache auch in den bilinguistischen Regionen, Verbot der einheimischen Sprache als Unterrichtssprache, Verbannung aus den Massenmedien etc.). So gibt es keine zuverlässigen Daten über den Multilinguismus in Spanien. Annäherungswerte können der folgenden Tabelle 3 entnommen werden.

nachhaltig verändert haben. Dabei ist eine seit Jahrzehnten andauernde Zuwanderung von Arbeitskräften aus den agrarisch bestimmten Gebieten kastilischer Sprache in die urban-industriellen Zentren der zweisprachigen Regionen zu beobachten. Wie Tabelle 2 zeigt, weisen Kastilien, das Baskenland und Levante den niedrigsten Anteil der in der Region geborenen Bevölkerung an ihrer Gesamtbevölkerung auf; demgegenüber ist der Anteil der Migration an der in der Region geborenen Bevölkerung in Andalusien, Altkastilien und Ex-

Tabelle 3: Entwicklung der Sprachen in Spanien

Sprache	Zahl der Muttersprachler in Millionen		in % der Span. Bev.	Rangfolge unter den europäischen Sprachen	Zuwachs seit den 20er Jahren in %
	all- gemein	in Spanien			
Kastilisch (Spanisch)	247,0	23,2	72,5	8	+ 45,8
Katalanisch	5,7	5,5	17,2	20	+ 11,8
Galizisch	2,5	2,5	7,8	29	+ 11,1
Baskisch	0,83	0,7	2,2	38	+ 16,8

Quelle: Zusammengestellt nach Harald Harmann (Anm. 5), passim, der allerdings als Anhänger der europäischen Volksgruppenbewegung zu statistischen Überschätzungen neigt.

Erste soziologische Untersuchungen auf der Basis von Survey-Daten setzten Ende der sechziger Jahre ein. Einen Markstein in diesem der Forschung nicht nur politisch, sondern auch methodisch zugänglich werdenden Feld setzte *Amando de Miguel* mit den im ersten FOESSA-Bericht veröffentlichten Ergebnissen<sup>6)</sup>. Auf sie stützt sich *Juan Linz* in seiner brillanten Analyse von 1975<sup>7)</sup>. Neuere Untersuchungen haben die FOESSA-Daten im wesentlichen bestätigt. Durch die Unterscheidung zwischen Wohnbevölkerung einer Region und der die einheimische Sprache sprechenden Bevölkerung hat vor allem die Untersuchung von *Salustino del Campo u. a.* neues Licht auf das Problem geworfen<sup>8)</sup>. Denn es muß berücksichtigt werden, daß die innerspanischen Migrationsprozesse die Zusammensetzung der Bevölkerung in den Regionen

tremadura notorisch hoch. Die Migrationsprozesse verleihen dem Bilinguismus eine verstärkte soziologische Dimension. Stadt-Land-Gegensätze und schichtenspezifische Unterschiede in der Sprachpraxis regionaler Idiome, auf die wir hier nicht weiter eingehen können<sup>9)</sup>, haben natürlichen Einfluß auf die soziologische Struktur der regionalistischen Bewegungen, worauf wir noch zurückkommen werden.

Wenn wir danach fragen, wie hoch der Anteil der in den bilinguistischen Regionen Wohnenden ist, die die einheimische Sprache ohne Probleme sprechen können, so zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Regionen. Der Anteil ist in Galizien mit 81,4 Prozent am höchsten, umfaßt in Katalonien noch über zwei Drittel der Bevölkerung, sinkt jedoch im Baskenland auf 19,1 Prozent. Allgemein niedrig ist in allen Regionen die Fähigkeit, sich schriftlich in den Regionalsprachen auszudrücken. Sie liegt nur in Katalonien über zehn Prozent.

Hinsichtlich der Gebräuchlichkeit der einheimischen Sprache unter denen, die sie spre-

<sup>6)</sup> FOESSA-Bericht von 1970: Informe sociológico sobre la situación social de España, Madrid 1970.

<sup>7)</sup> Juan J. Linz, Politics in a multi-lingual society with a dominant world language: the case of Spain, in: J. G. Savard/R. Vegneault (Hrsg.), Les états multilingues. Problème et Solutions, Quebec 1974, S. 376 ff.

<sup>8)</sup> Salustiano del Campo, Manuel Navarro, J. Felix Tezanos, La cuestión regional española, Madrid 1977.

<sup>9)</sup> Siehe dazu Juan J. Linz, a. a. O., S. 399 ff.

chen können, ergeben sich ähnlich markante Unterschiede. Zunächst fällt auf, daß Katalanisch und Galizisch zu einem beachtlichen Anteil als erste Sprache im Elternhaus gelernt wurden, das Baskische hingegen nicht. Sodann zeigt sich, daß das Katalanische fast zu 90 Prozent von den des Katalanischen Mächtigen als die von ihnen zumeist gesprochene Sprache angegeben wird. Baskisch wird von den im Baskenland heimischen Bilinguisten jedoch nur zu etwas mehr als einem Drittel am häufigsten gesprochen.

stand vorbeisehen, daß die Sprache des Zentrums einen beachtlichen Verbreitungsgrad erreicht hat und eine Einsprachigkeit zugunsten der regionalen Sprache auf erhebliche Widerstände stoßen dürfte. Es sollte im übrigen berücksichtigt werden, daß die mittelalterlichen Reiche — die Vorläufer der heutigen Regionen — keineswegs sprachlich homogene Gebilde waren<sup>10)</sup>. Die historisch-politischen Grenzen stimmten nicht mit den Sprachgrenzen überein. So scheint die Zweisprachigkeit in den sprachlich-kulturell vom kastilischen

Tabelle 4: Fähigkeit der Wohnbevölkerung in den Sprachregionen, die einheimische Sprache zu verstehen, sprechen, schreiben (Survey-Daten)

Einheimische Sprache	Verstehen ohne Probleme	Sprechen ohne Probleme	Schreiben	absolut nicht sprechen	absolut nicht schreiben	N
Baskenland	26,2	19,1	5,8	61,3		350
Galizien		81,4	6,4		63,2	350
Katalonien	83,6	68,4	11,2	24,1	56,4	400
Land Valencia	60,2		6,4			200

Quelle: Zusammengestellt nach Salustino del Campo u. a. (Anm. 8), passim.

Tabelle 5: Praxis des Bilinguismus in den Sprachregionen (Survey-Daten)

Einheimische Sprache	erste gelernte gesprochene Sprache	erste gelernte geschriebene Sprache	meist gesprochene Sprache	N
Baskischsprachige	27,0	10,9	36,1	350
Galizischsprachige	69,0	0,0	65,7	350
Katalanischsprachige				
Katalonien	83,5	9,9	88,5	400
Land Valencia	64,0	1,5	50,7	200

Quelle: Zusammengestellt nach Salustino del Campo u. a. (Anm. 8), passim.

Eine Analyse der Tiefe des vom kastilischen Zentrum abweichenden sprachlich-kulturellen und politischen Bewußtseins, die nur auf den genannten Daten basiert, würde allerdings zu kurz greifen. Es müßten außerdem linguistische, sprachgeschichtliche und historisch-politische Kriterien berücksichtigt werden. Wir begnügen uns hier festzustellen, daß die sprachliche Assimilierungspolitik — verstärkt durch die Migrationsprozesse insbesondere im Hinblick auf Kastilien und das Baskenland — die sprachlich-kulturelle Homogenisierung der Regionen nicht hat herbeiführen können.

Andererseits kann eine auf regionale Autonomie hinzielende Politik nicht an dem Tatbe-

Zentrum differierenden Regionen, d. h. die Anerkennung der einheimischen Sprache als gleichberechtigte Amtssprache, die sinnvolle Lösung des Sprachenproblems zu sein; zu diesem Schritt entschloß sich die Katholische Kirche hinsichtlich des Katalanischen bereits 1956. Auch das Baskische erkennt sie nominell als Amtssprache an. Eine Gleichberechtigung der regionalen Sprachen auf Staatsebene, d. h. die Viersprachigkeit Spaniens, sehen auch die regionalen Autonomisten aus praktischen Gründen als nicht realisierbar an<sup>11)</sup>.

<sup>10)</sup> Siehe Ramón Menéndez Pidal, *The Spaniards in Their History*, New York 1966, S. 92 ff.

<sup>11)</sup> José Luis Albiñana Olmos, *Decreto que regula el uso de Lenguas Regionales*, in: J. Figuero, *Las reformas urgentes*, Madrid 1976, S. 145 ff., hier S. 149.

## II. Zur Geschichte der Regionalismen in Spanien

Zu den objektiven Tatbeständen des spanischen Regionalismus heute gehört die Geschichte der Regionen und Regionalbewegungen von den Anfängen bis in die Jahre des Bürgerkriegs hinein. Die Unterdrückung aller vom Kastilischen abweichenden kulturellen Eigenarten und damit einer wesentlichen Komponente des kulturellen Reichtums Spaniens im Namen der Einheit Spaniens hat den Regionalismus heute nicht nur verstärkt, sondern in soziologischer und politisch-ideologischer Hinsicht wesentlich verändert. Trotzdem werden einige Kernprobleme des Regionalismus, vor allem die Unterschiede zwischen den Regionalismen, nicht ohne Rückgriff auf die Geschichte — wie kursorisch er im folgenden auch nur sein kann — erklärt werden können<sup>12)</sup>.

Zunächst ist hervorzuheben, daß die historischen Grundlagen eines kulturellen und politischen Regionalismus in den verschiedenen Territorien Spaniens verschieden und verschieden gewichtig sind. In Katalonien regten sich seit den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts regionalistische Strömungen; im Baskenland setzten sie nicht viel später ein. In diesen beiden Regionen mündeten die linguistisch-kulturellen Anstöße zur Wiedergeburt einer regionalen Identität in politische Entwürfe zur Wiedererlangung früherer Rechte und Privilegien und zur Reorganisation des spanischen Staates. Andere Regionen Spaniens folgten vor allem dem katalanischen Beispiel, aber nur zögernd und unter Bedingungen, die dem Regionalismus ein jeweils anderes Gepräge verliehen. Sieht man vom Baskenland ab, so wird man dem katalanischen Regionalismus eine Initial- und Vorreiterfunktion für die später einsetzenden Regionalismen zubilligen müssen. Nicht nur in den anderen katalanisch-sprachigen Regionen, sondern auch in Galizien und nach Erlangung des Autonomiestatuts für Katalonien 1931 auch in

allen anderen Regionen wurde nach Barcelona geblickt. Nirgends konnten jedoch die politischen Konzepte und Strategien des politischen Katalanismus übertragen werden.

Wir werden im folgenden zunächst den katalanischen Regionalismus darstellen und dann auf Valencia-Land und die Balearen eingehen, weil wir in diesen Regionen infolge der Gemeinsamkeit der Sprache — von Dialektunterschieden abgesehen — einen Faktor, der politischen Regionalismus begründen kann, konstant halten können. Dies schafft günstige Voraussetzungen für die Anwendung der vergleichenden Methode, mit deren Hilfe wir nicht nur Übereinstimmungen und Abweichungen feststellen, sondern auch Kausalbeziehungen auf die Spur zu kommen hoffen. Danach betrachten wir das Baskenland und Galizien, Gebiete, in denen der politische Regionalismus eine starke Tradition besitzt. Von den jüngeren Regionalismen können wir aus Raumgründen hier nur Andalusien berücksichtigen.

### *Katalonien*

Katalonien verlor erst im spanischen Erbfolgekrieg 1716 die auf das frühe Mittelalter (Grafschaft Barcelona) zurückgehenden und unter der österreichischen Monarchie aufrechterhaltenen *Fueros* und Privilegien<sup>13)</sup>. Wirtschaftliche und geistesgeschichtliche Faktoren, Industrialisierung und Romantik begründeten seit den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts einen katalanischen „Nationalismus auf der Suche nach der verlorenen Nation“ (Josep Termes), der sich zunächst literarisch (damit Wiedergewinnung des Katalanischen als Schriftsprache), wenige Zeit später jedoch bereits in Forderungen nach Autonomie oder nach einer Reform des spanischen Staates auch politisch ausdrückte.

Die vielfältigen regionalistischen Tendenzen in der Geschichte Kataloniens lassen sich wie folgt unterscheiden<sup>14)</sup>:

<sup>12)</sup> Eine höchst instruktive Analyse des nationalstaatlichen Kontextes, in welchem es zur linguistisch-kulturellen Renaissance „nationaler“ Minderheiten kommt, liefert Juan J. Linz in seinem Aufsatz: *Early State-Building and Late Peripheral Nationalism against the State: The Case of Spain*, in: S. N. Eisenstadt/S. Rokkan (Hrsg.), *Building States and Nations*, 2 Bde., Beverly Hills 1973, 1. Bd., S. 32 ff.

<sup>13)</sup> Zur frühen Geschichte Kataloniens siehe Pierre Vilar, *La Catalogne dans l'Espagne moderne*, Paris 1977.

<sup>14)</sup> Hier folgen wir der Einteilung von Jordi Solé Tura, *Catalanisme i Revolució Burgesa. La síntesi de Prat de la Riba*, Barcelona 1967.

1. Der *Traditionalismus*: Rückbesinnung auf die Geschichte und Forderung nach Wiederherstellung der alten Rechte und Privilegien. Die Ursachen der Krise des spanischen Staates werden im Liberalismus und im homogenisierenden Zentralismus des 19. Jahrhunderts ausgemacht. Eine Überwindung der Krise soll von der Wiederbelebung der Regionen ausgehen. Seine Basis hatte der konservative Regionalismus im agrarischen Katalonien.

2. Der *Föderalismus* (von *Pi y Margall* und von *De Almirall*) als politisch-institutionelle Lösung der Integration Kataloniens und der anderen Regionen mit nationaler Identität in den spanischen Staatsverband<sup>15)</sup>. Im Föderalismus war zunächst die ganze Breite politisch-ideologischer Strömungen vertreten. Seine Verbindung mit Demokratie und Republikanismus in der Revolution von 1868 machten ihn jedoch später Monarchismus und Konservatismus verdächtig.

3. Der *Autonomismus* konservativer Orientierung: In ihm flossen verschiedene Strömungen und Forderungen zusammen: die kulturelle Renaissance, der wirtschaftliche Protektionismus, der Traditionalismus und der Föderalismus in dem Versuch, im Rahmen der spanischen Monarchie unter der Restauration einen Autonomiestatus für Katalonien zu erlangen. Parteipolitischen Ausdruck fand diese Tendenz in der 1901 gegründeten „Lliga Regionalista“, in der ursprünglich ein breites soziales und vor allem politisches Spektrum des Katalanismus vertreten war, in der sich aber bald die industriellen Interessen und die konservativen Positionen durchsetzten. *Prat de la Riba*, die Führungsfigur der *Lliga*, formulierte die politischen Aspirationen der Industriebourgeoisie in seiner Schrift „La Nacionalitat Catalana“ (1906): Die Schaffung einer iberischen Konföderation, innerhalb derer die kastilische und katalanische Nationalität mit dem Ziel politischer und wirtschaftlicher Stärkung zusammenarbeiten könnten. In Anlehnung an west- und mitteleuropäische Vorbilder entwickelt er die Idee eines spanischen Imperialismus, der mit den anderen Imperialismen der Zeit konkurrieren könne. Der „Vater des bür-

gerlichen katalanischen Nationalismus“<sup>16)</sup> setzte zur Verwirklichung dieser Vorstellungen auf eine Politik des „intervencionismo“, die auf parlamentarischem Wege den katalanischen Einfluß in Madrid stärken sollte. Verkörpert wurde diese Politik in der Person von Francesc Cambó, der in dieser Phase unter mehreren der sich zahlreich abwechselnden Restaurationsregierungen Ministerposten übernahm und für den der katalanische Regionalismus (Nationalismus) eine instrumentelle Bedeutung hatte.

Ein Schritt in Richtung auf einen Autonomiestatus für Katalonien bedeutete die Einrichtung der „*Mancomunidad de Catalunya*“ 1912/14, der Zusammenschluß der Provinzversammlungen der katalanischen Provinzen. Hier konnte sich die katalanische Industriebourgeoisie als regierungsfähig profilieren, indem sie ein umfangreiches Modernisierungsprogramm in die Praxis umzusetzen versuchte. Es wurden Infrastrukturmaßnahmen (Verkehr, Telefon, Verwaltung), Verbesserungen im Erziehungswesen (Grundschulen, Berufsschulen), Modernisierungen des Produktionsapparates und Steigerungen der Produktion eingeleitet und zugleich mit der kapitalistischen Entwicklung die katalanische Identität verfestigt. Programme und Projekte regionaler Autonomie, die sich auf die „*Bases de Manresa*“ (1892) gründeten, ließen sich jedoch nicht verwirklichen und verloren mit der Diktatur *Primo de Riveras* (1923) jegliche Realisierungschance.

4. *Radikaler Nationalismus*: Erst gegen Ende des Ersten Weltkrieges konnte sich ein gegen die Übermacht des konservativen, bürgerlichen Katalanismus gerichteter linker Katalanismus etablieren, der auf die Unabhängigkeit Kataloniens abzielte. Diese Bewegung ging von *Francesc Maciá* und der 1919 gegründeten „Demokratisch-nationalistischen Föderation“ aus und mündete über den „*Estat Català*“ (1922) schließlich mehrheitlich in der „*Esquerra Republicana de Catalunya*“ (1931) und damit wieder in nicht-separatistischem Regionalismus, im Republikanismus.

5. Der *Republikanismus*: Er ging von der Überlegung aus, daß die katalanische Frage nur

<sup>15)</sup> Zum Föderalismus siehe C.A.M. Hennessy, *The Federal Republic in Spain. Pi y Margall and the Federal Republican Movement, 1868—74*, Oxford 1962.

<sup>16)</sup> C. Gispert/J. M. Prats, *España: un estado plurinacional*, Barcelona 1978, S. 74; siehe dazu auch Horst Hina, *Kastilien und Katalonien in der Kulturdiskussion 1714—1939*. Tübingen 1978, S. 223.

innerhalb einer demokratischen Republik würde gelöst werden können. Der linksorientierte Republikanismus wurde durch den Zugang von Radikalen Nationalisten mehrheitsfähig und konnte durch den von ihm herbeigeführten Regimewechsel in Spanien 1931 ein Autonomiestatut für Katalonien durchsetzen. Das Statut war der Kompromiß zwischen der Regierung der Katalanischen Republik und der Spanischen Republik, beide hervorgegangen aus den revolutionären Akten im Anschluß an die Municipalwahlen vom April 1931, die den Republikanern eine Mehrheit einräumten. Die „*Generalitat de Catalunya*“, die katalanische Regierung, erhielt ihre volle verfassungsrechtliche Investitur nach der Verabschiedung der spanischen Verfassung von 1931 durch das „Statut von Katalonien“ vom 15. September 1932.

Insbesondere für die Zeit der II. Republik ließen sich sowohl weitere regionalistische Strömungen aufzeigen (im Sozialismus und Anarchismus) als auch weitere Entwicklungen darstellen. Darauf müssen wir hier verzichten<sup>17)</sup>. Es genügt uns, deutlich gemacht zu haben, wie vielfältig allein der katalanische Regionalismus und wie komplex sein sozialer, historisch-politischer und ideologischer Begründungszusammenhang ist.

#### *Land von Valencia (Levante)*

Das Land von Valencia (Pais Valenciano) verlor wie Katalonien im spanischen Erbfolgekrieg 1707 (Schlacht von Almansa) seine „*Furs*“ (Freiheitsrechte und Privilegien). Die Renaissance der katalanischen Sprache und Kultur erfaßte in der Mitte des 19. Jahrhunderts auch die Levante, blieb jedoch im Unterschied zu Katalonien im wesentlichen literarisch. *Teodoro Llorente*, der einflußreichste Protagonist der valencianischen Renaissance, betonte, daß die Valencianer, wenn sie die Größe ihres alten Königreichs besängen, nicht die Idee ver-

träten, das „*Reino de Valencia*“ zum Schaden der Einheit Spaniens wiederherzustellen<sup>18)</sup>.

Die entscheidenden Gründe für die unterschiedlichen Auswirkungen der linguistisch-kulturellen Renaissance in beiden Regionen liegen in der stärkeren „Kastilianisierung“ des Landes von Valencia, insbesondere in der engen Verbindung der herrschenden Klasse von Großgrundbesitz und Finanzkapital mit Madrid einerseits und der Interessendivergenz zwischen den protektionistischen Industriesektoren Kataloniens sowie den exportorientierten und auf den Freihandel angewiesenen Agrarsektoren Valencias andererseits. Dieser Gegensatz verhinderte sowohl die Übernahme der Forderungen des politischen Regionalismus Kataloniens als auch den Anschluß Valencias an Barcelona, was angesichts der linguistisch-kulturellen Gemeinsamkeit nahegelegen hätte.

Der politische Valencianismus setzte erst zu Beginn unseres Jahrhunderts mit der Gründung der Gesellschaft „*Neues Valencia*“ ein, deren Mitgliedschaft sich aus Handwerkern, Studenten und Kleinbürgertum zusammensetzte. Mit der Ausbreitung der Industrialisierung erhielt der politische Valencianismus eine erweiterte Basis, nicht zuletzt dadurch, daß sich nun eine Annäherung an den katalanischen Regionalismus ergab. So lehnte sich die konservative *Union Valencianista Regional*, die während des Ersten Weltkrieges und während der durch ihn bedingten Krise des Agrarsektors entstand, eng an die *Lliga Regionalista* Kataloniens an<sup>19)</sup>.

Kennzeichnend für die Debatten und Auseinandersetzungen um ein Autonomiestatut für das Land von Valencia, die nach Ende der Diktatur 1927 und insbesondere mit der II. Republik einsetzten, waren die politisch-ideologischen Entfernungen zwischen den verschiedenen Protagonisten regionaler Autonomie.

<sup>18)</sup> J. Martínez Serrano/Vicente Soler, El valencianismo político: Orígenes de una reivindicación, in: *Historia* 16, Extra V, April 1978, S. 64 ff., hier S. 67.

<sup>19)</sup> Zum politischen Valencianismus siehe Alfons Cucó, El valencianismo político, 1874—1936, Valencia 1974; Amadeu Fabregat, Partits polítics al País Valencia, Valencia 1976; Lluís Aguiló Lucía, Las elecciones en Valencia durante la Segunda República, Valencia 1976; J. A. Tomás Carpi, El País Valenciano frente a la democracia, 2. Bde., Valencia 1977.

<sup>17)</sup> Von den inzwischen zahlreichen Studien zum Katalanismus seien hier noch genannt: J. A. González Casanova, *Federalisme i autonomia a Catalunya* (1868—1938), Barcelona 1974; Isidre Molas, *Lliga catalana*, 2 Bde., Barcelona 1972; Josep Termes, *Federalismo, anarcosindicalismo y katalanismo*, Barcelona 1976; Josep Lluís Martín i Ramos, *Els orígens del Partit Socialista Unificat de Catalunya* (1930—1936), Barcelona 1977.

Die konservativ-agrarische Gruppierung erneuerte sich in der „Valencianisch Regionalen Rechten“ (*Derecha Regional Valenciana*, DRV), die massiven Zulauf von seiten der zahlreichen landbesitzenden Bauern als Folge der Krise des Agrarsektors erhielt. Die DRV zählte zu den bestorganisierten Parteien der politischen Rechten Spaniens. Die politische Linke war aufgespalten in den „*Partit Valencianista d'Esquerra*“ älterer republikanischer Tradition und die „*Esquerra Valenciana*“, die der Autonomie der Region Valencia eine Föderation der katalanisch-sprachigen Region vorzog. Weiter links von diesen Parteien hatten die Gewerkschaften, die anarcho-syndikalistische CNT erhebliches und die sozialistische UGT wachsendes Gewicht.

Die vorgelegten Entwürfe für ein Autonomiestatut von 1931 (Projekt des gemäßigten Konservatismus unter *Blasco Ibañez*) bis 1937 (Projekt des CNT: einziges Autonomieprojekt der Anarchisten in Spanien) hatten mehr oder weniger Parteicharakter und waren demzufolge bereits in der Levante nicht oder nur schwerlich mehrheitsfähig.

### Balearen

Auf der Inselgruppe der Balearen entwickelte sich mit der Renaissance der katalanischen Sprache und Kultur eine regionalistische Bewegung, die soziologisch getragen wurde von Industriellen (Schuh- und Textilbranche) und Handel, jedoch durch die konservative Partei und die politische Maschine des *Caciquismo* (Herrschaft von lokalen Potentaten) politisch unter Kontrolle gehalten wurde<sup>20</sup>. *Antonio Maura*, späterer Führer der Konservativen Partei Spaniens, kandidierte hier für die Cortes seit 1881 bis zu seinem Lebensende.

Der konservative Regionalismus der Balearen, soziologisch und politisch der katalanischen *Lliga* nahestehend, jedoch in seiner Basis in wirtschaftspolitischer Hinsicht freihändlerisch orientiert, wies einen Anschluß der katalanisch-sprachigen Inseln an Katalonien weit von sich, während republikanische Strömun-

<sup>20</sup> Zum Regionalismus der Balearen siehe *Sebastià Serra*, *La identitat balear*, in: *Historia* 16, Extra V, April 1978, S. 75 ff.; *Anselm Llull* (Gregori Mir), *El mallorquinisme polític (1840—1936)*, Paris 1975; *J. Quintana*, *Menorca, segle XX*, Mallorca 1976; ders.: *Els menorquins i l'autonomia*, Mallorca 1977.

gen eine Kooperation mit Katalonien und Levante propagierten. Damit trat bereits zu Beginn unseres Jahrhunderts die Streitfrage auf, die unter der II. Republik die Durchsetzung des 1931 vorgelegten Autonomiestatuts erschwerte. Die andere Dimension des innerbalearischen Konflikts lag in der unterschiedlichen politischen Orientierung der Inseln Mallorca (konservativ) und Menorca/Formentera (progressiv). Das Statut war vom konservativen *Partido Regionalista* ausgearbeitet worden und wurde von Menorca abgelehnt, da es eine Majorisierung der Inseln durch Mallorca zu beinhalten schien, und von der Republikanischen Linken und dem PSOE zurückgewiesen, weil diese beiden Parteien eine Lösung des regionalen Problems im Rahmen einer gesamt-katalanischen Föderation befürworteten. Letztlich jedoch wurde die Auseinandersetzung um das Autonomiestatut für die Balearen als eine Entscheidung in Funktion der Überwindung bzw. Aufrechterhaltung und Verteidigung der bestehenden sozialen und politischen Strukturen auf den Inseln geführt.

### Baskenland

Der baskische Regionalismus muß verstanden werden im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung der baskischen Provinzen im 19. Jahrhundert (Abbau und Export von Eisenerz, Aufbau einer Schwerindustrie) und ihr entsprechenden Wandlungen der Klassenstruktur: Herausbildung einer Finanz- und Industriebourgeoisie, die in enger Verbindung mit dem politischen Zentrum Spaniens steht und die man als kastilianisiert bezeichnen kann, auf der einen Seite und eines Industrie-proletariats zum großen Teil nicht-baskischer Herkunft auf der anderen Seite, in das seit 1885 sozialistisches Gedankengut ein-drang<sup>21</sup>).

Die baskischen Mittelschichten in den Städten, vor allem aber das agrarische Hinterland, die im Industrialisierungsprozeß ihre frühere soziale und politische Position einbüßten, bil-

<sup>21</sup> Dazu: *Beltza* (Emilio Lopez Adan), *El nacionalismo vasco (1876—1936)*, San Sebastian 1976; *Ortiz* (Francisco Letamendia), *Historia de Euzkadi: el nacionalismo vasco y ETA*, Paris 1975; *Milton da Silva*, *The Basques as a Nonstate Nation*, in: *Judy S. Bertelsen* (Hrsg.), *Nonstate Nations in International Politics*, New York 1977, S. 98 ff.; *M. de Ugalde*, *Sintesis de la historia del Pais Vasco*, 2. Aufl. Barcelona 1977.

deten das soziale Substrat des frühen baskischen Regionalismus. In dem Maße, in welchem sich die Industrialisierung (auch geographisch verstanden) ausdehnte, wurden sie in Gegnerschaft zur Modernisierung aktiviert, forderten die Rückbesinnung auf die ethnische Singularität, die Wiederbelebung der baskischen Sprache, Kultur und Folklore, die im Industrialisierungs-, Assimilierungs- und Überfremdungsprozeß gänzlich verloren zu gehen drohten, und die Wiedererlangung der früheren Rechte und Privilegien („*Fueros*“). Die aus dem Mittelalter stammenden Sonderrechte der baskischen Region hatten bis zur französischen Revolution (in den französischen Gebietsteilen des Landes) und bis zu den von ihr ausgelösten liberalen Entwicklungen in Spanien in vollem Umfang bestanden und waren erst mit der zentralistischen Politik der konstitutionellen Monarchie aufgehoben worden. Der baskische Regionalismus ist somit in seiner Genesis eine in doppelter Hinsicht antimoderne Bewegung: als Bewegung gegen die industrielle wirtschaftliche Entwicklung und als Bewegung gegen den Konstitutionalismus und politischen Liberalismus. Die Forderung nach den „*Fueros*“ schloß „die Verteidigung einer traditionellen Gesellschaft auf agrarischer Grundlage ein. Sie werden als Barrieren gegen den sozialen und politischen Wandel benutzt ... gegen die korrumpierenden Kräfte: Kastilianisierung, Liberalismus und Sozialismus“<sup>22)</sup>.

Als politische Bewegung trat der „*Fuerismo*“ zunächst in Verbindung mit dem „*Carlismo*“ auf, der das traditionelle Konzept einer absolutistischen, aber dezentralisierten Monarchie militärisch gegen den liberalen, jedoch zentralistischen Staat durchzusetzen versuchte (Karlismenkriege). Die Niederlage des Carlismus 1876 brachte den endgültigen Verlust der „*fueros*“ und stimmte zeitlich mit entscheidenden Veränderungen der baskischen Gesellschaft überein: die traditionelle Landwirtschaft wich zugunsten einer zunehmenden Industrialisierung. So stieg beispielsweise der Export von Erz aus Vizcaya zwischen 1877 und 1900 um mehr als das Sechsfache.<sup>23)</sup>

Der baskische Nationalismus, der parteipolitisch 1906 in der Bildung des „*Partido Nacionalista Vasco*“ (PNV) seine bis heute dominierende politische Organisation erhielt, erbe wesentliche soziologische und politisch-ideologische Komponenten des „*Fuerismo*“, öffnete sich jedoch neueren Tendenzen. So überwand der PNV den ursprünglichen katholischen Integritismus zugunsten moderner christlich-demokratischer Vorstellungen. Die traditionalistischen Forderungen entwickelten sich mit der Verbreitung der sozialen Basis (Industrieproletariat) und der Vertiefung der demokratischen Grundpositionen (parteiinterne Struktur) zu neueren Konzeptionen der Gestaltung des spanischen Staates, etwa in der Form eines Bundesstaates, weiter. Der PNV war auch in der Lage, 1931 die demokratische Republik zu akzeptieren — von der er die Gewährung der politischen Autonomie erwartete — und im Laufe der II. Republik mit sozialistischen Parteien zu paktieren, seit sich die spanischen Parteien der Linken für die Autonomie der Regionen einzusetzen begannen. Diese politische Flexibilität, die unterstützt wurde durch die Verankerung des PNV in der baskischen Arbeiterschaft durch die ihm nahestehende Gewerkschaft „*Solidaridad de Obreros Vascos*“ (E. L. A.), verhinderte, daß andere politische Parteien baskischer Herkunft mit dem christdemokratischen PNV erfolgreich konkurrieren konnten.

Das Autonomiestatut freilich wurde erst nach der militärischen Erhebung vom 18. Juli 1936 erlangt. Ihm hatten die eiligst einberufenen Cortes am 1. Oktober gleichen Jahres per Akklamation zugestimmt — mehr der militärischen Not gehorchend als einer historischen Einsicht folgend. Die wenig später gebildete baskisch-autonome Regierung vermochte dem Abwehrkampf gegen die vordringenden Truppen der nationalen Rechten keine Wende zu geben.

### Galizien

Der galizische Regionalismus konsolidierte sich Anfang dieses Jahrhunderts als politische Bewegung. Jedoch gab es schon im 19. Jahrhundert eine Reihe kultureller und politischer Manifestationen, die als Wegbereiter dieser Entwicklung die Anfänge des galizischen Regionalismus kennzeichnen. Sein Ausgangs-

<sup>22)</sup> Antonio Elorza, De los Fueros a la Dictadura, in: Historia 16, Extra V, April 1978, S. 83 ff., hier S. 93.

<sup>23)</sup> M. de Ugalde, a. a. O., S. 181.

punkt war die Unterentwicklung einer Region, die sich sprachlich-kulturell von Spanien-Kastilien unterschied und von dort her keine regionalen Identitätsprobleme kannte, auch wenn das Galizische als Schriftsprache faktisch bereits untergegangen war.

Es waren galizische Intellektuelle, die politische Forderungen erhoben: weniger durch Rückgriff auf früher bestehende Rechte oder in traditionalistischer Abwehr von Industrialisierung und Modernisierung, sondern in Richtung auf wirtschaftliche Entwicklung, auf Überwindung der rückständigen feudalen bzw. vorkapitalistischen Strukturen. Galizisches politisches Denken drückte folglich zunächst ein verstärktes Integrationsverlangen in den liberalen spanischen Staat aus bzw. artikulierte Kritik an dem Muster der bestehenden Integration, welches wirtschaftliche und soziale Rückständigkeit und politische Domination durch das Zentrum mittels des Kazikismus zur Folge hatte. Erst nach Frustration der Integrationsbemühungen mündeten die Reformforderungen verstärkt in politischen Regionalismus.

Als erstes wichtiges Dokument des galizischen Regionalismus gilt der 1887 verabschiedete „Pacto Fundamental para el Futuro Estado Gallego“. Zwei Jahre später veröffentlichte Alfredo Branas seine Schrift „*El Regionalismo*“, die nach Alfredo Bozzo die „erste organische Gestaltung eines regionalistischen Programms“ für Galizien darstellt<sup>24</sup>). Branas' Regionalismus war konservativ mit karlistischem Einschlag. Die von ihm organisierten Vereinigungen (*Asociación Regionalista Gallega* 1891 und *Liga Gallega* 1897) blieben kleine, sozial eng begrenzte Gebilde.

Hingegen versuchte die 1907 nach dem Vorbild der katalanischen *Solidaridad Catalana* gegründete *Solidaridad Gallega*, zum Sammelbecken aller regionalistischen Tendenzen zu werden. Zwar gelang eine Annäherung von Agrarbewegung und regionalistischen Kräften, doch blieb die Mehrheit der größten sozialen Schicht Galiziens (Kleinbauern und Pächter) auch in der Phase der von ihnen getragenen größten Massenmobilisierung der Geschichte Galiziens (1906—1916) regionalisti-

schen Forderungen gegenüber mißtrauisch, wenn nicht gar feindlich gesonnen<sup>25</sup>).

Ab 1916 kam es im Zusammenhang mit der Gründung der sogenannten *Irmandades da Fala* zu einer erneuten Intensivierung der regionalistischen Bestrebungen, die von einer kulturellen Offensive begleitet wurden. Es erschienen eine Reihe theoretischer Schriften (z. B. „*Teoría do nacionalismo galego*“ von Vicente Risco, 1920), die zu einem neuen Selbstverständnis als nationalistischer Bewegung beitrugen<sup>26</sup>). Organisatorisch mündeten diese Bemühungen — nach einer erzwungenen Ruhepause unter der Diktatur Primo de Riveras — 1929 in der Gründung der Organización Republicana Gallega Autónoma (ORGA), die sich als Zusammenschluß der galizischen Republikaner 1930 zur *Federación Republicana Gallega* erweiterte, und in der Gründung des *Partido Galeguista* (PG) 1931, einem Zusammenschluß nationalistischer Kräfte unterschiedlicher ideologischer Richtungen. Die PG, die sich 1936 der Frente Popular anschloß, war während der II. Republik die treibende Kraft der Errichtung eines Autonomiestatuts, das aber erst im Juni 1936 zum Referendum vorgelegt wurde und infolge des Militärputschs, der in Galizien unmittelbar erfolgreich war, nicht mehr in Kraft treten konnte.

### Andalusien

Andalusien hat historisch kein auf die regionale Einheit und Autonomie gerichtetes Bewußtsein und kaum eine über die Folklore hinausgehende andalusische Identität entwickelt. Wenn auch bereits im vorigen Jahrhundert unter dem starken Einfluß Kataloniens stehende regionalistische Strömungen auftraten (Föderative Versammlung von Antequera 1883), so ist der Regionalismus als konsistente, auf Autonomie gerichtete Bewegung jüngsten Datums. Die Diskussion regionaler Probleme unter dem geläufigen Titel „die andalusische Frage“, die scharfen sozialen Auseinandersetzungen, dürfen nicht mit politischem Regionalismus gleichgesetzt werden<sup>27</sup>).

<sup>25</sup>) Alfonso Bozzo, Proceso histórico del nacionalismo gallego, in: Historia 16, Extra V, April 1978, S. 115 ff., hier S. 117.

<sup>26</sup>) Siehe A. Magarinos, Los Gallegos, Barcelona 1979, S. 39.

<sup>27</sup>) Zur andalusischen Frage und zu den sozialen Kämpfen der Campesinos gibt es eine inzwischen

<sup>24</sup>) Alfonso Bozzo, Los partidos políticos y la autonomía en Galicia 1931—1936, Madrid 1976, S. 17.

Zunächst einmal war die geographische und politische Identität Andalusiens umstritten. Es schien möglich, daß Teile Andalusiens für sich die regionale oder lokale Autonomie forderten oder Gebiete außerhalb Andalusiens wie die Provinzen Badajoz und Almería sich einem andalusischen Regionalismus anschlossen<sup>28)</sup>.

Als sich 1933 alle regionalen Parteien Andalusiens für ein Autonomiestatut nach katalanischem Vorbild aussprachen (*Asamblea de Córdoba*), verhinderten tatsächlich politische Divergenzen zwischen den Provinzregierungen Andalusiens die Verfolgung eines auf die Einheit der Region gerichteten Projekts.

Sodann waren sowohl Landadel als auch Agrarbourgeoisie — letztere hatte sich erst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Folge der Auflösung des kirchlichen Landbesitzes herausgebildet — gegen jeglichen Regionalismus eingestellt, da die herrschende Klasse Andalusiens weitgehend mit der zentralistischen Oligarchie identisch war. Ein Bildungsbürgertum, daß wie in Katalonien — und hier auf der Basis linguistisch-kultureller Identität — gegen das Zentrum hätte angehen können, gab es in Andalusien als Folge des Fehlschlags verschiedener Industrialisierungsversuche nicht. Aber auch dem Campesinado, in der anarchistischen CNT und der sozialistischen UGT organisiert, blieben regionalistische Forderungen fremd.

Was unter der regionalen Frage Andalusiens im wesentlichen diskutiert wurde, waren Probleme der Agrarstruktur. In den Besitzverhältnissen auf dem Lande lag die entscheidende Ursache der Rückständigkeit Andalusiens, der Arbeitslosigkeit, des Massenelends und der Emigration. Die antizentralistische Begrün-

dung eines andalusischen Regionalismus stand somit auf tönernen Füßen. Es nimmt deshalb auch nicht wunder, daß die intensiven Klassenkämpfe in Andalusien während der II. Republik die Frage regionaler Autonomie auf ein Nebengleis der Geschichte gestellt haben.

#### 4. Zusammenfassung

Hinsichtlich der historischen Grundlagen der heutigen Regionalismen in Spanien ergibt sich demzufolge ein höchst kompliziertes und teilweise kontroverses Bild. Unzweifelhaft hat die linguistisch-kulturelle Differenz den Regionen zur Identitätsfindung gedient. Doch die sozialen Trägerschaften wechselten von Region zu Region — auch wenn eine bürgerliche Vorherrschaft nicht zu übersehen ist — und im historischen Prozeß einzelner Regionalismen. Politisch linksorientierte Ideologien schlossen sich regionalistischen Bewegungen hauptsächlich erst in unserem Jahrhundert an; erst unter der II. Republik übernahmen sie vereinzelt deren Führung.

Aber welche Unterschiede in der politischen Stoßrichtung der Regionalismen! Hier gegen die Rückständigkeit der agrarischen Gesellschaft, dort gegen die Moderne der Industriegesellschaft gerichtet; hier als nur linguistisch-kulturelle Bewegung an der kulturellen Renaissance der eigenen Mundart interessiert, dort als primär politische Bewegung verstanden, die die linguistisch-kulturelle Differenz zum Zentrum für politische Zielsetzungen der regionalen Eliten instrumentalisiert; hier eine Bewegung gegen das Zentrum (und damit allgemeinen Vorstellungen von Regionalismus entsprechend), dort eine Kraft, die die Integration in den Zentralstaat unter erneuerten Bedingungen verstärken oder gar die politische Macht im Zentrum übernehmen will. Aber nicht allein politische Gegeneliten regionaler Rekrutierungsbasis, auch im Zentrum mitbestimmende, privilegierte soziale Gruppen aus den Regionen haben sich regionalistischen Forderungen nach politischer Autonomie nicht verschlossen.

recht breite Literatur; u. a.: Juan Díaz del Moral, *Historia de las agitaciones campesinas andaluzas*, Madrid 1973; Antonio Miguel Bernal, *La propiedad de la tierra y las luchas agrarias andaluzas*, Barcelona 1974; José Aumente, *La cuestión nacional andaluza y los intereses de clase*, Madrid 1978; Antonio M. Calero, *Movimientos sociales en Andalucía (1820—1936)*, Madrid 1976.

<sup>28)</sup> Antonio Miguel Bernal, *Andalucía: en busca de una conciencia histórica*, in: *Historia 16*, Extra V, April 1978, S. 133 ff.

### III. Subjektives regionales Bewußtsein (*Conciencia Regional*)

Wir stellten bereits fest, daß das subjektive Bewußtsein der Bevölkerung regionaler oder nationaler Identität ein wichtiger Faktor des Regionalismusphänomens darstellt. Umfragen können aber nicht nur den Grad des regionalen Bewußtseins, sondern auch die Motive regionaler Differenzierung ergründen.

Zwei Forschungsgruppen haben in geringem zeitlichen Abstand voneinander Umfragen durchführen lassen und ausgewertet, wobei freilich ein markantes Datum zwischen den beiden Erhebungen liegt: Francos Tod 1975. Es handelt sich zum einen um die bereits erwähnte Studie von *Salustino del Campo, Manuel Navarro* und *J. Felix Tezanos*, die auf 1975 erhobenen Daten basiert, und zum anderen um die von einer Forschungsgruppe unter Leitung von *José Jiménez Blanco* angefertigte Untersuchung<sup>29)</sup>, der Umfragedaten aus dem Jahre 1976 zugrunde liegen. Wir referieren im folgenden im wesentlichen die Ergebnisse der zweiten Untersuchung, weniger aus Gründen eines offeneren politischen Klimas nach Francos Tod, welches die Antworten vertrauenswürdiger erscheinen lassen könnte, sondern aus konzeptionellen Gründen. Die erste Untersuchung erfragte vor allem politische Verhaltensmuster der Bevölkerung in den Regionen auf einer Skala, die autoritär und demokratisch mit politisch und unpolitisch kombinierte und mit regionalistisch korrelierte. Als von den Autoren besonders hervorgehobenes Ergebnis förderte die Untersuchung eine Diskrepanz zwischen einer politisch-ideologischen Orientierung zu regionaler Autonomie einerseits und politischer Apathie sowie autoritären Verhaltensmustern andererseits zutage, ein Ergebnis, daß angesichts der damals noch fehlenden Realisierungschance regionaler Autonomien, ja selbst der Information über derartige Bewußtseinslagen und Forderungen außerhalb der unmittelbaren Umwelt der Befragten kaum als derart bemerkenswert gelten kann. Aufschlußreich ist hingegen das Verhältnis von politischer Grundorientierung und regionalistischer Orientierung: Personen, die sich als politisch rechts definieren, sind

überwiegend zentralistisch eingestellt. Die Befragten der politischen Mitte optieren auch noch mehrheitlich für Zentralismus, fassen aber bereits zu einem hohen Anteil, der bei der Christlichen Demokratie mehrheitlich ist, die politische Autonomie der Regionen in Auge, wofür die politische Linke eintritt. Jedoch ist hier der Anteil derjenigen, die sich für eine föderalistische Lösung aussprechen, recht beachtlich<sup>30)</sup>.

Vergleichen wir diese Ergebnisse mit den anfänglichen Positionen der politischen Parteien in der Zentralismus-Regionalismus-Debatte 1975—76, so zeigt sich eine stärkere Berücksichtigung der regionalistischen Forderungen im Sinne der politischen Autonomie der Regionen in der Mitte des Parteispektrums und auf der Linken im Sinne einer Föderalisierung Spaniens.

Die sich hier ausdrückende Diskrepanz zwischen der Masse der Bevölkerung und den politischen Eliten tritt besonders deutlich zutage, wenn wir danach fragen, welche Bedeutung dem Regionalismusproblem beigemessen wird. Für die politischen Parteien rangiert es an vorderster Stelle der Prioritätenliste, gleichviel ob es sich um die Protagonisten regionaler Autonomie oder die Verteidiger der (zentralistisch verstandenen) Einheit Spaniens handelt. Die Umfragen von *José Jiménez Blanco* u. a. förderten jedoch die erstaunliche Feststellung zutage, daß das Regionalismusproblem nur eine sekundäre Rolle spielt neben den als wichtiger eingeschätzten ökonomischen Problemen wie Inflation und Arbeitslosigkeit. 1976 nannten nur 5 Prozent der Befragten unter einer Reihe von Problemen, von denen die zwei wichtigsten zu benennen waren, das Regionalismusproblem. Angesichts des seither dramatisch angewachsenen baskischen ETA-Terrorismus wird man jedoch nicht fehl gehen in der Annahme, daß 1979 der politische Stellenwert des Regionalismusproblems trotz der inzwischen erfolgten Anerkennung regionaler Autonomierechte von seiten der Verfassung (s. u.) eine bessere Entsprechung im Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit findet.

<sup>29)</sup> José Jiménez Blanco, Manuel Garica Ferrando, Eduardo López Aranguren, Miguel Betrán Villalaya, *La conciencia regional en España*, Madrid 1977.

<sup>30)</sup> Salustino del Campo u. a. a. O., S. 278.

Die regionale Verteilung des Problembewußtseins gibt erste Hinweise auf die politische Virulenz regionalistischer Forderungen. Prozentual am häufigsten wurde das Regionalismusproblem in Aragon, Katalonien/Balearen, Baskenland/Navarra, Galizien, Barcelona, Altkastilien und Valencia genannt, also mit Ausnahme von Altkastilien in den Regionen, die zweisprachig sind und über eine regionalistische Tradition verfügen.

Die Frage nach der regionalen Selbsteinschätzung der Interviewten zeichnete jedoch ein verändertes Bild. Der Befragte besaß die Möglichkeit, sich auf einer Skala von 1 bis 10 einzuordnen, wobei der Grad der regionalen Orientiertheit des Befragten in hoch (1—3), mittel (4—6) und niedrig (7—10) unterschieden wurde. 39 % der Befragten schätzten sich als hochgradig regionalistisch, 32 % als mittelmäßig und 22 % als schwach regionalistisch orientiert ein. Nach Regionen verteilt, ergab sich für Asturien mit 63 % hoher Selbsteinschätzung der höchste Wert. Es folgten Galizien (62 %), Kanarische Inseln (50 %) und Andalusien (50 %) vor Extremadura (47 %) und Baskenland/Navarra (46 %). Unter den Regionen, in denen höchste regionale Orientiertheit der Befragten zu verzeichnen war, rangierten vor allem die im Vergleich zu spanischen Mittelwerten unterentwickelten Gebiete (Galizien, Andalusien, Extremadura), und die Frage der linguistisch-kulturellen Differenz und der historischen Regionalismustradition schien keine Bedeutung zu besitzen.

Die bisherigen Ergebnisse geben freilich solange noch keine ausreichende Antwort auf die Frage nach dem regionalen Bewußtsein, wie offen ist, was von den Befragten unter Regionalismus, spezifiziert nach Regionen, verstanden wird. Dem Befragten wurden bestimmte Definitionen angeboten: Liebe zur Heimat, Verteidigung der Region, Verbundenheit mit den Sitten und der Folklore der Region, Stolz auf die Region, Separatismus, Fanatismus, das Bewußtsein, anders zu sein als der Rest Spaniens, schließlich Autonomie zur besseren Lösung der regionalen Probleme.

Wie erwartet werden durfte, zeigten die Befragten in hohem Grad ein relativ unpolitisches Verständnis des Begriffs Regionalismus. Die Liebe zur Region (Heimat) und die (unkonkrete) Bereitschaft, sie zu verteidigen, rangier-

ten mit jeweils 29 % und damit zusammen mit über der Hälfte der Antworten an erster Stelle. Nur 7 % identifizierten Regionalismus mit politischer und wirtschaftlicher Autonomie zur Lösung der die Region betreffenden Probleme, 13 % hatten keine Meinung oder antworteten nicht. Nach Regionen aufgeschlüsselt, war das Verständnis von Regionalismus als Autonomiestreben in Madrid, Navarra, Galizien, Barcelona und auf den Kanarischen Inseln am höchsten, in Neukastilien, León, Extremadura, Asturien und Aragon am niedrigsten. Zu beachten ist auch, daß die Identitätsfindung des Regionalismus mit Separatismus und Fanatismus in den Regionen des Zentrums (Madrid, León, Alt- und Neukastilien) im Sinne pejorativer Konzepte am stärksten ist und häufiger genannt wurde als im Baskenland und Katalonien, wobei Separatismus hier wohl eher eine positive Konnotation haben dürfte.

Hohes regionales Bewußtsein als politische Kategorie kann für die Regionen ausgemacht werden, in denen eine der politischen Selbsteinschätzung nach hohe regionale Orientiertheit mit einem politischen Begriffsverständnis von Regionalismus korreliert. Dies ist am ehesten für die Mehrzahl der Regionen mit historischer Tradition (Baskenland/Navarra, Galizien, Katalonien) und für die Kanarischen Inseln der Fall.

Eine wesentliche Komponente des regionalen Bewußtseins ist der „*hecho diferencial*“, das differenzierende Merkmal einer Region im interregionalen Vergleich. In der Umfrage von José Jiménez Blanco u. a. sollten die Befragten drei aus einer Reihe von 15 Merkmalen angeben, unter denen sich mit Klima, Mentalität etc. auch solche Merkmale befanden, die nur geringe Unterschiedlichkeit zulassen oder wenig griffig sind. Diese unspezifischen Merkmale wurden jedoch am meisten genannt. Von den differenzierenden Merkmalen wurden Sprache und wirtschaftlicher Entwicklungsstand (in den beiden Versionen entwickelt/unterentwickelt) am häufigsten angekreuzt.

Die Bevölkerung nimmt folglich nicht nur die sprachlichen Unterschiede zwischen den Regionen wahr, sondern auch die Differenzen im wirtschaftlichen Entwicklungsstand, so daß sich nach den genannten Merkmalen drei Gruppen von Regionen im politischen Be-

Tabelle 6: Die Dimension des regionalen Bewußtseins

Dimension: politisch/adminstrative	sprachliche	wirtschaftliche	politisch-ideologische
1. Barcelona	Barcelona	Galizien	Baskenland
2. Baskenland/Navarra	Galizien	Andalusien	Barcelona
3. Asturien	Baskenland/ Navarra	Murcia	Galizien
4. Galizien	Katalonien/ Balearen	Madrid	Kanarische Inseln
5. Aragon	Valencia	Extremadura	—
6. Kanarische Inseln	—	Asturien	—
7. —	—	Neukastilien	—
8. —	—	Altkastilien	—

Quelle: José Jiménez Blanco u. a. (Anm. 29), S. 84.

wußtsein der Bevölkerung ergeben: für die erste Gruppe ist Sprache und Entwicklung kennzeichnend, für die zweite Gruppe Sprache und Unterentwicklung und für die dritte Gruppe allein die Unterentwicklung.

Die hier referierte Studie fügt schließlich zu den das regionale Bewußtsein konstituierenden Komponenten noch politisch-administrative und politisch-ideologische Faktoren hinzu. Daß die Regionen teilweise unterschiedlich politisch orientiert sind, hatten wir bereits im vorhergehenden Kapitel beiläufig darstellen können. Auf diesen Tatbestand kommen wir später zurück. Das differenzierende Bewußtsein einer Region kann sich sowohl daran festmachen als auch an Einstellungen gegenüber der politischen Verwaltung, die vom Zentrum aus gesteuert wird.

José Jiménez Blanco u. a. haben die Komposition des regionalen Bewußtseins zu bestimmen versucht und eine Untergliederung der Regionen nach den vier genannten Variablen vorgenommen, wobei für die Aufnahme in eine Gruppe eine signifikante Abweichung vom nationalen Mittelwert erforderlich war.

Abschließend wollen wir noch kurz eine soziologische Aufschlüsselung des regionalen Bewußtseins vornehmen. Wir bedienen uns dabei einer Analyse nach dem semantischen Differential und unterscheiden zwischen Zentralismus und politischer Autonomie und fragen danach, welche soziostrukturellen Merkmale eher mit den beiden Positionen korrelieren. José Jiménez Blanco u. a. liefern uns die folgenden Daten:

Tabelle 7: Zentralismus und politische Autonomie nach sozialstrukturellen Kategorien

Kategorie	Zentralismus	Politische Autonomie
Wohnort	Land (56%)	Stadt (52%)
Geschlecht	Frau (54%)	Mann (48%)
Stand	verheiratet/verwitwet	ledig
Beruf	Hausfrau (60%) Pensionierte (55%)	Studenten (54%)
Einkünfte	unter 15 000 Pts. (62%)	über 50 000 Pts. (57%)
Bildung	keine Schulbildung (72%)	höhere Bildung (61%)
Alter	über 65 Jahre (64%)	18—24 Jahre (53%)
Religion	indifferent (54%)	sehr katholisch (68%)
Subjektive Klassen- zugehörigkeit	niedrig (58%)	sehr hoch/hoch (48%)

Quelle: José Jiménez Blanco u. a. (Anm. 29), S. 81.

Das regionale Bewußtsein ist stärker ausgebildet bei jungen Menschen und Angehörigen gehobeneren sozialen Status (gemessen an Bildung, Einkommen und subjektiver Klassen-

einschätzung). Doch zeigt sich, daß sich in den Regionen mit hohem regionalen Bewußtsein breite Schichten der Bevölkerung regionalistische Forderungen teilen.

#### IV. Politischer Regionalismus und Demokratisierungsprozeß

Eine politische Geographie der Opposition zum Franco-Regime würde die Regionen mit traditionellen Autonomieforderungen hervorzuheben haben. Der Sieg der Nationalistischen Rechten im Bürgerkrieg war für die Regionen Baskenland und Katalonien gleichbedeutend mit der Besetzung durch Francos Truppen, denen sie in Verteidigung der Republik lange Zeit Widerstand geleistet hatten. Katalonien verlor sein Autonomiestatut ebenso wie das Baskenland. Der übersteigerte Zentralismus des Franco-Regimes verbreiterte die soziale und politische Basis des Regionalismus insbesondere in diesen beiden Regionen. Er verursachte aber auch die Entwicklung des baskischen Nationalismus zum Separatismus und zum Terrorismus der seit 1960 aktiven Untergrundorganisation ETA — eine Entwicklung, die zu den problematischsten Hinterlassenschaften des Franco-Regimes zählt.

Seit Beginn der siebziger Jahre begann der Regionalismus eine bedeutende Rolle im Kampf um die Gestaltung Spaniens nach dem Ableben des Diktators zu spielen. Da waren einerseits die gewaltsamen Aktionen der baskischen Untergrundorganisation ETA. Die Aktionen forderten das Regime zu Gegenschlägen heraus (Prozesse von Burgos), die es international isolierten und die Forderungen nach Demokratisierung verstärkten. Einem Anschlag der ETA fiel im Dezember 1973 Ministerpräsident *Blanco* zum Opfer, in dem allgemein der Nachfolger *Francos* gesehen wurde. Andererseits probten die regionalen Oppositionsgruppen jene Bündnisse zwischen den verschiedenen Parteien, die dem Kampf um die Reform des Staates eine geschlossene Basis verleihen konnten. Die katalanischen Oppositionsgruppen besaßen „Schrittmacherfunktion für die Opposition im nationalen Maßstab“<sup>31)</sup>.

In diesem Prozeß verbanden sich regionalistische Forderungen aufs Engste mit Oppositionspolitik in nationalem Maßstab und umgekehrt. Die Parteien der demokratischen Opposition machten sich voll die Forderungen der regionalen Autonomisten zu eigen, so daß in parteipolitischen Kategorien gedacht die Interessen der Regionen nicht mehr nur von den Regionalparteien vertreten, sondern auch von den nationalen Parteien<sup>32)</sup> aufgegriffen wurden. Die Oppositionspolitik der demokratischen Parteien stützte sich ihrerseits auf das regionalistische Oppositionspotential. Als Belege dafür können einerseits die programmatischen Äußerungen von PSOE (1974 und 1976) und PCE (1975) gelten; die beiden großen Linksparteien Spaniens forderten in ihren Erklärungen das Selbstbestimmungsrecht für die Regionen.

Andererseits bezeugen die Referendumsdaten von 1976 den großen Widerhall, den die demokratische Opposition in den Regionen mit regionalistischer Tradition fand. Die Oppositionsparteien hatten die Parole der Stimmenthaltung ausgegeben. Ihr entsprach das Baskenland in Guipúzcoa mit 54,7 % Wahlenthaltung am stärksten, gefolgt von Galizien, den Kanarischen Inseln (Teneriffa 32,0 %), Katalonien (Barcelona 27,7 %) und Asturien. Navarra und León (22,4 %) lagen noch über dem Mittelwert von 22,3 % Wahlenthaltung. Dabei war die Politische Reform, über die das Referendum vom Dezember 1976 entschied, den regio-

<sup>32)</sup> Als national bezeichnen wir im folgenden jene Parteien, die im gesamten Staatsgebiet auftreten — im Gegensatz zu den regionalen Parteien. Das als national bezeichnete Parteiensystem schließt allerdings dann regionale Parteien ein, wenn sie eine parlamentarische Vertretung in den Cortes erlangen konnten. Das als regional bezeichnete Parteiensystem besteht somit — im Umkehrschluß — auch aus den nationalen Parteien, sofern diese in den Regionen parlamentarische Vertretungen erreichen.

<sup>33)</sup> Siehe dazu Blas Guerrero, *El problema nacional-regional español en los programas del PSOE y PCE*, in: *Revista de Estudios Políticos*, 4, Nueva 1978, S. 155 ff.

<sup>31)</sup> Lothar Maier (Anm. 1), S. 139.

nalen Minderheiten in einem wichtigen Punkt weit mehr entgegengekommen als den politischen Minderheiten im nationalen Maßstab. Zur Wahl der ersten frei gewählten Cortes nach 40 Jahren wurde ein Wahlsystem eingeführt, daß den regionalen Parteien den Sprung ins Parlament ermöglichte, während es die Vertretung der kleineren nationalen Parteien praktisch ausschloß. Die Wahl in verschieden großen, aber überwiegend kleinen bis mittelgroßen Wahlkreisen<sup>34)</sup>, der die Regionalparteien zustimmen konnten, bildete einen wichtigen Strukturierungsfaktor für das seinerzeit erst im Entstehen begriffene neue spanische Parteiensystem. Zunächst schien nämlich der seit Juni 1976 unter der Ministerpräsidentschaft von *Adolfo Suárez* ernsthaft eröffnete Demokratisierungsprozeß in einen extremen parteipolitischen Pluralismus zu führen. Sämtliche politischen Grundströmungen waren in eine Vielzahl politischer Gruppen und Grüppchen aufgespalten: Franquismus bzw. Neofranquismus, Reformen, Christdemokraten, Liberale, Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten und Maoisten<sup>35)</sup>. Neben den Regionalparteien verstärkten noch regionale Schattierungen der Parteien mit überregionalem Anspruch den unübersehbar scheinenden Pluralismus.

Das Wahlsystem war der eine Faktor, der von vornherein annehmen ließ, daß die ersten Wahlen die Spreu vom Weizen trennen und damit begonnen würde, ein Parteiensystem eines gemäßigten Pluralismus zu strukturieren. Der andere war die Bildung einer Wahlkoalition der Parteien der Mitte und der rechten Mitte in Form der „Union des Demokratischen Zentrums“ (UCD) unter der Führung von *Adolfo Suárez*, womit Teile der verschiedenen Strömungen von den Reformern bis zu den Sozialdemokraten den Erfolgsbedingungen des Wahlsystems voll entsprachen.

Fraglich war nach diesen Vorgängen auf der wahl- und parteipolitischen Ebene weniger

<sup>34)</sup> Siehe hier Dieter Nohlen, *Wahlsysteme der Welt. Daten und Analysen. Ein Handbuch*, unter Mitarbeit von Rainer-Olaf Schultze, München 1978, S. 293 ff.

<sup>35)</sup> Hierzu Carlos Huneeus/Dieter Nohlen, *Das spanische Parteiensystem in der Dynamik des Demokratisierungsprozesses*, in: *Der Bürger im Staat*, Jg. 27, Heft 2, Juni 1977, S. 96 ff.; siehe auch Dieter Nohlen, *Ein Zug zur Konzentration. Die Parteienentwicklung im Königreich*, in: *Das Parlament*, Themenausgabe Spanien, 30 Jg., Nr. 3, S. 3 f.

der Wahlsieg der neuen Mitte-Rechts-Partei<sup>36)</sup>, als vielmehr, ob die großen spanischen Parteien in den Regionen mit virulentem Regionalismus würden Fuß fassen bzw. sich gegenüber den regionalen Parteien würden behaupten können.

Eines der bemerkenswertesten Ergebnisse der Wahlen vom 15. Juni 1977 war dann, daß UCD und PSOE, die sich als die Gravitationszentren des neuen Parteiensystems herausstellten, in den fraglichen Regionen zwar unterschiedliche, aber insgesamt erstaunlich gute Ergebnisse erzielen konnten. Nirgends erzielte eine regionale Partei oder Parteienverbindung die absolute Mehrheit der Stimmen oder Mandate. Selbst im Baskenland erreichten die regionalen Parteien, von denen sich PNV als stärkste erwies, zusammengenommen nicht diese Mehrheit. In Katalonien entfielen auf PSOE mehr Mandate als auf alle Regionalparteien zusammen, und nur in Aragon und im Levante konnte sich jeweils ein Regionalist durchsetzen. In Asturien, auf den Balearen, den Kanarischen Inseln, in Galizien und in Navarra blieben die regionalistischen Parteien unter dem in den Wahlkreisen unterschiedlich hohen Repräsentationsquorum.

Damit ergaben sich für das nationale Parteiensystem weitaus günstigere Durchsetzungswerte, als aufgrund der im Demokratisierungsprozeß auftretenden regionalistischen Forderungen und Aktivitäten vorausgesehen worden war. Aber die verschiedenen Regionalisten unterschieden sich seither zusätzlich danach, ob sie parlamentarisch vertreten waren und wie sich diese Vertretungen parteipolitisch zusammensetzten.

Beispielsweise erzielten die regionalen Parteien Galiziens trotz der Existenz eines „eigenen galizischen Parteiensystem, das nicht mit dem nationalen Parteiensystem übereinstimmt“<sup>37)</sup>, nicht ein Cortes-Mandat. Man wird sich fragen müssen, ob diese Ergebnisse nicht eine Folge der Übernahme regionalistischer Forderungen von seiten aller Parteien mit

<sup>36)</sup> Siehe etwa Dieter Nohlen, *Una fuerza conservadora obtendra mayoría en las Cortes sin contar con la mayoría de votos*, in: *El País*, 19. April 1977.

<sup>37)</sup> José Luis Prada Fernandez, *El sistema de partidos políticos en Galicia. Una aproximación descriptiva*, in: Pedro de Vega (Hrsg.), *Teoría y práctica de los partidos políticos*, Madrid 1977, S. 193.

Ausnahme der rechten „*Acción Popular*“ und der rechtsextremen „*Fuerza Nueva*“ sind. Zudem siedeln sich die verschiedenen galizischen Parteien fast ausschließlich im linken und ultralinken Teil des Parteienspektrums an, was zwangsläufig die Wähler der politischen Mitte die Alternative der nationalen Parteien ergreifen läßt. Es ist schließlich bemerkenswert, daß der politische Regionalismus des unterentwickelten Galiziens durch die alten sozioökonomischen und politischen Strukturen gebrochen wird, denn in Galizien erzielte die *Acción Popular* von *Fraga Ibarne* ihre höchsten Stimmenanteile.

Verfolgen wird das galizische Beispiel weiter, so zeigt sich hier eine für die politische Auseinandersetzung um die neue Verfassung, welche die Cortes sich nach der Wahl zu beraten und zu verabschieden vorgenommen hatten, typische parteipolitische Konstellation. Wievohl die nationalen Parteien der Linken, PSOE und PCE, ursprünglich föderalistische Verfassungsvorstellungen vertraten, schwenkten sie in einer Politik der Konsenssuche mit der UCD ein auf autonomistische Positionen. In Galizien schlossen sich die nationalen Parteien PSOE, PCE, PSP, PTE, ORT etc. zur „*Asamblea Nacional-Popular Gallega*“ zusammen und sahen sich konfrontiert mit den regionalen Parteien, die den „*Consello de Forzas Políticas Galegas*“ bildeten und das Selbstbestimmungsrecht für die Region forderten.

Die Alternative: Autonomie oder Selbstbestimmung wurden damit in der Regionalismusdebatte ebenso hochgespielt wie die Unterscheidung: Kontinuität und Bruch, „*continuidad*“ und „*ruptura*“, von seiten der Opposition zu Beginn des Demokratisierungsprozesses. Die regionalen Parteien wollten keine „großherzige Konzession der Autonomie von seiten des Staates“, sondern „ein neues Konzept pluralistischen Zusammenlebens“, das notwendigerweise von der eindeutigen Anerkennung der historischen, kulturellen und politischen Gemeinschaften durch diesen Staat auszugehen habe, der damit impliziert anerkennen würde, das Ergebnis und die Summe dieser Gemeinschaften zu sein<sup>39)</sup>. Die Nichter-

füllung dieser Forderung hat die Stimmenthaltungen der regionalen Parteien, insbesondere des PNV, begründet, obwohl die Verfassung klare und die historischen Forderungen des politischen Regionalismus erfüllende Aussagen macht.

Die neue Verfassung anerkennt und garantiert in Artikel 2 „das Recht auf Autonomie der Nationalitäten und Regionen“. In Artikel 3 Absatz 2 wird die Zweisprachigkeit „eingrichtet“, freilich auch festgestellt, daß Kastilisch von allen Spaniern beherrscht werden muß (Absatz 1); somit wird die Einsprachigkeit zugunsten einer regionalen Sprache untersagt. Die Artikel 143 bis 158 der Verfassung gelten der Konkretisierung der politischen Autonomie und insbesondere der Kompetenzverteilung zwischen den autonomen Institutionen und dem Zentralstaat sowie der Verteilung des Finanzaufkommens. Es würde hier zu weit führen, eine Analyse der einzelnen Bestimmungen vorzunehmen<sup>39)</sup>.

Die Stellungnahme der Parteien zur Verfassung, insbesondere die Haltung, die sie hinsichtlich des Verfassungsreferendums einnahmen, lassen erkennen, daß auch Regionalparteien der Verfassung zustimmten. Aber die meisten von ihnen rieten ihren Wählern zur Stimmenthaltung; nur die katalanischen Parteien und die Sozialistische Partei Andalusiens (PSA) stimmten für die Verfassung; die linken Parteien des Baskenlandes und die marxistisch-leninistische „*Unión del Pueblo Gallego*“ (Union des galizischen Volkes) lehnten sie ab. Eine einheitliche Ablehnungsfront bildeten überdies die nationalen Parteien der Rechten und der extremen Rechten.

Im Verfassungsreferendum vom 6. Dezember 1978 zeigte sich eine hohe Wahlenthaltung im Baskenland, in Galizien und auf Teneriffa; die Nein-Stimmen sammelten sich vor allem im Baskenland/Navarra. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Wahlenthaltung schon bei dem Referendum von 1976 und den Cortes-Wahlen von 1977 im Baskenland wie in Galizien teilweise weit über dem nationalen Durchschnitt gelegen hatten.

<sup>39)</sup> Zum Konflikt mit den baskischen Abgeordneten siehe u. a. den rasch vorgelegten Verfassungskommentar von Oscar Alzaga, *Comentario sistemático a la Constitución Española de 1978*, Madrid 1978.

<sup>40)</sup> Evaristo Olcina, *Autonomías*, in: Javier Figuero, *Las reformas urgentes*, Madrid 1976, S. 153 ff., hier S. 157.

Tabelle 8: Wahlenthaltung bei den Referenda von 1976 und 1978 (und Nein-Stimmen 1978) in ausgewählten Provinzen

Provinzen	Wahlenthaltung		Nein-Stimmen 1978
	1976	1978	
Alava	23,7	59,3	19,2
Barcelona	27,7	32,4	4,7
La Coruña	30,5	45,6	3,2
Guipúzcoa	55,1	66,6	30,0
León	22,9	34,6	6,6
Lugo	30,1	58,2	5,8
Navarra	26,4	33,4	17,0
Orense	36,4	60,6	6,2
Oviedo	28,2	38,3	8,4
Pontevedra	28,5	44,8	6,5
Teneriffa	32,4	43,5	4,0
Vizcaya	46,8	57,6	21,0
Nationaler Mittelwert	22,6	32,9	7,8

Quelle: Zusammengestellt nach José Ignacio Cases, Resultado y abstención en el referéndum español de 1978, in: REP, 6/1978, S. 175ff.

Unter dem Gesichtspunkt institutioneller Mechanismen (Wahlsystem) betrachtet, könnte man die Wahlerfolge der regionalen Parteien als Versuche sehen, an den Rändern des nationalen Parteiensystems der Dynamik eines sich rasch vollziehenden Konzentrationsprozesses der politischen Kräfte auszuweichen. Die Ergebnisse der Munizipalwahlen vom April 1979 brachten allerdings eine weitere Verfestigung der Regionalparteien. Die Übernahme von etlichen Bürgermeisterämtern durch die Parteien der Linken, PSOE und PCE, wurden über Wahlabsprachen mit den regionalen Parteien ermöglicht, wobei sich in einigen Fällen, z. B. in der größten Stadt der Kanarischen Inseln, Las Palmas, die Amtsübernahme durch einen

Vertreter der Regionalpartei ergab, ganz abgesehen von den vielen baskischen Gemeinden, in denen sich der PNV, welcher seine traditionelle Stärke in den Gemeindeparlamenten wiedergewann, durchsetzen konnte. Die Entwicklung der Regionalparteien bleibt somit eine weitere Unbekannte in der spanischen Innenpolitik, auch wenn die Autonomiestatute vorliegen, die in der jetzigen Legislaturperiode der Cortes zu beraten und zu verabschieden sein werden<sup>40)</sup>.

<sup>40)</sup> Zu den präautonomen Regelungen und zu den Autonomiestatuten siehe meinen Beitrag zu Spanien in: Dirk Gerdes/Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze, Die regionalistische Herausforderung, Königstein/Ts. 1980.

Tabelle 9: Stimmen und Mandate für die zwölf stimmstärksten regionalen Parteien bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus vom 1. März 1979

Partei	Signum	Politische Orientierung	Stimmen in Tsd.	Mandate abs.
Katal. Konvergenz u. Union	CU	mitte-rechts	1 021	9
Sozialist. Partei Andalusiens	PSA	mitte-links	330	5
Bask. Nationalist. Partei	PNV	mitte-rechts	274	7
Bask. Volkseinheit	HB	ultra-links	173	3
Katal. Republik. Linke	ER(C)	links	136	1
Bask. Linke	EE	links	90	1
Union des Kanarischen Volkes	UPC	links	60	1
Aragonesisch-regionalist. Partei	PAR	mitte-rechts	38	1
Bask. Freiheitsrechte Union	UFV		35	—
Union des Volkes von Navarra	UPN	rechts	29	1
Zusammen			2 186	29

Quelle: Zusammengestellt nach Cambio 16, 18. 3. 1979, S. 26ff.

## Zusammenfassung

Im Verlauf der Darstellung haben wir das komplexe Phänomen Regionalismus in seine verschiedenen Elemente zerlegt und für den spanischen Regionalismus auf die Vielfalt der Situationen der verschiedenen Regionen, d. h. auf die unterschiedliche Struktur der Regionalismen aufmerksam gemacht. Hinsichtlich der im Regionalismus zusammenfließenden Elemente unterscheiden wir zwischen:

1. objektiven regionalen Differenzen, wie sie durch Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Sozialstatistik aufgeworfen werden. Sie umschließen Daten zur politischen Geschichte;
2. subjektiver Wahrnehmung der regionalen Unterschiede und ihrer Verbindung mit Fragen der Staatsstruktur (Zentralismus — regionale Autonomie);
3. Identifizierung der Ursachen von Entwicklungsdifferenzen und politischer Bestimmung der Interessen der eigenen Region;
4. Erhebung regionalistischer Forderungen und Bildung regionaler Parteien zur besseren Durchsetzung dieser Interessen.

Objektive regionale Unterschiede, seien sie wirtschaftlicher und sozialer, sprachlich-kultureller, ethnischer oder historischer Natur, reichen für sich genommen nicht aus, um politischen Regionalismus zu begründen bzw. zu

erklären. Es bedarf der Wahrnehmung dieser regionalen Unterschiede, insbesondere in der Weise des interregionalen (bzw. Zentrum — Peripherie) Vergleichs und der Feststellung von Über- und Unterordnung, von Entwicklung und Unterentwicklung sowie von Vorstellungen darüber, wie diese Entwicklungsdifferenzen zustande gekommen sind und was sie aufrechterhält. Schließlich ist die Umsetzung eines solchen Bewußtseins in politische Forderungen notwendig, welche sich auf die Interessen der Region gründen.

Wir konnten für Spanien aufzeigen, daß die objektiven regionalen Differenzen unterschiedlicher Natur und unterschiedlichen Grades sind. Die sprachlich-kulturelle Differenzierung trifft nur für die Balearen, Euzkadi, Galizien, Katalonien, Levante und Navarra zu. Jedoch allein in Katalonien ist die Verwendung der regionalen Sprache als Umgangssprache dominant. Allerdings decken sich die sprachlich-kulturell differenzierenden Regionen mit den Gebieten, die seit Jahrzehnten Autonomieforderungen erheben und sich während der II. Republik erhebliche Zugeständnisse des Zentrums erkämpft bzw. von diesem eingeräumt bekommen hatten. Hinsichtlich der Variablen Entwicklungsstand ist das Bild sehr uneinheitlich. Unter den traditionellen Regionalismen befinden sich mit Euzkadi und Katalonien die entwickeltsten Regio-

Tabelle 10: Regionalismen in Spanien in schematischer Darstellung

	Tradition politischen Regionalismus	regionale existent I)	Sprache gebräuchlich	Entwicklungsstand unter- entw.	subjektives regionales Bewußtsein	polit. Regionalismus heute	Regionale Parteien in den Cortes 1977/1979	
Andalusien	x	—	—	x x x	—	x	x x	—/ 5
Aragon	x x	—	—	—	—	x x	x x	1/ 1
Asturien	x	—	—	—	—	x x	x	—/—
Balearen	x	x	x x	—	x	x x	x x	—/—
Baskenland	x x x <sup>A</sup>	x	x	—	x x x	x x x	x x x	9/10
Extremadura	x	—	—	x x x	—	x	x	—/—
Galizien	x x x	x	x x	x x x	—	x x	x x x	—/—
Kanarische Inseln	x	—	—	x	—	x x x	x x	—/ 1
Kastilien-León	x	—	—	—	—	x x	x	—/—
Kastilien-Mancha	x	—	—	—	—	x	x	—/—
Katalonien	x x x <sup>A</sup>	x	x x x	—	x x x	x x x	x x x	13/10
Levante	x x	x	x x	—	—	x x x	x x	1/—
Murcia	x	—	—	x x	—	x	x	—/—
Navarra	x	x	x	—	x	x x x	x x	—/ 1

Zeichen: x = ja; x = schwach; x x = mittel; x x x = stark; I) = ja; <sup>A</sup> = Autonomiestatus mit autonomer Regierung während der II. Republik.

nen Spaniens, aber auch Galizien, das zu den unterentwickelten Gebieten der Halbinsel zählt. Das subjektive regionale Bewußtsein ist in der gleichen Gruppe von Regionen am stärksten, doch erzielen auch die Kanarischen Inseln einen gleich hohen Wert. Subjektives regionales Bewußtsein und politischer Regionalismus im Sinne artikulierter und organisierter politischer Forderungen stimmen jedoch nicht notwendigerweise überein: das subjektive regionale Bewußtsein kann nachhinken (wie im Falle Galiziens) oder auch die politische Organisation der regionalen Interessen (wie im Falle von Kastilien-Leon oder bis jüngst auch auf den Kanarischen Inseln). Während sich die Regionen nach diesen beiden Variablen kaum unterscheiden, treten mit

der Frage nach der parlamentarischen Repräsentation in den spanischen Cortes markante Abweichungen auf. Während Galizien und Valencia (seit 1979) nicht mit regionalen Parteien in den Cortes vertreten sind, gelang dies in Andalusien, der Hochburg der PSOE, der Sozialistischen Partei Andalusiens (PSA). Schließlich gilt es, die Unterschiede in der politisch-ideologischen Orientierung der Regionalismen hervorzuheben und Grundzüge ihrer politischen Verhaltensmuster: hier Kompromißdenken in der Auseinandersetzung mit dem Zentralstaat, dort Maximalismus der Forderungen. Auch in der summarischen Zusammenfassung der Ergebnisse unserer Untersuchung bleibt das Bild des spanischen Regionalismus vielschichtig und komplex.

## Dirk Gerdes: Frankreich — „Vielvölkerstaat“ vor dem Zerfall?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/80, S. 3—17

Liest man deutschsprachige Publikationen zum Regionalismus-Problem in Frankreich, dann könnte man den Eindruck gewinnen, daß der Zerfall des habsburgischen Vielvölkerstaats nach 60 Jahren eine Parallele auch in der „einen und unteilbaren Republik“ unseres Nachbarlandes findet. Ist hier — wie ehemals dort — ein „Freiheitskampf“ unterdrückter Völkerschaften im Gange, der geradewegs in die Auflösung gesamtstaatlicher Einheit münden könnte? Welche Realitätsbilder, welche ideologischen Traditionen verbergen sich hinter dieser „ethnischen“ Interpretation des französischen Regionalismus? Welchen Realitätsgehalt haben Erklärungen, die den Regionalismus nicht nur als „ethnische“, sondern zudem noch als „antikolonialistische“ Befreiungsbewegung sehen? Der Beitrag gibt eine ideologiekritische Analyse dieser teils aus der Volksgruppenbewegung der Zwischenkriegszeit, teils aus dem Nord-Süd-Konflikt übernommenen Konfliktinterpretationen. Als Ge-genthese wird abschließend auf die zentrale Rolle staatlicher Regionalentwicklungspolitik als Ursache und Adressat regionalistischen Protests verwiesen: ein Protest im ethnonationalistischen Gewand, aber kein „nationaler Befreiungskampf“ gegen ethnische und koloniale Unterdrückung.

## Rainer-Olaf Schultze: Neo-Nationalismus in Großbritannien. Erklärungsansätze und Ursachenanalyse

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/80, S. 19—37

In den Referenden vom 1. März 1979 scheiterte mit der Devolution-Gesetzgebung die institutionelle Reform der britischen Politik, in der insbesondere die Labour-Regierungen Wilson und Callaghan ihren Antwortversuch auf die regionalistische Herausforderung Großbritanniens durch den wiedererwachten schottischen wie walisischen Nationalismus gesehen hatten. Bei der Unterhauswahl vom 3. Mai 1979 mußten die nationalistischen Parteien beträchtliche Stimmen- und Mandatseinbußen hinnehmen — und zugleich vollzog sich der Regierungswechsel vom Labour-Minderheitskabinett zur Tory-Mehrheitsregierung. Durch Referenden und Unterhauswahl verlor das Regionalismusproblem an tagespolitischer Aktualität, durch den politischen Machtwechsel schienen zudem die zuvor von allen Seiten geäußerten Befürchtungen vor langfristigen Funktionsstörungen der britischen Politik und die Angst vor der Unregierbarkeit des Landes widerlegt.

Beide Ereignisse bedeuten indessen nur eine zeitweilige und vordergründig-aktuelle Rückkehr zur Normalität der — von Zentralismus und Zweiparteiensystem maßgeblich bestimmten — politischen Kultur Großbritanniens.

Der vorliegende Beitrag versucht dies im einzelnen zu begründen, indem er einige der gesellschaftsstrukturellen Bedingungen erörtert, die die Multinationalität Großbritanniens ausmachen und — in Auseinandersetzung mit den vier wichtigsten Antwortversuchen — einige der strukturellen Gründe darlegt, die in den sechziger Jahren die „Renaissance“ des politischen Nationalismus in Schottland und Wales gestatteten. Es geht folglich weniger um eine historisch-chronologische Deskription der nationalistischen Bewegungen. Dargestellt werden vielmehr die langfristig wirksamen Strukturen und die zugrunde liegenden „gesellschaftsgeschichtlichen“ Bedingungen, zu denen die historische Sonderrolle Großbritanniens als Vorreiter in den Prozessen der Industrialisierung und der kolonialen Expansion ebenso zu zählen ist wie eine Reihe wichtiger Strukturveränderungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Erst durch sie konnte der auch in der Vergangenheit stets latent vorhandene Nationalismus Ende der sechziger Jahre aktualisiert werden und zu einer ernst zu nehmenden Kraft aufsteigen.

## Dieter Nohlen: Regionalismen in Spanien

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/80, S. 39—60

Im Demokratisierungsprozeß Spaniens nach Francos Tod sind von den spanischen Regionen entscheidende Impulse für die Neugestaltung des politischen Systems ausgegangen. Die spanischen Regionalismen sind jedoch keine homogene, in den verschiedenen Regionen aus ähnlichen Gründen entstandene politische Kraft; sie beschränken sich auch nicht auf Katalonien oder das Baskenland. In diesem Beitrag wird der Versuch unternommen, verschiedenen Ursachen, Entwicklungen und Strukturen der Regionalismen in Spanien aufzuzeigen. Unterschieden wird zwischen

1. objektiven regionalen Differenzen, wie sie in Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Sozialstatistiken ausgewiesen werden — dazu gehören auch die Daten der historisch-politischen Entwicklung der Regionalismen;
2. subjektiven Wahrnehmungen regionaler Unterschiede, d. h. regionalistischem Bewußtsein;
3. der Umsetzung regionaler Besonderheiten (objektiver und subjektiver Natur) in den politischen Regionalismus, insbesondere in Form regionalistischer Parteien zur Durchsetzung regionaler politischer Forderungen (z. B. hinsichtlich der Staatsstruktur, der Leistungen des Zentralstaats an die Regionen, der Einflußnahme der Regionen auf die zentralstaatliche Willensbildung).